



PFREUNDSCHUH  
*in Heidelberg*

GERHARD PFREUNDSCHUH

# Staatenbund Europa

Teil I – Lage und Strategie



*Band 3 der Reihe „Bürgerstaat“*

# **Staatenbund Europa**

**Teil I – Lage und Strategie**

**Heidelberg 2024**

Heidelberg 2024

Copyright © 2024 Gerhard Pfreunds Schuh

**Die einzelnen Abschnitte können kapitelweise und kostenlos als PDF-Dateien heruntergeladen werden.**

**Das Urheberrecht gilt insoweit, dass Zitate und Auszüge als solche gekennzeichnet werden müssen. Es ist also eine genaue Quellenangabe erforderlich.**

**Das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen bleibt vorbehalten und beim Autor.**

**<https://pfreunds Schuh-heidelberg.de/downloads/staatenbund/der-staatenbund-europa.pdf>**

# Inhalt

<b>Einleitung.....</b>	<b>7</b>
<b>1. Die Lage.....</b>	<b>8</b>
1.1 Die Weltlage.....	9
1.1.1 Die ökologische Umweltzerstörung.....	9
1.1.2 Die kulturelle Umweltzerstörung.....	13
1.1.3 Ende der europäischen Neuzeit.....	16
1.1.4 Renaissance der außereuropäischen Kulturen.....	18
1.1.5 Kampf um richtige Menschenrechte.....	20
1.1.6 Kampf der Wirtschaftssysteme.....	21
1.1.7 Neue Kriegführung.....	25
1.1.8 Neue Mächte bestimmen die Weltpolitik.....	27
1.2 Die Lage in Europa.....	30
1.2.1 Europa: gemeinsame Kultur und viele Nationen.....	31
1.2.2 EU-Vertragsrecht gegen EU-Wirklichkeit.....	34
1.2.3 Politikversagen der EU und der EU-Staaten.....	44

<b>2. Die Strategie.....</b>	<b>48</b>
2.1 Zweck und Ziele eines vereinten Europas.....	51
2.2 „Europa der Nationen“ statt „Nation Europa“.....	56
2.2.1 Merkmale von Nationen.....	56
2.2.2 Versuche die Nationen abzuschaffen.....	61
2.2.3 Volkswirtschaften statt Weltbetriebswirtschaft.....	64
2.2.4 Karl Popper über Denken und Wissenschaft.....	67
2.2.5 Selbsthass der BRD trifft Patriotismus der DDR.....	70
2.3 Die Zeitenwende ändert die strategischen Ziele.....	74
2.3.1 Die andere Blick auf die Globalisierung.....	74
2.3.2 Narrativ: zivile gegen militante Nationen.....	77
2.3.3 Gespaltene Gesellschaften – zerfallende Staaten.....	83
2.3.4 Was hält Staaten, was Europa zusammen?.....	89
2.4 Strategische Ziele für die Weltpolitik.....	97
2.4.1 Friedliche Koexistenz der Kulturen.....	97
2.4.2 Wohlstand für alle Länder.....	100
2.4.3 Lösung der Grenzfragen.....	103
2.4.4 Äußere Sicherheit und Verteidigung.....	108
2.5 Strategische Ziele für die Binnenpolitik.....	110
2.5.1 Sicherung der Generationenfolge.....	110
2.5.2 Europas Vielfalt bewahren.....	113
2.5.3 Vom „Wohlstand für alle“ zum „Mittelstand für alle“.....	121
2.5.4 Soziale Sicherheit durch Genossenschaftlichkeit.....	141
3. Der Verfasser.....	147

# Einleitung

Der „**Staatenbund Europa**“ ist der **3. Band** der Reihe „Bürgerstaat“. Es geht um die Vereinigung europäischer Bürgerstaaten zu einem Staatenbund, also nicht zu einem Zentralstaat oder Bundesstaat. Das Buch von Roman Herzog, „Europa neu erfinden – Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie“<sup>1</sup> kann als Auftrag dazu angesehen werden.<sup>2</sup>

**Band 1** heißt schlicht „**Der Bürgerstaat**“. Entstehung und Merkmale, Zweck und Ziele eines europäischen Bürgerstaats werden dargestellt.<sup>3</sup> Dieser ist die Weiterentwicklung des „sozialen Rechtsstaats“. Der Auftrag dazu ergibt sich u.a. aus Art. 146 GG (Geltungsdauer des GG).

Im **Band 2** werden wichtige „**Bausteine des Bürgerstaats**“ behandelt.<sup>4</sup> Es geht um *Familie, Schule und Bildung*; dann um den *Umbau der BfA zur DUA*, der *Bundesagentur für Arbeit zur Dualen Umschulungsagentur*. Statt eines bedingungslosen Grundeinkommens sollen alle Bürger einen Anspruch auf bedingungslose Beschäftigung und Teilhabe bekommen. Es folgt die Vorstellung einer *Bundeswehr mit Cyberwehr und Friedenssheer*. Den Abschluss bilden Überlegungen zu einem „*volksgewählten Bundespräsidenten*“, der über den Parteien steht und dem gemeinen Besten, dem Gesamtwohl verpflichtet ist. Dazu soll er mit einem Strategiestab (~ Generalstab) strategisch, langfristig und nachhaltig denken und wirken. Denn zum langfristigen Überleben brauchen Staat und Wirtschaft eine *Strategie*, um die Zwecke und Ziele des „Bürgerstaats“ und der „Sozialen Volkswirtschaft“ zu verwirklichen.<sup>5</sup>

In diesem **3. Band** geht es um den Entwurf eines bürgerstaatlichen **Staatenbunds Europa**. Nach bekannter Vorgehensweise wird im **Teil I** die Lage beurteilt (*Weltlage, Lage in Europa*). Aus der Lagebeurteilung ergibt sich die Strategie. Beides ist der Inhalt des hier vorliegenden Bandes *Staatenbund Europa Teil I*. In einen weiteren Band **Teil II** wird die operative Umsetzung folgen. Dabei geht es um Vorschläge für die Verfassung eines europäischen Staatenbunds samt seiner Organe.

---

<sup>1</sup> Vgl. Roman Herzog, Europa neu erfinden – Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie, München 2014

<sup>2</sup> So auch Hans Werner Sinn, Der schwarze Juni – Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – wie die Neugründung Europas gelingt, Freiburg i. Br. 2016 (mit Verweis auf Roman Herzog bzgl. Verfassungsrecht)

<sup>3</sup> Zitiert wird: Der Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel

<sup>4</sup> Zitiert wird: Bausteine BüSt, Bd. 2, Kapitel

<sup>5</sup> Siehe auch: Der Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 1. Einleitung – Reformbedarf und Vorgehensweise

# 1. Die Lage

*Die Menschheit wird heute durch zwei weltweite Gefahren bedroht. Das sind die ökologische und die kulturelle Umweltzerstörung. Das gefährdet unser langfristiges Überleben. Dabei erleben wir große Umwälzungen.*

*Schon mit dem Fall der Berliner Mauer, dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus, dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und der Globalisierung kam es zu einer Zeitenwende.<sup>6</sup>*

*Sie ist gekennzeichnet durch (1) das Ende der europäischen Neuzeit (1500 bis 2000 n. Chr.), (2) die Renaissance der außereuropäischen Kulturen, (3) den wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg Chinas u.a.*

*Dazu meinen die einen, die Welt sei in Unordnung geraten (Frank-Walter Steinmeier), die anderen erkennen eine Neuordnung im Rahmen der Kulturkreise (USA, EU, Russland, Islam, China, Indien, Schwarzafrika, Lateinamerika usw.). Die Nicht-Europäer sind mündig geworden.*

*Neue Machtblöcke und Wirtschaftsmächte betreten die weltpolitische Bühne. Adenauer sah dies schon in den 1950er Jahren voraus.<sup>7</sup>*

*Erneut wird massiv militärisch aufgerüstet; dazu kommen Wirtschafts- und Cyberkriege. – Doch das strategische Ziel muss der Weltfriede sein.*

*Neben der Weltlage ist die Lage innerhalb Europas ungeklärt. „Die Europäische Union kennt weder ihre Grenzen, noch weiß sie, wohin sie will“, war zutreffend in der Neuen Zürcher Zeitung zu lesen.<sup>8</sup>*

*Dazu kommt, dass der Neoliberalismus, der Euro-Marxismus und die christlichen Kirchen von tiefen Selbstzweifeln befallen sind.<sup>9</sup>*

*Europa braucht eine Geo-Strategie, um in der neuen Lage zu überleben; und für sein inneres Zusammenleben eine Verfassung, die von den europäischen Nationen und ihren Bürgern verstanden und getragen wird.*

---

<sup>6</sup> G. Pfreundschuh, Jahrtausendwende! Zeitenwende? In: Politische Studien der Hanns Seidel Stiftung, Heft 369, Jan./ Feb. 2000 - [https://pfreundschuh-heidelberg.de/pfreundschuh-heidelberg/verfassungsgeschichte/2000-JtsdW-Zeitwende\\_01.pdf](https://pfreundschuh-heidelberg.de/pfreundschuh-heidelberg/verfassungsgeschichte/2000-JtsdW-Zeitwende_01.pdf)

<sup>7</sup> Konrad Adenauer, Erinnerungen, Band II (1955 – 1959), Stuttgart 1967, S. 19 f.

<sup>8</sup> Neue Zürcher Zeitung, zitiert nach Harro von Senger, Moulüe – Supraplanung – Unerkannte Denkhorizonte aus dem Reich der Mitte, München 2008, S. 200

<sup>9</sup> Vgl. Der Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 1. Einleitung und 2. Der Parteienstaat in der Sackgasse

# 1.1 Die Weltlage

## 1.1.1 Die ökologische Umweltzerstörung

Seit Anfang der 1970er Jahre wird weltweit und öffentlich die Frage nach den „Grenzen des Wachstums“ gestellt.<sup>10</sup> Herbert Gruhl, ein CDU-Bundestagsabgeordneter, veröffentlichte 1975 das Buch „Ein Planet wird geplündert – Die Schreckensbilanz unserer Politik“.<sup>11</sup> Das Buch wurde ein Bestseller und fand weite Zustimmung (Auflage 400.000). Bereits im März 1972 hatte der Club of Rome einen Bericht mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ veröffentlicht. Da Gruhl das ungehemmte Wachstum der Wirtschaft und der Weltbevölkerung scharf verurteilte, wurde er in der CDU bekämpft und aus der Partei gedrängt.<sup>12</sup>

Im Jahr 1979 war ich in der Grundsatzabteilung „Umwelt“ des baden-württembergischen Melu (Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umweltschutz). Mein Abteilungsleiter empfahl mir das Buch von Herbert Gruhl und fügte hinzu: *„Sagen Sie niemand, dass ich Ihnen das Buch empfohlen habe. Es ist hier geächtet; aber alles, was drinsteht, stimmt.“* Ich kaufte es und las es mit großer Zustimmung. Die Partei der Grünen wurde dann 1980 in Karlsruhe gegründet.

Ein Hauptproblem ist unzweifelhaft die *Übervölkerung* unseres Planeten. Wenn alle 8 Mrd. Erdbewohner wie wir Auto fahren und leben wollen, bräuchten wir fünf Erdkugeln; wir haben aber nur eine. Das führt zum Klimawandel, zum Verlust der Artenvielfalt bei Pflanzen, Tieren usw. Hinzu kommt die Endlichkeit aller Rohstoffe – vom Eisenerz bis zu den seltenen Erden. Eine wahre Schreckensbilanz, an der sich trotz der Partei „Die Grünen“ bisher nicht viel geändert hat.

Altkanzler Helmut Schmidt sagt 2013 zu Präsident Lee von Singapur:

„Ich spreche von den Bevölkerungszahlen für die Welt insgesamt. Anfang des 20. Jahrhunderts gab es rund 1,5 Milliarden Menschen auf der Erde, heute sind es sieben Milliarden und in der Mitte des Jahrhunderts werden es

---

<sup>10</sup> Gründung des Club of Rome 1968, der dann 1972 den Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ veröffentlichte.

<sup>11</sup> Herbert Gruhl, Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, Frankfurt / M. 1975

<sup>12</sup> Er wurde 1980 zum Mitgründer der Partei die „Grünen“, in die der größte Teil des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) eintrat. Die Spaltung der Partei besteht bis heute: Realos gegen Fundis.

annähernd acht oder neun Milliarden sein, sechsmal so viele wie im Jahr 1900.“<sup>13</sup>

Immer noch umstritten ist die Frage, ob nun das westlich-neoliberale und auch das marxistische Wirtschaftssystem Auslaufmodelle sind. Beiden fehlen die Ideen und Werkzeuge, um eine Wende herbeizuführen. Sie entstanden im frühen 19. Jahrhundert. Sie gingen und gehen davon aus, dass es im Endzustand, also im liberalen oder kommunistischen „Paradies“, zu einer Überflusgesellschaft kommt. Die *vorindustrielle Wirtschaft*, die an den Grenzen des Wachstums arbeitete und damit überleben musste, wurde für überwunden erklärt. Die Erwartungen waren überschwänglich.

So lesen wir im Jahr 1841 in „Meyer's Universum oder Abbildung und Beschreibung des Sehenswerthesten und Merkwürdigsten der Natur und Kunst der ganzen Erde“:

„Die Industrie hat den Weltthron bestiegen. ... Wer wäre so blind, dass er in den *E i s e n b a h n e n* und in der *D a m p f s c h i f f a h r t* nicht ausgestreckt sähe den gewaltigen Arm, welcher auf ein unerhörtes, organisches Zusammenwachsen der ganzen Menschheit hinweist. ... Wer wäre so kurzsichtig, dass er nicht in der wachsenden Vervollkommnung, Vermehrung und Verwohlfeilerung der Bequemlichkeiten und der Genüsse eine *V e r h e i ß u n g* sähe von einer nicht fernen Zeit, wo auch der großen *M a s s e* der Menschheit, jener, welche man bisher mit der Hoffnung auf eine *ü b e r i r d i s c h e* Seligkeit abgefunden hat, ihr gebührendes Theil werden wird an den Genüssen, welche die Vergangenheit einer unendlichen *M i n o r i t ä t* gleichsam als Privilegium spendete?“ Auch die Unmöglichkeit von Kriegen wird für die nahe Zukunft prophezeit.<sup>14</sup>

Das war erst kürzlich. Denn 1841 wurde mein Urgroßvater geboren. Marx veröffentlichte 1848 das Kommunistische Manifest. Auch er ging von einer, allerdings eigentumslosen Überflusgesellschaft aus.

Ein weiterer Grundirrtum prägt seit damals die rechte wie die linke Ideologie. Es ist der Glaube, dass die *Naturgesetze* die Menschheit in diesen glücklichen Endzustand steuern.<sup>15</sup> Im Liberalismus ist es die „unsichtbare Hand“; der Kommunismus erwartet *naturgesetzlich* eine

<sup>13</sup> Helmut Schmidt, Ein letzter Besuch: Begegnungen mit der Weltmacht China, München 2013, S. 44

<sup>14</sup> Meyer's Universum oder Abbildung und Beschreibung des Sehenswerthesten und Merkwürdigsten der Natur und Kunst der ganzen Erde, Hildburghausen, Amsterdam und Philadelphia 1841, S. 12 (Sperrdruck wie im Original) - Ich wurde 1941, genau 100 Jahre später geboren, mitten im Zweiten Weltkrieg nach einem Fliegeralarm (Unmöglichkeit der Kriege!!).

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Gegenmeinung von Karl Popper, Vom Elend des Historizismus, Tübingen 1965

staatenlose, völlig freie und eigentumslose Gesellschaft. Vorbild waren die „edlen Wilden“.<sup>16</sup> Auch dieses Narrativ oder Märchen ist alt.

Der Liberalismus und der Kommunismus glauben wie die Bibel an ein *Paradies am Anfang der Menschheit* und sind überzeugt, dass es durch den zwangsläufigen Lauf der Geschichte (Determinismus) wieder zu einem *paradiesischen Endzustand* kommt. Das ist dann das „Ende der Geschichte“. Besser geht nicht! Allgemein bekannt ist die marxistische Lehre, wonach die Menschheit zunächst im glücklichen Urkommunismus lebte und nun über die verschiedenen Stufen der Entwicklung wieder dem herrlichen, herrschafts- und staatenlosen Endkommunismus zueilt.

Auch die Liberalen von der Aufklärung bis heute haben die Vorstellung von einem paradiesischen Urzustand der Menschheit. Eine frühe, immer wieder auftauchende Quelle zu den „edlen Wilden“ stammt vom Dominikanerpater Jean-Baptiste Du Tertre (1610 bis 1687). Um 1670 berichtet er von den „Kariben“ auf den karibischen Inseln:

„... Die Wilden, welche diese Inseln bewohnen, [gehören] zu Völkern, welche die zufriedensten, glücklichsten, tugendhaftesten, geselligsten, wohlgestaltetsten, von Krankheit am wenigsten heimgesuchten der ganzen Erde sind. Denn diese Indianer leben, wie die Natur sie geschaffen hat, d. h. in großer Einfachheit und natürlicher Naivität, alle sind gleich, Eltern und Kinder begegnen sich ohne Unterwürfigkeit. Niemand ist reicher oder ärmer als sein Gefährte. .... Sie leben alle in völliger Freiheit, trinken und essen, wenn sie Durst oder Hunger haben, arbeiten und ruhen sich aus, wenn sie wollen, und haben keinerlei Sorgen, wenigstens was den gegenwärtigen Tag betrifft.“<sup>17</sup>

Hundert Jahre später beginnt Jean-Jacques Rousseau (1712 bis 1778) seinen Erziehungsroman ‚Emil‘ so: *„Alles ist gut, wie es aus den Händen des Schöpfers kommt; alles entartet unter den Händen der Menschen.“* Im Jahr 1920 folgte die Samoa-Legende von Erich Scheurmann: *„Der Papalagi. Die Reden des Südseehäuptlings Tuiavii aus Tiavea“*

Die Reden wurden zum Kultbuch der 1968er Kulturrevolutionäre und der grün-alternativen Bewegung. Ein Schweizer Verlag und ein deutscher Taschenbuchverlag machten das Buch zu einem Bestseller. So gelangte der Papalagi auch in deutsche Lehrpläne des 20. Jahrhunderts als „bewährte Lektüre“ (Hessen), um „in der kulturellen Bildung“ (Berlin) die

---

<sup>16</sup> Vgl. noch im 20. Jahrhundert Margaret Mead, Kindheit und Jugend in Samoa. Jugend und Sexualität in primitiven Gesellschaften, München 1970 – Erich Scheurmann, Der Papalagi, Die Reden des Südseehäuptlings Tuiavii aus Tiavea, Zürich 1980

<sup>17</sup> Jean-Baptiste Du Tertre, Histoire générale des antilles, 1667 – 1671, Bd. II, S. 357, zitiert bei Urs Bitterli, die „Wilden“ und die „Zivilisierten“, München 1967, S. 380 f.

„Auseinandersetzung mit dem Fremden“ (Bremen) oder „Zivilisationskritik“ (Nordrhein-Westfalen) zu fördern bzw. zu behandeln.<sup>18</sup> Doch die „Reden“ wurden als plumpe Fälschung entlarvt.<sup>19</sup>

Margaret Mead, eine amerikanische Ethnologin, verfasste in den 1920er Jahren Forschungsberichte über ein „glückliches Samoa“, die der Anthropologe Derek Freeman widerlegte.<sup>20</sup> Schon Adam Smith hatte diese Grundidee. Auch er glaubte, dass die Wirtschaft von selbst am besten läuft. Wenn jeder seinen Eigennutz verfolgt, leitet die „unsichtbare Hand“ alles ins Optimum; der Staat stört da nur.<sup>21</sup>

Unser Modell der *Sozialen Volkswirtschaft* verlangt dagegen eine durchdachte *Strategie* mit Zielen, um im Wettlauf um den technischen Fortschritt zu bestehen und das Überleben der Menschheit zu sichern.<sup>22</sup>

China hat eine Strategie! Es hat zwar sein Bevölkerungswachstum gebremst, nicht aber die Zerstörung von Umwelt und Klima. Nun führen Übervölkerung, Klima- und Umweltzerstörung zu Völkerwanderungen.

Schon 1993 (!) warnte Peter Drucker, ein führender US-Ökonom und Management-Papst, im Buch „Die postkapitalistische Gesellschaft“:

„Für die Industrieländer steht in der Dritten Welt enorm viel auf dem Spiel. Wenn dort kein schneller wirtschaftlicher und sozialer Aufschwung gelingt, wird die Erste Welt von einer menschlichen Flutwelle von Einwanderern aus der Dritten Welt überrollt werden. Diese Flut in ihren Ländern aufzunehmen, würde ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fähigkeiten bei weitem überfordern.“<sup>23</sup>

Die Lage ist dramatisch. „Rund 450 Millionen Menschen aus Subsahara-Afrika und aus dem arabischen Raum zwischen Marokko und Oman würden heute gerne auswandern. Rund 950 Millionen Menschen sollen es 2050 sein, soweit man die ... für 2009 erfragten Prozentsätze

---

<sup>18</sup> Thomas Steinfeld, Geschichte eines Erfolges. Heim auf die Insel. Das einst äußerst erfolgreiche Samoa-Büchlein „Der Papalagi“ von Erich Scheurmann bediente Aussteiger-Träume der 68er-Generation – unter rassistischen Vorzeichen (Scheurmann war Nationalsozialist), in: Süddeutsche Zeitung, 06. 01. 2016, S. 12

<sup>19</sup> Dieter E. Zimmer, Ein Paradies wird geschlossen, in: Experimente des Lebens, Zürich, 1989, S. 119 f.

<sup>20</sup> Dieter E. Zimmer, Ein Paradies wird geschlossen, a.a.O., S. 119 f.

<sup>21</sup> Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen – Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, London [1776] 1789, aus dem Englischen und mit einer Würdigung von Horst Claus Recktenwald, München 1974, wörtlich zum Wirken der „unsichtbaren Hand“, S. 371

<sup>22</sup> G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme, Heidelberg 2018 – <https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/kampf-der-wirtschaftssysteme/Kampf-der-Wirtschaftssysteme-2-2022.pdf>

<sup>23</sup> Peter F. Drucker, Die postkapitalistische Gesellschaft, Düsseldorf 1993, S. 29 – Drucker stammte wie Karl Popper aus einer jüdischen Familie Wiens und emigrierte in die USA.

hochrechnen kann (Subsahara: 38 Prozent; arabischer Raum: 23 Prozent).“<sup>24</sup>

Es muss bei der Entwicklung einer Strategie ein Hauptanliegen sein, Afrika, den Orient und andere Schwellenländer wirtschaftlich, kulturell und beim Bevölkerungswachstum zu stabilisieren, ohne ihnen die eigene Kultur zu nehmen. Eine häufige Folge äußerer Eingriffe war die Zerstörung der örtlichen Ordnungen und Kulturen, an deren Ende „zerfallene Staaten“ und Bevölkerungsexplosionen standen. Auch China vor Mao ist ein Beispiel für einen zerfallenen Staat mit vielen lokalen Kriegsherren (Warlords), mit Terror und Bürgerkriegen.<sup>25</sup> Das führt uns zur nächsten Zerstörungsart.

### 1.1.2 Die kulturelle Umweltzerstörung

Die ökologische Umweltzerstörung hat ihren Ursprung und ihre Ursache im undurchdachten und strategielosen menschlichen Verhalten. Die längste Zeit in der Menschheitsgeschichte war die Natur stärker als die kleinen Menschlein. Sie mussten zum Überleben gegen die Naturgewalten kämpfen. So heißt es in der Bibel: „Macht Euch die Erde untertan!“ Die Naturwissenschaften und ihre Anwendung durch die Technik haben das umgedreht. Die Natur ist verletzlich geworden.

*Der Mensch trägt damit Verantwortung, dass die Menschheit überlebt.*

Wir müssen nicht nur die ökologische, sondern auch die kulturelle Umweltzerstörung verhindern. Dabei verstehen wir unter **Kultur** alle Werke und Leistungen, die der Mensch mit seinem Geist und Willen schafft. Dazu zählen seit alters Ackerbau und Viehzucht.<sup>26</sup> Die Bauern und Forstleute nennen noch heute ihre angebauten Flächen „Kulturen“. Durch die Kultur mit Wirken und Werken, mit Sprache und Denken unterscheidet sich der Mensch vom Affen. Durch sein Einwirken auf die Natur verändert der denkende und handelnde Mensch die Welt.

---

<sup>24</sup> Handelsblatt, 30.07.2015

<sup>25</sup> Sehr anschaulich: Chang, Jung, Wilde Schwäne, Die Geschichte einer Familie, drei Frauen in China von der Kaiserzeit bis heute, München 1991

<sup>26</sup> cultura (lat.) ursprüngliche Bedeutung: Ackerbau, Viehzucht, dann: „Bearbeitung, Pflege, Bebauung, Anbau“, und übertragen: „Ausbildung, Veredelung“.

So hat der Mensch heute drei Möglichkeiten, die Welt zu zerstören. Die erste ist der Atomkrieg, das wurde schon in den 50er und 60er Jahren erkannt. Die zweite ist die ökologische Umweltzerstörung durch den Raubbau an Natur und Rohstoffen. Die dritte Möglichkeit ist die kulturelle Umweltzerstörung durch Werteverlust und Orientierungslosigkeit, durch Kriminalität und Unregierbarkeit mit Mafia und Korruption. Die Ursachen dafür werden weithin noch nicht durchschaut. Wenn der Wald und seine Bäume sterben, sprechen wir von ökologischer Zerstörung. Wenn Häuser verfallen, Suchtkranke auf Gehwegen sterben, Mob und Mafia regieren und Staaten zerfallen, ist das die kulturelle Umweltzerstörung.

Diese kulturelle Umweltzerstörung bedroht ebenfalls das Überleben der Menschheit. Dazu gehören auch hybride Kriege, Terror, Drogen-, Clan- und Cyberkriminalität. Der bekannte Alt-Linke und Neomarxist Hans Magnus Enzensberger hat dies schon 1993 in „*Aussichten auf den Bürgerkrieg*“ gut beschrieben.<sup>27</sup> Wir veröffentlichten im gleichen Jahr das Buch „Die kulturelle Umweltzerstörung in Politik und Wirtschaft“.<sup>28</sup> Enzensberger sah die Lage dramatisch. Ihn schreckten die linken Autonomen von Berlin-Kreuzberg (S. 20, 54) und die Rechtsradikalen von Hoyerswerda (S. 26 f) gleichermaßen. Mehr noch:

„In Wirklichkeit hat der Bürgerkrieg längst in den Metropolen Einzug gehalten. Seine Metastasen gehören zum Alltag der großen Städte, nicht nur in Lima und Johannesburg, in Bombay und Rio, sondern auch in Paris und Berlin, in Detroit und Birmingham, in Mailand und Hamburg. ... Wir machen uns etwas vor, wenn wir glauben, es herrsche Frieden, nur weil wir immer noch unsere Brötchen holen können, ohne von Heckenschützen abgeknallt zu werden.“<sup>29</sup>

„Der Anfang ist unblutig, die Indizien sind harmlos. ... Allmählich mehrt sich der Müll am Straßenrand. Im Park häufen sich Spritzen und zerbrochene Bierflaschen. An den Wänden tauchen monotone Graffiti auf, deren einzige Botschaft ist: sie beschwören ein Ich, das nicht mehr vorhanden ist. Im Schulzimmer werden die Möbel zertrümmert, in den Vorgärten stinkt es nach Scheiße und Urin. Es handelt sich um winzige, stumme Kriegserklärungen, die der erfahrenen Stadtbewohner zu deuten weiß.“ (S. 51 f)

Aus den Pariser Vorstädten weiß er zu berichten:

„Sie haben schon alles kaputtgemacht, die Briefkästen, die Türen, die Treppenhäuser. Die Poliklinik, wo ihre kleinen Brüder und Schwestern gratis

---

<sup>27</sup> Hans Magnus Enzensberger, *Aussichten auf den Bürgerkrieg*, Frankfurt /M. 1993

<sup>28</sup> G. Pfreundschuh, *Die kulturelle Umweltzerstörung in Politik und Wirtschaft*, Mainz 1993

<sup>29</sup> Enzensberger, *Bürgerkrieg*, a.a.O., S. 18 f.

behandelt werden, haben sie demoliert und geplündert. Sie erkennen keinerlei Regeln an. Sie schlugen Arzt- und Zahnarztpraxen kurz und klein und zerstören Schulen. Wenn man ihnen einen Fußballplatz einrichtet, sägen sie die Torpfosten ab.“<sup>30</sup>

Was Politiker seit den 1980er Jahren wissen und beenden müssten, stand 2018 endlich auf der Titelseite der Bild-Zeitung: *„Der Staat setzt das Recht nicht mehr durch – Dieselskandal, Clans, Migration“*<sup>31</sup> Gegen Kriminalität und Gewalt ist die total überforderte Polizei machtlos (FAZ).<sup>32</sup> Heute zählen die Sicherheitsbehörden 28.000 Islamisten im Land.<sup>33</sup>

Gabor Steingart, langjähriger Herausgeber des Handelsblatts, hat in seinem Buch *„Weltbeben“* gut das politische und wirtschaftliche Versagen der führenden Klassen analysiert. Er hat auch dargestellt, wie Tatsachen tabuisiert und den Bürgern schöne Märchen erzählen werden. „Narrative“ heißt das bei ihm. *„Realität ist für viele Politiker nur noch ein Rohstoff, der entsprechend ihrer Interessen verformt, verpackt und schließlich massenmedial vertrieben wird.“* „Es geht den meisten Politikern nicht mehr darum Probleme zu lösen, sondern die Problemlösung zu behaupten. Der Schein triumphiert über das Sein.“<sup>34</sup> Genau diese Methoden nennt Steingart den wahren „Populismus“.<sup>35</sup>

Im CDU-Jahresrückblick für Baden-Württemberg werden 2022 vor allem Ziele als Ergebnisse verkauft. So verspricht der Innenminister Strobl: „Stärkung der Inneren Sicherheit durch mehr Personal und Ausstattung bei der Polizei sowie Cyberabwehr.“ Doch dann folgen die kühnen Behauptungen:

„Baden-Württemberg ist eines der sichersten Länder bundesweit, ja, weltweit. Die Kriminalitätsbelastung hat das niedrigste Niveau seit 40 Jahren erreicht, die Zahl der Wohnungseinbrüche ist auf dem niedrigsten Stand seit 50 Jahren. Die Einstellungsoffensive in der Polizei Baden-Württemberg schreitet weiter voran: In den letzten Jahren haben mehr als 9.000 junge Polizistinnen und Polizisten ihre Ausbildung begonnen.“<sup>36</sup>

---

<sup>30</sup> Enzensberger, Bürgerkrieg, a.a.O., S. 32. Er zitiert hier den Bericht eines französischen Sozialarbeiters.

<sup>31</sup> Bild, 05.11.2018 (Dieselskandal: Abgas-Manipulationen bei VW, Audi u.a.)

<sup>32</sup> FAZ, 05.07. 2018

<sup>33</sup> loyal, Magazin für Sicherheitspolitik, 2/2021: „Sie haben sich bereits radikalisiert oder stehen davor.“

<sup>34</sup> Gabor Steingart, Weltbeben, Leben im Zeitalter der Überforderung, München 2016, S. 186

<sup>35</sup> Gabor Steingart, Weltbeben, a. a. O., Kapitel 7. Populismus: Wie die Eliten unsere Welt fikionalisieren und banalisieren, S. 167 ff.

<sup>36</sup> Ein Jahr für Morgen – Bilanz der CDU Baden-Württemberg nach einem Jahr der Koalition, Stuttgart 2022

Warum braucht das Ländle eine Einstellungsoffensive, wenn die Kriminalität so sinkt, wie die gestaltete und geglättete Statistik vortäuscht?<sup>37</sup> Überhaupt werden in dem ganzen Heftle wünschenswerte Ziele als Ergebnisse verkauft: *„Mehr Sicherheit vor Alltags- und Jugendkriminalität“* (Justiz- und Migrationsministerin), *„Den baden-württembergischen Wald resilient und zukunftssicher gestalten“* – Waldstrategie 2050“ (Landwirtschaftsminister). *„Wir betreiben eine enkelgerechte, nachhaltige Haushaltspolitik mit klarem Bekenntnis zur Schuldenbremse und ohne weitere Kreditaufnahmen. Das schafft Stabilität“* (Finanzstaatssekretär) Es werden alle Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte als gelöst, alle Missstände als praktisch beseitigt dargestellt. *„Wir bringen den Pakt für Integration voran und setzen ihn zielgerichtet um.“* (Justizstaatssekretär) Der Leser erlebt eine glückliche heile Welt und sieht lauter lachende Politikergesichter. Doch Klaus von Dohnanyi sagt richtig,: *„Ohne offene Debatte kein demokratischer Fortschritt.“*<sup>38</sup> *„Offen“* bedeutet zugleich *„ehrlich“*.

Tatsächlich gilt: *„Die Welt ist in Unordnung geraten.“* (Bundespräsident Frank W. Steinmeier) Die alten Ideologien bieten keine Orientierung und keine Lösungen. Das muss eine unvoreingenommene Lagebeurteilung schonungslos zeigen und das führt zur nächsten Tatsache.

### **1.1.3 Ende der europäischen Neuzeit**

Die europäische Neuzeit begann um 1500 n. Chr. Es kam vieles zusammen. Kepler, Kopernikus und Galilei durchschauten unser Sonnensystem; das war die „kopernikanische Wende“. Die Erde ist eine Kugel und dreht sich um die Sonne; nicht umgekehrt, wie es jeden Tag scheint, wenn die Sonne im Osten aufgeht und abends im Westen versinkt. Es begann das Zeitalter der europäischen Wissenschaften, des Humanismus und der Reformation.

---

<sup>37</sup> Zur wirklichen Lage vgl. u.a.: Thomas Heise / Claas Meyer-Heuer, Die Macht der Clans, Arabische Großfamilien und ihre kriminellen Imperien, München und Hamburg 2022 (Spiegelbestseller)

<sup>38</sup> Klaus von Dohnanyi, Nationale Interessen – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche, München 2022 (in kurzer Folge erschien die 6. Aufl., Spiegel Bestseller), S. 160

Die „Lateinische Welt“ mit *einem* Papst und römischem Kaiser ging zu Ende.<sup>39</sup> Die europäischen Königreiche wurden starke Nationalstaaten; ihre Nationalsprachen wurden zu Schrift- und Wissenschaftssprachen.<sup>40</sup> Spanien und Portugal, England und Frankreich begannen, die Welt zu erobern und große Kolonialreiche zu gründen.

Diese Kolonialzeit endete im 20. Jahrhundert. 1989 ging die Großmacht Sowjetunion unter. Den USA gelang es nicht, alleinige Weltmacht zu werden. Die Kapitulation in Afghanistan zeigte 2021 dem Letzten, dass der westliche Werteimperialismus nicht mehr durchsetzbar ist. Sogar der Grünen-Politiker Jürgen Trittin stellte fest: *„Mit Afghanistan endet ein Zeitalter. Es endet die Ära des humanitären Interventionismus. ... Militär wird nicht für Werte, sondern für Interessen eingesetzt.“*<sup>41</sup> Das war sehr erstaunlich, da gerade die grünen Fundis am liebsten der ganzen Welt das „Gendern“ und weitere Besonderheiten beigebracht hätten.

Sehr gut und sprachgewandt hat schon 1993 Hans Magnus Enzensberger dargestellt, dass es schlicht unmöglich ist, eine für die ganze Welt gültige Moral oder Ethik zu finden und auszurufen. Auch keine moralische Verantwortung einzelner Länder oder Völker für alle anderen kann es geben: denn zwischen den einzelnen Ansichten und Überzeugungen liegen oft Welten. Eine „universalistische Ethik“ hält Enzensberger für undenkbar und nicht durchsetzbar:

„Sie [= die universelle Ethik] verlangt den unbegrenzten Einsatz, überall und jederzeit. Aber diese Rechnung geht nicht auf. Längst ist die Grenze dessen erreicht, was Regierungen der potenziellen Interventionsmächte ihrer eigenen Bevölkerung politisch vermitteln können. ... Sogar die Weltmacht USA ist mit der Rolle des universellen Polizisten überfordert. Soviel Schuldgefühle, soviel Geld, so viele Soldaten wie nötig wären, um alle Bürgerkriege der Welt stillzulegen, gibt es nicht.“<sup>42</sup>

---

<sup>39</sup> Dazu gab es vom 21.05. bis 31.10.2017 eine große, sehr sehenswerte Ausstellung im Reiss-Engelhorn-Museum, Mannheim: „Die Päpste und die Einheit der lateinischen Welt“ Die Ausstellung endete zu Recht mit den Renaissance-Päpsten. Dazu der Katalog: Alfred Wiczorek / Stefan Weinfurter (Hg.), Die Päpste und die Einheit der lateinischen Welt. Antike – Mittelalter – Renaissance (= Bd. 78 der Publikationen der Reiss-Engelhorn-Museen), Mannheim 2017 (544 Seiten)

<sup>40</sup> Sehr gut dargestellt vom englischen Historiker Joachim Whaley, Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, Bd. I 1493-1648, Darmstadt 2014, S. 79 ff: „4. Das Reich und die deutsche Nation“, S. 140 ff: „9. Humanismus im Reich“, S. 569 ff: „38. Irenik und Patriotismus am Vorabend des Krieges“

<sup>41</sup> Jürgen Trittin (Grüne), HB 09.09.2021 (Gastkommentar)

<sup>42</sup> Enzensberger, Bürgerkrieg, a.a.O., S. 85

Für Enzensberger sind dies Überreste kolonialen Denkens, weil „damit die Bevölkerung ganzer Erdstiche für unmündig erklärt wird, als wären sie bloße Puppen“. „Das kommt den Überlegenheitsgefühlen der einstigen Kolonialherren entgegen, die die Beherrschten stets wie Kinder behandelt haben; man darf ihnen eben keine gefährlichen Gegenstände überlassen; sie brauchen einen Vormund“. (S. 84)

„Darin zeigt sich ihr theologischer Kern, der alle Säkularisierungen überstanden hat. Jeder soll für alle verantwortlich sein.“ (S. 74) Die Lösung ist einfach und ursprünglich. Wir müssen wieder unterscheiden zwischen Nähe und Ferne. „Doch insgeheim weiß jeder, daß er sich zuallererst um seine Kinder, seine Nachbarn, seine unmittelbare Umgebung kümmern muß.“ Enzensberger nennt es die „**Abstufung der Verantwortungen**“. (S. 87)

Ein frühes Signal für das Ende der europäischen Neuzeit ist seit 1979 der steile wirtschaftliche Aufstieg Chinas; ihm folgt derzeit die militärische Aufrüstung. Dahinter steckt auch die Renaissance der außereuropäischen Kulturen nach dem Ende der Kolonialzeit.

#### **1.1.4 Renaissance der außereuropäischen Kulturen**

Mit dem Sturz des Schahs von Persien durch Ayatollah Khomeini 1979 begann nicht nur die schiitische Revolution im Iran, sondern eine Wiedergeburt des politischen Islam. Mit Deng Xiaping hat China 1979 seine konfuzianischen Wurzeln wiederentdeckt. Altkanzler Helmut Schmidt meinte zu ihm: „KP müsstet ihr eigentlich mit Konfuzianischer Partei und nicht mit Kommunistischer Partei übersetzen.“ Deng stutze und sagte nur: „So what“ Was hier vielleicht am ehesten heißt: „Wenn Sie meinen.“ – Deng gelang es, von 1979 bis zu seinem Tod 1997 der unumschränkte Herrscher Chinas zu werden. Er ist der Vater des chinesischen Wirtschaftswunders. China verdankt ihm, was es heute ist.

„Die fulminante Modernisierung ihres Landes schreiben die Chinesen dabei nicht etwa der Übernahme westlicher Werte zu, sondern vielmehr der konsequenten Rückbesinnung auf die Kernwerte ihrer eigenen

Kultur.“<sup>43</sup> In China herrscht ein neues Selbstbewusstsein und eine allgemeine Aufbruchstimmung: Bei einer Umfrage 2017 sagten 87 % der Chinesen, ihr Land bewege sich in die richtige Richtung; der Durchschnitt von 27 teilnehmenden Länder lag bei 40 %, Westeuropas Länder waren durchweg besonders pessimistisch.<sup>44</sup>

„Der Westen versteht China nicht.“ (Harro von Senger)<sup>45</sup> Dazu haben Stefan Baron und Guangyan Yin-Baron das Buch „Die Chinesen - Psychogramm einer Weltmacht“ verfasst. Es erhielt den „Deutschen Wirtschaftsbuchpreis des Jahres 2018“. Baron wurde dazu interviewt:

*„Was ist der Kern des „Chinesisch-Seins“? Er meinte: „Wenn man das auf einen Satz bringen soll, geht es darum, dass die Chinesen ein völlig anderes Menschenbild haben als wir. Nicht das Individuum steht im Vordergrund, sondern die Familie. Sie sehen die Menschen nur als Teil eines Netzes.“<sup>46</sup>*

Doch der Gegensatz und die Unterschiede umfassen viel mehr und betreffen nahezu alle außereuropäischen Länder. Roman Herzog sieht die *Regionalisierung* als klare Gegenbewegung zur Globalisierung: „Mit dem Ende der Kolonialzeit entdeckten diese Völker ihre ‚verletzte Identität‘.“ Es kam „die Wiederbelebung alter Denkgewohnheiten, Lebensformen und politischer Praktiken. ... Mit knappen Worten: Die Völker kehren zu ihrer „eigenen Identität“ zurück.“<sup>47</sup> Das führte, auch nach Herzog, zu „gänzlich anderen Vorstellungen vom Wert der Menschenwürde, vom Verhältnis zwischen Individuum und Kollektiv, zwischen Freiheit und Gleichheit der Menschen, von der Geltung und dem Inhalt der Menschenrechte und vielem anderen ...“.<sup>48</sup> Den Kampf um die „wahren“ Menschenrechte schauen wir uns nun genauer an.

---

<sup>43</sup> Stefan Baron / Guangyan Yin-Baron, Die Chinesen – Psychogramm einer Weltmacht, Berlin 2018, S. 409 (Baron ist bekannter Wirtschaftsjournalist und Buchautor, seine Frau Yin-Baron ist Chinesin aus alter Familie.) Das Buch beschreibt sehr kenntnisreich Chinas Geschichte und Gesellschaft, Kultur und Lebensweise Chinas.

<sup>44</sup> Stefan Baron / Guangyan Yin-Baron, a.a.O., S. 418

<sup>45</sup> In: VDI-nachrichten, 28. 10.2016, S. 4: „Der Westen verstehen China nicht“ von Harro von Senger. Er ist einer der besten Chinakenner; war von 1989 bis 2009 an der Universität Freiburg i. Br. Professor für Sinologie. Er kann chinesisch und studierte in Peking. Von Senger zur chinesischen Strategie: Moulüe – Supraplanung – Unbekannte Denkhorizonte aus dem Reich der Mitte, München 2008; ders. Zur Taktik: Die Kunst der List, Strategeme durchschauen und anwenden, München 2001

<sup>46</sup> Handelsblatt, 15.10.2018, Wirtschaftsbuchpreis, S. 14 f – ebenso Tim Marshall, Die Macht der Geographie, München 2017, 2. Kapitel China, S. 64, „Die Chinesen sehen die Gesellschaft völlig anders als der Westen. ... die chinesische Denkweise stellt die Gemeinschaft über das Individuum.“

<sup>47</sup> Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S. 68 f

<sup>48</sup> Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S. 71

## 1.1.5 Der Kampf um richtige Menschenrechte

Der Gegensatz *westlicher Individualismus und außereuropäischer Gemeinsinn* geht tiefer. Er betrifft die Ansichten über Gerechtigkeit und Recht, über Ethik und Werte. Dabei geht es vor allem um die Sicht und das Verständnis der **Menschenrechte**. Das hat sehr gut Hans Maier herausgearbeitet.<sup>49</sup>

„Lasen die Europäer und Amerikaner die Menschenrechte traditionell vom Individuum her, so las sie die nichtwestliche Welt von den politischen Rahmenbedingungen individueller Freiheit her. ... Die nichtwestliche Welt (Asien, Afrika, Lateinamerika: zwei Drittel der Weltbevölkerung!) ... entwickelte ... „kulturelle Menschenrechte“ ... (Rechte auf Entwicklung, auf Frieden, auf eine unverletzte Umwelt, eine eigene Sprache, einen gerechten Anteil an den Schätzen von Natur und Kultur usw.) und machte sie zum Zentrum einer neuen umfassenden Menschenrechte-Interpretation.“<sup>50</sup>

Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 stand ganz in der westlichen Tradition. Hans Maier stellt dazu fest:

„Natürlich musste dieses Konzept fehlschlagen, übersah es doch so wichtige Faktoren wie Kultur, Geschichte, Sprache, Religion. Nur zögerlich gewöhnte man sich an die kulturelle Polyzentrik der Dritten Welt. Es dauerte noch lange, bis man sich eingestand, daß es kein weltweit gültiges Leitbild einer „besten Kultur“ gab.“<sup>51</sup>

Damit kann ein europäischer Bürgerstaat leben. Denn er sieht Recht und Gerechtigkeit als Zeit, Raum und Kultur abhängige Erscheinungen.<sup>52</sup> „*Allgemeines Menschenrecht*“ kann nur das sein, was *allgemein* von den Kulturen und Nationen anerkannt wird.<sup>53</sup> Und Recht muss nach unserem bürgerstaatlichen Verständnis eine *Friedensordnung*, kein Kampfmittel um Macht sein.<sup>54</sup>

---

<sup>49</sup> Hans Maier, Die Grundrechte des Menschen im modernen Staat (1973); *ders.* Wie universal sind die Menschenrechte? (1997); *ders.* Menschenrechte – Eine Einführung in ihr Verständnis (2015) – Hans Maier, em. Prof. für Politische Wissenschaften (Uni München) und bayerischer Kultusminister von 1970 – 1986.

<sup>50</sup> Hans Maier, Menschenrechte – Eine Einführung in ihr Verständnis, Kevelaer 2015, S. 39

<sup>51</sup> Hans Maier, Wie universal sind die Menschenrechte?, Freiburg i. Br. 1997, S. 49

<sup>52</sup> Der Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 5.4 Recht und Gerechtigkeit

<sup>53</sup> Zur „heftigen Diskussion über Universalität oder Nichtuniversalität der Menschenrechte“ auch: Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S. 71 ff

<sup>54</sup> Das führt uns dann zum strategischen Ziel unten: „2.4.1 Friedliche Koexistenz der Kulturen“. – siehe auch: Der Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 5.4 Recht und Gerechtigkeit

## 1.1.6 Kampf der Wirtschaftssysteme

Nun erleben wir in der globalisierten Welt auch einen „**Kampf der Wirtschaftssysteme**“. Wir können sagen, den Wettlauf um das bessere Wirtschaftsmodell und um die neusten Technologien. Es geht dabei auch darum, wer seine Bürger besser ernähren, ihnen Arbeit und Brot geben kann. Dabei stehen sich vor allem gegenüber (1) der **angelsächsische Neoliberalismus** und (2) die **staatlich gesteuerte Wirtschaft Chinas**.

Die Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zur **Sozialen Volkswirtschaft** mit den strategischen Zielen des Bürgerstaats ist unser Lösungsvorschlag für Europa. Das ist vertieft bei der Strategie und deren Umsetzung darzustellen.<sup>55</sup> Hier seien nur einige Grundgedanken des Neoliberalismus und des Staatskapitalismus Chinas gegenübergestellt.

Der *Neoliberalismus angelsächsischer Prägung* geht auf Adam Smith, den Vater des Wirtschaftsliberalismus, zurück.<sup>56</sup> Er veröffentlichte 1776 sein Werk „*Der Wohlstand der Nationen – Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*“.<sup>57</sup> Der „Wohlstand der Nationen“ ist bis heute Bibel und Evangelium für die Neoliberalen. Dabei hat Smith zwei „Grundwahrheiten“ oder Wirtschafts-Dogmen aufgestellt. (1.) Wenn jeder seinem Egoismus frönt, läuft die Wirtschaft am besten, alle profitieren davon. Und es kommt zum „Wohlstand für alle“. (2.) Wenn der Staat eingreift, Wirtschaftspolitik betreibt, kommt es zu Wohlstandsverlusten.

Schauen wir uns dazu die einschlägigen Stellen bei Adam Smith an. Häufig wird zum 1. Dogma das Metzger-Brauer-Bäcker-Beispiel zitiert:

„Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir, was wir zum Essen brauchen, sondern davon dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen- sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil. Niemand möchte weitgehend vom Wohlwollen seiner Mitmenschen abhängen, außer einem Bettler und selbst der verlässt sich nicht allein darauf.“<sup>58</sup>

---

<sup>55</sup> Vgl. auch: G. Pfreundschuh, Soziale Volkswirtschaft, Heidelberg 2017, *ders.*, Kampf der Wirtschaftssysteme, Heidelberg 2018 – digitaler Zugang: <https://pfreundschuh-heidelberg.de/soziale-volkswirtschaft>

<sup>56</sup> Eine Abwandlung davon ist der Keynesianismus. Er ist derzeit durch den wieder *klassischen* Monetarismus weithin zurückgedrängt. Siehe G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme, a.a.O., S. 9 ff

<sup>57</sup> Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen – Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, London [1776] 1789, aus dem Englischen und mit einer Würdigung von Horst Claus Recktenwald, München 1974

<sup>58</sup> Adam Smith, *Withstand*, a.a.O., S. 17

Die Eigenliebe wird als die eigentliche Triebkraft menschlichen und wirtschaftlichen Handelns angesehen.<sup>59</sup> Noch grundsätzlicher und abstrakt wird dieses liberale Dogma in der Mitte des über 800 Seiten starken Werkes vom „Wohlstand der Nationen“ veranschaulicht:

„Wenn er [= der wirtschaftende Mensch] lediglich nach eigenem Gewinn strebt, wird er in diesen wie in anderen Fällen von einer unsichtbaren Hand geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat.“ Nämlich das „Wohl der Allgemeinheit.“<sup>60</sup>

Dieses rein egoistische Menschenbild wurde oft kritisiert. Den glatten Gegensatz zu Adam Smith drückt ein buddhistischer Lehrsatz aus: *„Was immer es an Freuden auf der Welt gibt, es entsteht aus dem Wunsch nach dem Wohl der Anderen. Was immer es an Leiden auf der Welt gibt, es entsteht aus dem Wunsch nach dem eigenen Wohl.“*<sup>61</sup> Das Christentum hat eine vermittelnde Meinung: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Wer sich selbst nicht mag, kann auch andere nicht lieben.<sup>62</sup>

Das zweite bis heute verkündete Dogma der Liberalen und Neoliberalen gegen jede staatliche Wirtschaftstätigkeit steckt im folgenden Zitat:

„Mithin lenkt jede staatliche Regulierung die Erwerbstätigkeit eines Landes von ertragreichen Wirtschaftszweigen in weniger ertragreiche, was dann letztlich nicht zu dem vom Gesetzgeber beabsichtigten Anstieg, sondern zu einem Rückgang im Tauschwert des jährlichen Ertrages [= BIP, Bruttoinlandsprodukt] führt.“<sup>63</sup>

Karl Marx hat nicht nur Smith genau studiert, sondern auf seinen Ideen aufgebaut und sie übergesteigert: (1) grenzenlose individuelle Bedürfnisbefriedigung in einer Überflussgesellschaft. (2.) Abschaffung des Staats durch die klassenlose kommunistische Endgesellschaft. – Im *„real existierenden Sozialismus“* herrschten dann Mangelwirtschaft und ein Überstaat.<sup>64</sup>

---

<sup>59</sup> Dieser stets im Eigeninteresse wirtschaftende Mensch wird dann der „homo oeconomicus“ genannt.

<sup>60</sup> Adam Smith, Wohlstand, a. a. O., S 371

<sup>61</sup> Stephan Porthero, Die neun Weltreligionen, was sie eint, was sie trennt, München 2011, S. 223

<sup>62</sup> Adam Smith, Theorie der ethischen Gefühle (The Theory of Moral Sentiments) ist ein ab 1759 in London veröffentlichtes philosophisches Werk. Adam Smith erklärt darin ausführlich, aus welchen Gründen es Menschen möglich sei, füreinander Mitgefühle zu entwickeln. Doch das Radikalere blieb. Es ist wie bei Machiavelli; wirkungsvoll war „Der Fürst“, nicht „Discorsi – Das Wesen einer starken Republik“ – ohne Fürst.

<sup>63</sup> Adam Smith, Wohlstand, a. a. O., S. 372

<sup>64</sup> Michael Voslensky, Nomenklatura, Die herrschende Klasse der Sowjetunion, Wien, München, Zürich, Innsbruck 1980

Der Neoliberalismus erlebte nach 2006 mit der Euro-, Finanz- und Wirtschaftskrise eine große Ratlosigkeit. Die westlichen Zentralbanken kämpfen seither mit ihren alten Werkzeugen dagegen an (Niedrigzinsen, Geldschwemme, Staatsverschuldung). Doch die Krisen schwelen bis heute unterschwellig weiter.

Die Erfolglosigkeit der neoliberalen Wirtschaftstheorie hat eine **tiefe Krise der Volkswirtschaftslehre** ausgelöst. Der amerikanische Star-Ökonom und Harvard-Professor Kenneth Rogoff gestand: Unsere Modelle sind „sehr elegant, aber sehr, sehr erfolglos“.

„Die Grundüberzeugung hinter diesen Modellen, dass Märkte perfekt funktionieren und staatliche Eingriffe nur zu schlechteren Ergebnissen führen können, ist widerlegt. Nun ist die Zeit für mehr Experimente gekommen, für die Erforschung der Unvollkommenheit von Märkten.“<sup>65</sup>

Und noch etwas sagte Rogoff in diesem großen Handelsblatt-Interview: „Viele Menschen in Afrika und Südasien sind noch nicht Teil der modernen Welt, sie brauchen ganz andere Wachstumsstrategien. Allerdings stellen sich Fragen der Nachhaltigkeit schnell, so bald Länder sich in die Weltwirtschaft integrieren.“

Kann unser kleiner „blauer Planet“ acht Milliarden Menschen auf westlichem Wohlstandsniveau ernähren?

Am 16.02.2016 veranstaltete das Handelsblatt mit der Bertelsmann-Stiftung u.a. die Tagung „**Ökonomie neu denken**“. Doch die „alten Hasen“ wollten nicht neu denken. Der Vertreter des tonangebenden deutschen Ökonomenverbandes, des „Vereins für Socialpolitik“, Rüdiger Bachmann, und die Wirtschaftsweise Isabel Schnabel verteidigten leidenschaftlich die neoliberalen sowie mathematischen Modelle. „Ich bin stolz auf meine Disziplin“, sagte Bachmann. Man müsse nur wissen, wofür man die Modelle nutzen könne und wofür nicht. So gebe es darin *keine Arbeitslosigkeit* und auch nur einen *äußerst rudimentären Finanzsektor*. Solche Schwächen könne man durch graduelle Verbesserungen beheben.“<sup>66</sup> – *Ergebnis: Vom Wichtigsten wissen sie also nichts oder wenig.*

---

<sup>65</sup> Handelsblatt, 23.01.2012, S. 22 f

<sup>66</sup> Handelsblatt, 17. 02. 2016, vgl. auch Welt, 27.08.2016, „Elegante Formeln, aber kein Durchblick“, Tobias Kaiser; bis heute tobt der Kampf: Welt, 03.06.2018, „Denkschulen-Streit“, Olaf Gersemann, Ileana Grabitz

Ganz anders denkt und handelt der **Chinesische Staatskapitalismus**. Das ergibt sich aus dem Leitsatz, den der Vater des chinesischen Wirtschaftswunders Xiaping Deng im Jahr 1978 aufstellte. Im Sinne hegelianischer Dialektik spricht er von Widersprüchen, hier vom Hauptwiderspruch.

„Der Hauptwiderspruch in der chinesischen Gesellschaft ist der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion.“<sup>67</sup>

Dieser Hauptwiderspruch zielt ganz strategisch und pragmatisch auf die Beseitigung von Armut durch technologischen Fortschritt.

Die Strategieziele werden dann fassbar und konkret. „Das Ziel ‚Made in China 2025‘ heißt, bis dahin sollen alle noch in westlicher Hand befindlichen **Schlüsseltechnologien** erworben sein. Das Land will also in zehn Jahren zu den stärksten Fertigungsländern aufschließen und 2049 eine **weltweit führende Technologie und Industrie** aufgebaut haben. „Die Übernahme des deutschen Roboterherstellers Kuka und der geplante Einstieg bei Osram sind Teil dieser Supraplanung“, so Harro von Senger.<sup>68</sup> Technik ist hier die **Wurzel des Wohlstands**, wie es auch die Soziale Marktwirtschaft sah.<sup>69</sup>

Hier wird der Unterschied zum Neoliberalismus besonders deutlich. Die Strategie setzt sich ganz nachvollziehbare und **greifbare Ziele**. Sie unterscheiden sich völlig von der oben dargestellten „unsichtbaren Hand“ eines Adam Smith, an die in China niemand glaubt.

In Anlehnung an Ludwig Erhard können wir sagen, „Wohlstand für alle“ wird angestrebt, wie es auch die Soziale Marktwirtschaft will. Dabei geht es vor allem um die Realwirtschaft, die Beschäftigung von 1 ¼ Milliarden Chinesen. Nach Adam Smith ist staatliche Wirtschaftsförderung und Planung verpönt, Arbeitslosigkeit kommt wie gesagt im Modell nicht vor, wohl aber oft in der westlichen Wirklichkeit. – Und immer mehr Länder in Afrika und anderwärts sehen im chinesischen Modell ihr Vorbild. – Der Bürgerstaat empfiehlt dagegen eine „Soziale Volkswirtschaft“.

---

<sup>67</sup> Harro von Senger, Supraplanung, a.a.O., S. 103, 111

<sup>68</sup> In: VDI-nachrichten, 28. 10.2016, S. 4: „Der Westen verstehen China nicht“ von Harro von Senger.

<sup>69</sup> Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Baden-Württemberg (Hg.), Wurzeln des Wohlstands, Bilder und Dokumente südwestdeutscher Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1984

## 1.1.7 Neue Kriegführung

Es bleibt die atomare Bedrohung. Doch wenn sich Atommächte gegenüberstehen, spricht jede Vernunft gegen solche Kriege. Kaum wird ein Staat das Staatsgebiet einer anderen Atommacht direkt atomar-militärisch angreifen. Dazu heißt es in einem Strategie-Handbuch:

„Die revolutionierendste Folge der technischen Sturmflut dieses Jahrhunderts ist, dass sie Kriege im möglichen Wirkungsbereich nuklearer und höchstentwickelter konventioneller Waffensysteme unführbar gemacht hat. Es kann keinen Sieger mehr geben, weil auch der in der letzten Kriegszuckung Überlegene in seiner Überlebenssubstanz zerstört wäre. Wenn es keinen Sieger mehr geben kann, ist Krieg sinnlos. Daraus ergibt sich zwingend, dass Strategie, die Lehre vom Kriege, in unserer Zeit nur noch die Lehre von der Kriegsverhütung sein kann.“<sup>70</sup>

Der Ukraine-Krieg hat aller Welt gezeigt, dass unter der Atomschwelle sehr wohl größere konventionelle Kriege möglich und zu befürchten sind. Eine überzeugende militärische Landesverteidigung ist unverzichtbar.<sup>71</sup>

Altkanzler Helmut Schmidt beklagte schon 2011 (!) zutreffend:

„Ich halte es jedenfalls für einen Fehler, die Bundeswehr nicht vorwiegend unter Rücksicht auf die Verteidigung des eigenen Landes zu strukturieren, sondern mit Blick auf den Einsatz auf fremden Kontinenten. Es sollte nicht die wichtigste Aufgabe unserer Bundeswehr sein, sich jederzeit abrufbar für fremde Kriege verfügbar zu halten.“<sup>72</sup>

Schmidt sprach sich im Interview auch für eine allgemeine Dienstpflicht von Männern und Frauen aus. „Junge Menschen sollten am Anfang des Erwachsenenlebens dem öffentlichen Wohl dienen.“ Und Schmidt beklagt, dass über die Aufträge der Bundeswehr in der heutigen Zeit, nach dem Kalten Krieg überhaupt nicht nachgedacht und diskutiert worden ist.

---

<sup>70</sup> Strategie-Handbuch, Band I, hrsg. für das Deutsche Strategie-Forum von Gerhard Fels u.v.a., Schriften des Institutes für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel, Herford und Bonn 1990, S. 67 ff. zitiert nach Christian Millotat (Generalmajor), Carl von Clausewitz und sein Einfluss auf Politiker und Soldaten von heute - Festvortrag anlässlich der Feierlichkeiten am 30.06. und 01.07.2005 in BURG zum 225. Geburtstag des am 1. Juli 1780 in BURG bei Magdeburg geborenen Generalmajors Carl von Clausewitz

<sup>71</sup> Vgl. Bausteine BÜSt, Bd. 2, Kapitel: 5. Bundeswehr- Cyberwehr – Friedenssheer

<https://pfreunds Schuh-heidelberg.de/downloads/bausteine-des-buergerstaats/bausteine-des-buergerstaats-kapitel-5.pdf>

<sup>72</sup> Die Zeit, 13.02.2011

Die Folgen dieses Versagens erlebten wir 2022 beim Ausbruch des Ukrainekriegs. Plötzlich zeigte sich, wie wichtig unsere ausgemusterten Panzer sind. So hat sich der nicht mehr hergestellte Flugabwehrpanzer „Gepard“ sehr bewährt.<sup>73</sup> Heiß begehrt sind auch der Leopard und gepanzerte Radfahrzeuge wie der Luchs (Spähpanzer) oder Fuchs (Truppen-Transportpanzer) und der Marder (Schützenpanzer). Sie alle wurden früher auch von Wehrpflichtigen bedient.<sup>74</sup>

Die wirkungsvollen russischen Angriffe auf die ukrainische Infrastruktur zeigen weiter, wie richtig und wichtig unsere Territorialverteidigung mit den Heimatschutztruppen war und wäre.<sup>75</sup> Diese Verbände waren auch ausgebildet im Kampf gegen Sabotage, Terror und luftgelandeten Feind.

Das führt uns zur neuen Kriegführung, den „**kleinen Kriegen**“ oder Volkskriegen. Sie haben einen unerwarteten Aufschwung und neue Formen angenommen.<sup>76</sup> Mit ihnen haben sich schon Clausewitz<sup>77</sup> und Moltke d. Ä.<sup>78</sup> beschäftigt. Sie werden heute tagtäglich weltweit geführt.

Sie heißen **Hybride Kriege (verdeckte und vermischte Kriegführung)** und sind eine Mischung von konventionellen und irregulären Kampfweisen in Verbindung mit terroristischen Aktionen und kriminellen Verhalten (Terror, Sabotage). Sie kennen keine „Kriegserklärung“, kein Kriegsvölkerrecht und keine offene Kriegführung.

Bei **Asymmetrischen Kriegen (ungleiche Kriege)** stehen sich eine militärisch starke und eine schwache Partei gegenüber. Schwache verwenden i.d.R. die „verdeckte Kriegführung“. Dagegen eignen sich Heimatschutztruppen mit Reservisten. Sie sind Erfolg versprechend.

---

<sup>73</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Flugabwehrkanonenpanzer\\_Gepard#Ukraine](https://de.wikipedia.org/wiki/Flugabwehrkanonenpanzer_Gepard#Ukraine) – letzter Abruf 23.09.2024

<sup>74</sup> Zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht: G. Pfreunds Schuh, Friedensdienst für alle – Vorschläge zur allgemeinen Dienstpflicht, in: Jahrbuch der Clausewitz-Gesellschaft 2022/2023 <https://pfreunds Schuh-heidelberg.de/downloads/friedensdienst-fuer-alle/Friedensdienst-fuer-Alle-Clausewitz-2022-23.pdf> -

<sup>75</sup> Im Territorialheer, und zwar bei der Heimatschutztruppe (HSchTr), habe ich elf Jahre, von 1966 bis 1977 gedient. Gerhard Pfreunds Schuh, Das Militär – Erlebnisbericht, Heidelberg 2014, S. 132 ff „Reservist in der HSchTr – 1966 – 1977“

<sup>76</sup> Genauer: Lennart Souchon, Clausewitz Strategie im 21. Jahrhundert, Hamburg 2012, S. 28 ff, „Terminologie, Krieg“, S. 164 ff (Kapitel 5: Krieg im 21. Jahrhundert)

<sup>77</sup> Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Hinterlassenes Werk, Ungekürzter Text nach der Erstauflage (1832-34), Frankfurt/M. 1980 (Ullstein): 6. Buch, 27 Kapitel (Volksbewaffnung), dazu Souchon, a.a.O., S. 128 ff

<sup>78</sup> Im Auftrag von Moltke erstelltes Handbuch: Adolf Friedrich Seubert, Prinzipien der Kriegskunst. Vollständiges Handbuch, Leipzig 1874 ff - „Dritter Band: Prinzipien des Kleinen Kriegs und der Feldbefestigungen“ [https://books.google.de/books?hl=de&lr=&id=EN1iAAAAcAAJ&oi=fnd&pg=PA3&dq=moltke+handbuch+der+Taktik&ots=mVtZw9hNQ\\_&sig=VHyVwEFae-TuXlq6gLKreRjKSE#v=onepage&q=moltke%20handbuch%20der%20Taktik&f=false](https://books.google.de/books?hl=de&lr=&id=EN1iAAAAcAAJ&oi=fnd&pg=PA3&dq=moltke+handbuch+der+Taktik&ots=mVtZw9hNQ_&sig=VHyVwEFae-TuXlq6gLKreRjKSE#v=onepage&q=moltke%20handbuch%20der%20Taktik&f=false) - sog. „Moltke-Handbuch“

Völlig neu sind die **Cyberkriege**, die ebenfalls heute weltweit geführt werden. Sie können schnell ganze Volkswirtschaften lahmlegen.

Cyberangriffen sind Firmen und Staaten schon heute täglich ausgesetzt. Auch hier ruft die militärische Lage laut nach neuen strategischen und operativen Antworten.<sup>79</sup>

### 1.1.8 Neue Mächte bestimmen die Weltpolitik

Wir erlebten nach 1989 zwei unterschiedliche Vorstellungen über die Welt im 21. Jahrhundert. Die einen sahen das *Eine-Welt-Dorf* mit lauter westlichen Demokratien und einer neoliberalen Weltwirtschaft kommen.<sup>80</sup> Die anderen erwarteten einen *Kampf der Kulturen*.<sup>81</sup> Wir hoffen, durch die **friedliche Koexistenz** der Kulturen das verhindern zu können. Nach heutiger politischer Lage ist das Kulturkreis-Modell wahrscheinlicher.

Auch Roman Herzog sieht diese „Umgestaltung der Welt“: „Über den herkömmlichen Staaten entstanden (und entstehen nach wie vor) größere politische Einheiten – Blöcke, Staatenblöcke, Weltregionen.“ Er sieht in der Regionalisierung die Gegenbewegung zur Globalisierung. Die Vereinten Nationen sind „insgesamt doch sehr blass geblieben“.<sup>82</sup>

Ein Blick in die Geschichte könnte diese Ansicht bestärken. Wir lernen politische Strategien genauso wie militärische am besten durch gute Geschichtskennntnisse.<sup>83</sup> Schauen wir dazu an den Beginn der europäischen Neuzeit, deren Ende wir nun erleben. Die Geschichte wiederholt sich nicht. Doch sie ist eine Sammlung von politischen Fallgestaltungen und zeigt, wie sich Menschen dabei verhalten.<sup>84</sup>

Um 1500, am Ende des Spätmittelalters, standen sich ebenfalls eine unitaristische und eine polyzentrische Politikidee gegenüber. Kaiser und Papst wollten weiter die Einheit des Abendlands, die Lateinische Welt

---

<sup>79</sup> Dargestellt in Bausteine BÜSt, Bd. 2 Kapitel: 5. Bundeswehr- Cyberwehr – Friedensheer – digitaler Zugang: <https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/bausteine-des-buergerstaats/bausteine-des-buergerstaats-kapitel-5.pdf>

<sup>80</sup> Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? Reinbek 1992

<sup>81</sup> Samuel Huntington, Der Kampf der Kulturen, Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1996

<sup>82</sup> Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S.69

<sup>83</sup> Applikatorische Methode gemäß dem preußischen General Verdy du Vernois

<sup>84</sup> Auch Jura haben wir durch die Lösung von Fällen gelernt. Obwohl jeder Fall etwas anders ist, konnten wir so auch neue, unbekanntere Fälle lösen.

mit *einem* Papst und Kaiser, *einer* Kirche und der lateinischen Sprache. Doch es kam anders, wie jeder weiß. Heute wird das oft bedauert und manche meinen, eine gesamt-abendländische Lösung hätte uns viel Leid und Kriege erspart. Doch die Zukunft gehörte den europäischen Nationen, die heute noch lebendig sind und nach einer besonderen Art der europäischen Einigung verlangen. Das Rad der Geschichte ließ sich nicht zurückdrehen.

Auf die gegenwärtige Weltlage übertragen bedeutet dies. Die alte westlich-europäische Welt lässt sich den anderen Weltkulturen so wenig aufzwingen wie ab 1500 n. Chr. allen Europäern die alte Religion und die mittelalterlich-lateinische Kultur. Die heutigen Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika wollen ihren eigenen Weg in die Zukunft finden. Hinzu kommt heute wie damals, dass die alten Modelle und Weltbilder, die Gegenwart nicht mehr erklären und die Zukunft nicht bewältigen. Das mittelalterliches Weltbild, wie es Dante in seiner Göttlichen Komödie noch einmal beschrieb<sup>85</sup> und viele Glaubensgewissheiten der römischen Kirche waren erschüttert. Heute gilt dies für die westlichen Ideologien.

Damals versuchten Kirche und Kaiser, Spanier, Franzosen und Engländer, Europa ihren Stempel, ihre Staats- und Machtordnung aufzuzwingen, was zu endlosen Kriegen führte. Das sollte uns eine große Warnung sein. Wir brauchen keinen neuen 100-jährigen und keinen 30-jährigen Weltkrieg, keine Hugenotten- und andere Kriege. Wir sollten aus der Geschichte lernen!

Henry Kissinger spricht von der „Wiederkehr der Geschichte“, wonach die neue Weltordnung „eher dem europäischen Staatensystem des 18. und 19. Jahrhunderts ähneln [wird] als den rigiden Mustern des Kalten Krieges“. Und er folgert: „Sechs große Kräfte werden neben der Vielfalt kleinerer Länder die Hauptrollen spielen: die USA, Europa, China, Japan, ein neues, aus der Sowjetunion entstandenes Staatengebilde und wahrscheinlich Indien.“ Er nennt dies die „sechs Säulen der Weltordnung“.<sup>86</sup> Andere strategisch denkende Politiker und Generale, wie Helmut Schmidt, Lee Kuan Yew,<sup>87</sup> General Klaus Naumann äußerten

---

<sup>85</sup> Bruno Bingeli, *Primum mobile: Dantes Jenseitsreise und die moderne Kosmologie*, Zürich 2006

<sup>86</sup> Henry A. Kissinger, *Die sechs Säulen der Weltordnung*, Berlin 1994, S. 17

<sup>87</sup> Helmut Schmidt, *Ein letzter Besuch*, a.a.O., (Ein Gespräch mit Lee Kuan Yew)

sich ähnlich. Dabei können sich die „Säulen“ schnell ändern.<sup>88</sup> Wir müssen alles daransetzen, dass auch Europa eine Säule bleibt.

Nicht nur Europa, auch die Welt braucht heute Modelle, die die **Einheit in Vielfalt** gewährleisten. Nur das führt zum Frieden. Hier könnte Europa mit gutem Beispiel und geschickter Diplomatie Überzeugungsarbeit für eine neue Welt-Friedensordnung leisten.

Eine konfuzianische Weisheit kann weiterhelfen: *„Der Gewöhnliche macht alles gleich, aber er harmonisiert nicht, der Edle harmonisiert, aber er macht nicht alles gleich.“* (Konfuzius 551 - 479 v. Chr.)

---

<sup>88</sup> Zum Abstieg des Osmanischen Reichs oder anderer alter Mächte (z.B. GB) betrachte man nur die Geschichte des 19. Jahrhunderts. Von Napoleon bis zum Ende des I. Weltkriegs änderte sich die Lage in schneller Folge.

## 1.2 Die Lage in Europa

*„Undeutlich ist bislang geblieben, welche Rolle die EU weltpolitisch spielen kann und soll...“ Offen ist die „Frage nach den geografischen sowie politischen Grenzen Europas ... nach einem Mindestmaß an innerer Homogenität der EU und ihres Mitgliederkreises...“<sup>89</sup>*

*Antworten können eine unvoreingenommene Lagebeurteilung und eine darauf aufbauende Strategie bringen. Kulturell und historisch betrachtet ist Europa ein Kulturkreis mit eigener, gemeinsamer Geschichte und Tradition. Unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit und Recht, Ethik und Aufklärung prägen unsere Politik und Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unser Weltverständnis bis heute – trotz Anzeichen von Spaltungen.*

*Die Kultur zeigt uns auch die Grenzen, die unsere Eurokraten leider nicht erkennen. Eine durchdachte Russland- und Ukrainestrategie ist dafür nötig. Ähnliches gilt für die Frage, ob die Türkei zur EU gehört.*

*Europa hat zwar eine gemeinsame Geschichte und Kultur, aber viele Sprachen und Nationen. Es ist ein Kontinent der Vielfalt. Das ist der Reichtum der europäischen Kultur. Dem muss eine innereuropäische Friedensordnung und Verfassung entsprechen.*

*Jede Gleichschaltung von oben führt unten zum Widerstand. Die EU-Organen machen die EU mit ihren erheblichen Demokratie-Defiziten zum Überstaat. Jede Vorschrift von oben ist eine Freiheitberaubung für unten.*

*Die strategisch-politische Frage lautet: Wollen wir Europa als Einheits- und Zentralstaat oder als Staatenbund, als ein Europa der Vielfalt, der Nationen und Vaterländer? Die derzeitige EU-Politik ist auf Zentralismus bis in die letzten Einzelheiten ausgerichtet; wie jeder weiß und täglich erlebt. Viele, zu viele sagen, daran könnte Europa scheitern.*

*Andererseits ist die EU in zentralen Fragen der Sicherheits- und Weltpolitik handlungsunfähig. Die EU ist ein Monstrum eigener Art.<sup>90</sup>*

<sup>89</sup> Roman Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S. 16 ff

<sup>90</sup> Vgl. dazu Pufendorf <https://germanhistory-intersections.org/de/deutschsein/ghis:document-248>

## 1.2.1 Europa: gemeinsame Kultur und viele Nationen

*„Es geht nicht darum Europa so groß, sondern so stark wie möglich zu machen.“  
Roman Herzog*

Wer die europäische Geschichte nur etwas studiert, der sieht, dass wir eine gemeinsame Kultur haben. Die gesellschaftliche, die geistig-religiöse, die wirtschaftliche und die Verfassungsentwicklung liefen in allen europäischen Ländern parallel; bei den einen etwas schneller, bei den anderen etwas verzögert.

Nach Art. 49 I, 1 EUV kann jeder „**Europäische Staat**“ Mitglied der EU werden. „Europäisch“ ist dabei in einem politisch-kulturellen Sinn zu verstehen, was aber noch nicht eindeutig geklärt und abgegrenzt ist.<sup>91</sup>

Doch nicht alle Ur-Europäer wollen in die EU; nicht die Schweizer und Norweger, nicht die Britten und viele sogenannte Populisten in der Alt-EU. Andere wie die Ost-Mitteleuropäer, von Polen über Ungarn bis zum Balkan, fürchten um ihre neue Souveränität und Freiheit; also „ihre“ Demokratie-Werte. Für Strategen stellt sich die Frage, warum das so ist.

**Russland**, das dritte Rom nach Konstantinopel, gehört zwar zu Europa, die Russen sind Europäer, aber das Riesenreich ging wie Byzanz stets einen eigenen, deutlich anderen Weg. Es fühlte sich als eigenständige Großmacht. Das ist zu respektieren. Die EU muss ihre Grenzen kennen!

Auch die Ukrainer und Weißrussen sind Europäer, aber keine Anwärter für den EU-Beitritt. Denn das würde den Frieden mit Russland unmöglich machen, mit dem sie historisch und kulturell eng verwandt sind, enger als mit den EU-Staaten.<sup>92</sup> Auch darüber ist bei der Strategie und ihrer Umsetzung nachzudenken.

Zur europäischen Kultur gehört nicht die **Türkei**, wie Erdogan jedem täglich zeigt. Das und der **Euro-Islam** sind wichtige strategische Fragen, um deren Beantwortung sich unsere Politiker drücken. Ohne ihre Klärung könnte sich Europa in unlösbare Zielkonflikte verstricken und sich in einer politischen Dauer-Lähmung wiederfinden. „Antagonistische“, d.h. tödliche Widersprüche, nannten das die Marxisten.

---

<sup>91</sup> Abgrenzungen in: Bürgerstaat, Bd. 1 unter „5.1 Recht und Gerechtigkeit“ und insbesondere „5.4.4 Ethik, Sittlichkeit, Ehrbarkeit“

<sup>92</sup> Gut, auch historisch erklärend: Tim Marshall, Die Macht der Geographie, München 2017, S. 15 ff - Russland

Das ist deshalb weltpolitisch so wichtig, weil die alten und neuen Großmächte sich nach kulturellen und nationalen Gesichtspunkten ordnen.<sup>93</sup> Wie gesagt erkannten dies strategisch denkende Politiker mit geschichtlichen Kenntnissen wie Henry Kissinger, Helmut Schmidt u.a. Nur wahltaktisch agierende oder von den alten, rechten wie linken Ideologien geprägte Parteipolitiker haben dafür kein Gespür.

Dabei ist zwischen kleineren Abstufungen innerhalb einer Kultur und den großen Gegensätzen zwischen den Kulturkreisen zu unterscheiden. Kulturell völlig einheitlich sind weder China noch Indien, auch nicht Lateinamerika oder die islamische Welt. Doch wer in großen Zusammenhängen mit geschichtlichem Überblick denkt, für den sind die kleineren Besonderheiten gut zu erkennen und von den großen Gegensätzen leicht abzugrenzen.

Schauen wir unter diesen Gesichtspunkten auf Europa. Europa zeichnet sich durch eine Vielfalt an Sprachen und Nationen aus. Und die Nationen und ihre Nationalsprachen leben. Welt-Ideologen wie die Neoliberalen oder Marxisten wollen die Nationen auflösen, am besten verdunsten lassen. Kultur und Vielfalt passen nicht zu ihren zentralistischen Verfassungen und globalen Wirtschaftsmodellen.<sup>94</sup> Doch das politisch-strategische Ziel einer kulturellen Auflösung Europas würde die europäischen Staaten und Gesellschaften tief spalten. Denn die meisten Europäer wollen weiter eine Heimat, ein Vaterland sowie ihre Sprache und die europäische Kultur behalten.

Gabor Steingart sagte und zeigte es an Beispielen:

„Fazit: Mögen die Europäer bei ihrem heutigen EU-Gipfel mit sich selbst gnädig sein. Die **politischen, kulturellen und ökonomischen Unterschiede** gehören zu Europa wie das **Mittelmeer** zu Italien und die **Nordsee** zu Deutschland. Wer versucht, unter dem Banner der Klimapolitik oder dem der Menschenrechte einen **Monolithen** namens „Vereinigte Staaten von Europa“ zu schmieden, wird **Streit säen** und womöglich den **Zerfall ernten.** Europa ist vielfältig – oder gar nicht.“<sup>95</sup>

---

<sup>93</sup> Einen guten und leicht verständlichen Überblick bietet: Tim Marshall, Die Macht der Geographie, München 2017 (Russland, China, USA, Westeuropa u.a.), – ders. Die Macht der Geographie im 21. Jahrhundert, München 2021 (Australien, Iran, Saudi-Arabien u.a.) – Er verbindet die Geografie mit der dazugehörigen Geschichte.

<sup>94</sup> Beim Marxismus ist „Kultur“ ohnehin nur ein ideologischer Überbau über dem wirtschaftlichen Sein.

<sup>95</sup> Gabor Steingart, Morning Briefing, 22.10.2021 [Hervorhebungen wie im Original]

Die Lösung steht eigentlich in den EU-Verträgen, wurde oft beschworen und zitiert – z.B. von Roman Herzog bis Hans Werner Sinn.<sup>96</sup> Es sind die Grundsätze der *Subsidiarität*, der *gesetzlichen Einzelermächtigung*<sup>97</sup> und der *Souveränität der Nationalstaaten*.

Ob ein Mitgliedstaat durch ein mitgliedstaatliches Gesetz der EU Einzelermächtigungen erteilt hat, sollte er selbst feststellen und auch durch seine eigenen Verfassungsgerichte überprüfen können. Er, der Mitgliedstaat, weiß am besten, was er wollte und was nicht. Heute entscheidet aber der EuGH mit fremden Richtern, was alles der EU von den Mitgliedstaaten übertragen wurde. Nach welchen Grundsätzen und Theorien dies geschieht, wollen wir uns nun genauer ansehen.

---

<sup>96</sup> Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O. – Hans Werner Sinn, Der schwarze Juni – Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt, Freiburg i. Br. 2016

<sup>97</sup> Art. 23 Grundgesetz – Übertragung von Hoheitsrechten nur durch gesetzliche Einzelermächtigung.

## 1.2.2 EU-Vertragsrecht gegen EU-Wirklichkeit

*Der EU-Vertrag und der Vertrag über die Arbeitsweise der EU (beide in der Fassung von Lissabon 2007) sind die Rechts- und Arbeitsgrundlage der EU-Organe (Kommission, Parlament, EuGH usw.). Es sind völkerrechtliche Verträge.*

*Die Versuche, der EU eine Verfassung zu geben, sind bisher gescheitert. Die EU ist auch aus weiteren Gründen kein Staat, kein Staatenbund, kein Bundesstaat, schon gar nicht ein Zentralstaat, sondern eine Staatenverbund eigener Art (BVerfG).*

*Nach der EU-Vertragslage benötigen die EU und ihre Organe (wie Kommission, Parlament) Einzelermächtigungen ihrer Mitgliedstaaten, um tätig zu werden. Dabei gelten die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Diesem EU-Vertragsrecht widerspricht massiv die gelebte EU-Politik. Statt Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit erleben wir eine „überbordende Bürokratie mit Engstirnigkeit, Detailverliebtheit und Normenhypertrophie“ (Roman Herzog).*

*Die EU nimmt für sich in Anspruch die Werte „Freiheit“, „Demokratie“ und „Rechtsstaatlichkeit“ zu vertreten, die raum-, zeit- und kulturabhängig sind (!). Gegen EU-Staaten, in denen sie diese verletzt sieht, leitet sie Vertragsverletzungsverfahren ein. In der Realität ist sie selbst nur eine Teildemokratie. Dem Rat und der mächtigen Kommission fehlt schon die demokratische Legitimation.*

*Das Abgleiten in immer mehr Teildemokratie ist zudem dynamisch, „weil die EU immer mehr Zuständigkeiten entweder übertragen erhält oder wenigstens an sich zieht“.<sup>98</sup> Wir erleben eine umfassende Rechtsentstehung ohne staatliche oder parlamentarische Willensbildung. Dabei werden den echten Volksvertretungen in den Nationalstaaten ur-demokratische Rechte wie das Budgetrecht entzogen.<sup>99</sup>*

*Das dritte Einfallstor undemokratischer Machtausübung ist die Weiterübertragungen von Hoheitsrechten durch die EU auf nichtöffentliche völkerrechtliche Gremien wie CETA-Ausschüsse,<sup>100</sup> Schiedsgerichte. Dabei fehlen Öffentlichkeit und Transparenz, damit die Bürger in Wahlen und Abstimmungen die Staatsgewalt ausüben können, die vom Volk ausgehen soll. Der Speyerer Völkerrechtler Wolfgang Weiß u.a. zeigen, dass diese EU-Praxis, Normsetzungsrecht auf demokratisch nicht legitimierte Gremien zu übertragen, (1.) unserem Grundgesetz, (2.) dem EU-Vertragsrecht widerspricht.<sup>101</sup> Auf den EuGH ist Verlass, dass er dies alles deckt und zulässt. Es gab noch nie ein Vertragsverletzungsverfahren gegen EU-Organe.*

<sup>98</sup> Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S. 42, vgl. Michael Sachs, (Hg.), Grundgesetz Kommentar, München 2018, Art. 70, RdNr. 5 u. 6

<sup>99</sup> Hinter verschlossenen Türen wird in endlosen Nachtsitzungen über das Schicksal von 500 Mio. EU-Bürgern und Mrd. € entschieden. BVerfGE 2/08 Urteil vom 30.06.2009, H.-W. Sinn, Der schwarze Juni, a.a.O., S. 197

<sup>100</sup> CETA – Freihandelsabkommen EU - Kanada

<sup>101</sup> Wolfgang Weiß, Kann Freihandel Demokratie und Rechtsstaat gefährden? In: „Erosion von Demokratie und Rechtsstaat?“ Beiträge auf der 17. Speyerer Demokratietagung vom 26. bis 27. Oktober 2017 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, hg. von Hans Herbert von Arnim, Berlin 2018 (Bd. 235 der Schriftenreihe der Universität Speyer), z.B. S. 36 ff

## Die Vertragslage gemäß den Verträgen von Lissabon (2007)

Die allgemeinen Vorschriften im **EU-Vertrag** (EUV) sind gut und überzeugend. Sie fordern für EU-Maßnahmen (RVO, Richtlinien u.ä.) die *gesetzliche Einzelermächtigung, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit*. Doch der **Vertrag über die Arbeitsweise** (AEUV) und die Rspr des EuGH verkehren das ins Gegenteil und machen daraus eine **Allzuständigkeit** der EU-Organe. Das ist genauer zu betrachten.

So heißt es z.B. in **Art. 4 EUV**: „(1) *Alle der Union nicht in den Verträgen übertragenen Zuständigkeiten verbleiben gemäß Art. 5 bei den Mitgliedstaaten.* (2) *Die Union achtet die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsgemäßen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt.*“

**Art. 5 EUV** beschreibt die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, auf deren Aufnahme in die Verträge Deutschland besonderen Wert legte. Dazu bestimmt Art. 5 I EUV (Lissabon-Vertrag):

<sup>1</sup>Für die Abgrenzung der Zuständigkeiten der Union gilt der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung. <sup>2</sup>Für die Ausübung der Zuständigkeiten der Union gelten die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.<sup>102</sup>

Dem entspricht Art. 23 Grundgesetz:

(1) <sup>1</sup>Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. <sup>2</sup>Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. ...

(1a) <sup>1</sup>Der Bundestag und der Bundesrat haben das Recht, wegen Verstoßes eines Gesetzgebungsakts der Europäischen Union gegen das Subsidiaritätsprinzip vor dem Gerichtshof der Europäischen Union Klage zu erheben.

Die Einzelermächtigung muss den Grundsätzen der Bestimmtheit und Notwendigkeit (Subsidiarität) entsprechen.<sup>103</sup> Für Rechtsakte, für die die

---

<sup>102</sup> Vertrag über die Europäische Union i.d.F. des Vertrags von Lissabon, Beck-Texte im dtv, München 2017, S. 225 - zitiert auch bei Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S. 16, 61, 95

EU keine gesetzliche **Einzelermächtigung** hat, ist sie nicht zuständig. Damit könnte ein Staatenbund leben.

Doch der **AEUV** „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (Lissabon 2007) hebt diese Grundsätze aus und führt zur **faktischen Allzuständigkeit**.<sup>104</sup> Eine Vorschrift wie Art. 70 I GG gibt es nicht. Danach gilt: „Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungsbefugnisse verleiht.“ Die folgenden Artikel zählen dann genau auf, wofür der Bund Gesetze erlassen kann. Die EU regelt heute Dinge, für die bei uns nicht einmal der Bund zuständig wäre.

Der AEUV beginnt mit „*Titel I. Arten und Bereiche der Zuständigkeiten der Union*“. Hier gibt es die **ausschließliche Zuständigkeit** (Art. 2 I), die **geteilte Zuständigkeit** (Art. 2 II); und versteckt, ganz hinten in Art. 352 AEUV die **Kompetenzerweiterungsklausel**.<sup>105</sup> Diese Klausel zeichnet sich durch zwei Besonderheiten aus: 1. Sie gilt nicht für die Außen- und Sicherheitspolitik; diese wollen sich die Regierungschefs der großen EU-Staaten nicht aus der Hand nehmen lassen. 2. Diese Klausel löst sich von jeglicher Beschränkung auf den Gemeinsamen Markt und von den „in den Verträgen festgelegten Politikbereichen“ (Art. 352 I 1). Ohne Vertragsänderung sind die EU-Zuständigkeiten beliebig erweiterbar. Dies muss einstimmig durch den Ministerrat auf Vorschlag der Kommission und mit Zustimmung des EU-Parlaments (alles EU-Organen) geschehen.

Bei der **ausschließlichen Zuständigkeit** dürfen die Mitgliedsstaaten nicht tätig werden (z.B. Zollunion, Euro-Währungspolitik). Bei **geteilter Zuständigkeit** können sie nur tätig werden, sofern und soweit die EU diese Zuständigkeiten nicht ausübt. (Art. 2 II, 2 AEUV). Art. 4 zählt dann die Bereiche der geteilten Zuständigkeiten auf. Sie gehen sehr weit: a) Binnenmarkt, b) Sozialpolitik, c) wirtschaftlicher, sozialer, territorialer Zusammenhalt, d) Landwirtschaft und Fischerei, ausgenommen die Erhaltung der biologischen Meeresschätze, e) Umwelt, f) Verbraucherschutz, g) Verkehr, h) transnationale Netze, i) Energie, j) Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, k) gemeinsame

---

<sup>103</sup> Wolfgang Weiß, Kann Freihandel Demokratie und Rechtsstaat gefährden? Beiträge 17. Speyerer Demokratietagung, a.a.O., z.B. S. 36 ff

<sup>104</sup> Der AVEU ist wie bei einem Versicherungsvertrag das Kleingedruckte. Er nimmt das große Versprechen zurück. Nach dem Motto: „Versicherungen verteilen Regenschirme, die sie bei Regen wieder einsammeln.“

<sup>105</sup> Martin Große Hüttmann / Hans-Georg Wehling (Hg.), Europalexikon, Bonn 2013: „Kompetenz-Kompetenz“

Sicherheitsanliegen im Bereich der öffentlichen Gesundheit hinsichtlich der in diesem Vertrag genannten Aspekte.

Doch es geht noch weiter. Die EU wird auch für die Bereiche Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt (Art. 4 III), für die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (Art. 4 IV) sowie für die Koordinierung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik (Art. 5) für zuständig erklärt, ebenso für Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungsmaßnahmen in allen nur denkbaren Bereichen (Art. 6). Im EU-Vertrag über die Arbeitsweise wurde nichts vergessen.

Man fragt sich, was nicht dazu gehört. Und diese Frage stellte ich bei der „17. Speyerer Demokratietagung“ (2017) dem grünen EU-Abgeordneten Sven Giegold nach seinem Vortrag: „Für was ist die EU nicht zuständig?“ Seine Antwort: „Diese Frage kann ich nicht beantworten.“

Da die EU kein Staat, sondern ein völkerrechtlicher Staatenverbund ist, kann sie keine Gesetze erlassen, sondern gemäß **Art. 288 AEUV** nur mittels *Rechtsverordnungen, Richtlinien, Beschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen* tätig werden, die die Mitgliedstaaten dann durch Gesetze in nationales Recht umsetzen müssen. Da begrenzte Einzelermächtigungen die Grundlage sind, muss sinngemäß Art. 80 GG gelten und hier vor allem der **Grundsatz der Bestimmtheit**. Art. 80 GG erlaubt dem Bund durch Gesetz, Landesregierungen zu ermächtigen, Rechtsverordnungen (RV) zu erlassen. „*Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetze bestimmt werden.*“ (Art. 80 I, 2 GG)<sup>106</sup>

Bürger und staatlichen Institutionen müssen klar erkennen, überprüfen und absehen können, was sie erwartet. Das ist Rechtsstaatlichkeit!<sup>107</sup> Nur so funktioniert auch die **Gewaltenteilung** zwischen EU, Bund, Ländern und Gemeinden (vertikale bzw. föderale Gewaltenteilung). Sogar die klassische, horizontale Gewaltenteilung zwischen Exekutive (Regierung), Legislative (Parlament) und Judikative (Rechtsprechung) ist nur so möglich. Auch sie ist in der EU unvollendet.<sup>108</sup>

---

<sup>106</sup> Michael Sachs, Grundgesetz, a.a.O., Bestimmtheit bei RV: Art. 80, RdNr. 4, 23 ff

<sup>107</sup> Michael Sachs, Grundgesetz, a.a.O., Bestimmtheit als Rechtsstaatsgebot: Art. 20 RdNr. 126 ff

<sup>108</sup> Vgl. Der Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 7.3.1 Von der Allzuständigkeit zur Gewaltenteilung“ – Wir können auch sagen vom Alleiherrscher bzw. Diktator zum Rechtsstaat, zur Demokratie.

<https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/der-buergerstaat/der-buergerstaat-kapitel-7.pdf>

## Dynamische Zuständigkeitserweiterung durch den EuGH

Während in unserem Grundgesetz die Kompetenzverteilung genau und gegenständlich begrenzt ist, sind im EU-Recht die Zuständigkeiten final und funktional gefasst.<sup>109</sup> Sie sind **dynamisch erweiterbar**, was Herzog als **Demokratie-Defizit** bezeichnet. Dem sollten die Grundsätze der Subsidiarität, der begrenzten Einzelermächtigung, der Notwendigkeit bis hin zur frühzeitigen Beteiligung (Frühwarnsystem) und zum Klagerecht nationaler Parlamente (Subsidiaritätsklage beim EuGH) entgegen wirken.<sup>110</sup> Dazu sagen die Kommentare zutreffend: „Bisher wenig effektiv“;<sup>111</sup> und bei Art. 23 GG (Verwirklichung der EU) lesen wir:

„Als Rechtspflicht ist die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips prinzipiell justiziabel [einklagbar]. Der praktische Wert hängt von der Intensität der Kontrolle durch den EuGH ab. Hier stimmt die bisherige Praxis eher skeptisch.“<sup>112</sup>

Die (finalen) Ziele und die (funktionale) Wirkungsweise der **EuGH-Rechtsprechung** folgen dem „Effet-utile-Grundsatz“, auf Deutsch „Prinzip der optimale Wirkungskraft“. Dies ist ein zentraler, vom EuGH entwickelter Rechtsgrundsatz. Gemeinschaftskompetenzen sind danach größtmöglich auszuschöpfen. Einzelermächtigungen der Mitgliedstaaten werden zum Vorteil der EU „möglichst dynamisch und Kompetenz erweiternd interpretiert“.<sup>113</sup>

Dabei ist weiter zu bedenken, dass der EuGH wie jedes Gericht keine demokratische Legitimation besitzt. Hier ist die **Unterscheidung von Recht und Politik** wichtig. Das **Recht** ist ein fester Rahmen, nach dem das Zusammenleben und Zusammenwirken abläuft (z.B. Strafrecht, BGB, Verfassungsrecht). **Politiker** ändern das Recht, um es zukunftsfest zu machen und das langfristige Überleben zu sichern. Nur gewählte Politiker sind vom Volk, dem Träger der Staatsgewalt, legitimiert Politik zu machen, d.h. das Recht zu ändern, Steuergelder auszugeben (Budgetrecht) u.ä. In direkten Demokratien steht auch dem Volk die Rechtsänderung durch Volksabstimmungen unmittelbar zu.

---

<sup>109</sup> Michael Sachs, Grundgesetz, a.a.O., Art. 70 RdNr. 5

<sup>110</sup> Vgl. Große Hüttmann / Wehling, Europalexikon, a.a.O., Subsidiaritätsprinzip in der EU

<sup>111</sup> Michael Sachs, Grundgesetz, a.a.O., Art. 70 RdNr. 6

<sup>112</sup> Michael Sachs, Grundgesetz, a.a.O., Art. 23 RdNr. 40

<sup>113</sup> Große Hüttmann / Wehling, Europalexikon, a.a.O., Artikel: Effet utile

Ein Problem von Anfang an und bis heute ist die authentische Auslegung des Rechts, insbesondere der Verfassung. Dazu bestimmte die erste württembergische Konstitution von 1819 in § 88 „*Ohne Beistimmung der Stände [= Landtag] kann kein Gesetz gegeben, aufgehoben, abgeändert oder authentisch erläutert werden.*“ Die „authentische Auslegung“ ermöglicht die inhaltliche Änderung, wie gleich zu zeigen ist. Diese beanspruchen der EuGH, und (!) die Bundesobergerichte, insbesondere das BVerfG, obwohl sie nicht [Verfassungs-]Gesetzgeber sind.

Das gleiche gilt für den EuGH bezüglich der Auslegung der Verträge und aller Rechtsakt der EU. „**Herr der Verträge**“ sind aber die souveränen Mitgliedstaaten, nicht die EU selbst oder ihre Organe wie der EuGH.<sup>114</sup>

Wie schnell die Änderung der Auslegung zur Änderung der Verfassung oder des Rechts führt, hat ein Forscherleben lang der Konstanzer Uni-Professor Bernd Rüthers untersucht. Ihm fiel auf, dass einige führende Juristen seit dem Kaiserreich unter „vier Reichen“ mit vier Amtseiden als Richter, Staatsanwälte oder Professoren dem „Recht“ gedient hatten. Rüthers bewegte die Frage, wie Richter ein im Wortlaut kaum verändertes Recht im Kaiserreich, der Weimarer Republik, im Dritten Reich, in der Bonner Republik und jetzt unter der EU-Herrschaft anwenden konnten. Schon 1968 hat er in seiner Habilitation „*die unbegrenzte Auslegung*“ untersucht.<sup>115</sup> Das betraf vor allem das Privatrecht. Inzwischen hat er die Rechtsprechung zu weiteren Rechtsgebieten und des BVerfG unter diesem Gesichtspunkt erforscht. (Die Erkenntnisse gelten genauso für die EU und den EuGH.)

„So sind die deutschen Juristen ‚Wende-Experten‘, quasi ‚Weltmeister‘ in der Kunst der Umdeutung ganzer Rechtsordnungen geworden.“<sup>116</sup> Rüthers nennt als jüngstes Beispiel die „gleichgeschlechtliche Ehe“. Man könne dazustehen, wie man wolle. Doch im Grundgesetz stehe sie nicht. An sie dachten die Väter und Mütter des Grundgesetzes nicht. Die Frage sei auch in der Öffentlichkeit so stark umstritten, dass sie nur politisch, d.h. von der dazu berufenen Gewalt (Legislative) und (!) durch eine Änderung des Wortlauts im Grundgesetz und nicht vom BVerfG zu

---

<sup>114</sup> Vgl. Leitsätze des BVerfG im Lissabon-Urteil vom 30. Juni 2009 - 2 BvE 2/08 [Link: Inhalt](#)

<sup>115</sup> Bernd Rüthers, *Die unbegrenzte Auslegung – Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus*, Tübingen 1968, 8. Auflage 2017

<sup>116</sup> Bernd Rüthers, *Judex legibus solutus? Erosion des Rechtsstaats? Beiträge 17. Speyerer Demokratietagung (2017)*, a.a.O., S. 127 ff.

entscheiden sei. Eine „verschwiegene Umdeutung“ ist eine „Verfassungsumgehung“.<sup>117</sup> Im Bürgerstaat ist es einfacher. Der „Souverän der Verfassung“ sind die Stimmbürger als Letztentscheider; und da wird nichts umgedeutet, sondern klar und eindeutig mit „ja“ oder „nein“ abgestimmt.<sup>118</sup>

Erst recht kennt das Grundgesetz kein „drittes Geschlecht“, wie 2017 das BVerfG verfügte.<sup>119</sup> Das ist sogar unter Biologen höchst umstritten, weil es angeblich mit einem Gendefekt verbunden ist.<sup>120</sup> Dass das eine Änderung des Wortlauts der Verfassung ist, ergibt sich auch daraus, dass bisher unbestrittene und allgemein anerkannte Gesetze im Wortlaut geändert werden mussten (z.B. Personenstandsgesetz).

Als besonders schwerwiegend nennt Rüthers die Entscheidungen des **Bundesverfassungsgerichtes** (BVerfG). Denn hier sind die Richter von „Hütern der Verfassung“ zu „Herren der Verfassung“ aufgestiegen. Sie ändern die Verfassung, indem sie den Wortlaut umdeuten oder ihre Rechtsprechung ändern. Dabei sind Verfassungsgesetzgeber der Bundestag und der Bundesrat mit jeweiliger 2/3-Mehrheit. Das BVerfG ist gemäß Grundgesetz ausdrücklich nicht Verfassungsgesetzgeber.<sup>121</sup> Ihm fehlt dazu die demokratische Legitimation.

Art. 79 I GG bestimmt: *„Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt.“* Rüthers sagt schlicht:

„Verfassungsänderungen sind dem Bundesverfassungsgericht verboten (Art. 79 GG). Sie sind an enge Voraussetzungen geknüpft und für bestimmte

---

<sup>117</sup> Bernd Rüthers, *Judex legibus absolutus? Erosion des Rechtsstaats?*, in: Beiträge 17. Speyerer Demokratietagung, a.a.O., S. 142

<sup>118</sup> Manche kritisieren das; doch auch in allen Parlamenten wird nur mit „ja“, „nein“ oder Enthaltung abgestimmt. Nur bei Wahlen (z.B. Stellenbesetzungen) kann in ersten Wahlgängen gewählt werden.

<sup>119</sup> 1 BvR 2019/16 – BVerfG-Beschluss vom 10.10. 2017:

[https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/10/rs20171010\\_1bvr201916.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/10/rs20171010_1bvr201916.html)

<sup>120</sup> So auch BVerfG im zu entscheidenden Fall: „Ausweislich der vorgelegten Chromosomenanalyse verfügt sie [es!] über einen numerisch auffälligen Chromosomensatz mit einem X-Chromosom und einem fehlenden zweiten Gonosom.“ - Frage: Jeder Chromosomschaden hat Verfassungsrang, verfassungsändernde Wirkung?

<sup>121</sup> So auch Roman Herzog „Gefahr eines Rechtsprechungs- bzw. Richterstaats ... Entsprechendes gilt vom Verhältnis des verfassungsändernden Gesetzgebers zur Verfassungsgerichtsbarkeit.“ Roman Herzog, *Allgemeine Staatslehre*, Frankfurt / M. 1971, S. 337

Fragen durch die „Ewigkeitsgarantie“ gänzlich ausgeschlossen (Art. 79 Abs. 3 GG).<sup>122</sup>

Das BVerfG ist dazu berufen, im Rahmen des Verfassungsrechts Recht zu sprechen, es darf aber nach der Logik der Gewaltenteilung keine Verfassungspolitik und -gesetzgebung betreiben. Dies tut es auch dadurch, dass es allgemeine Rechtsbegriffe, wie „Menschenrechte“ oder „Menschenwürde“ (Art. 1 GG) umdeutet und mit einem ihm passenden Inhalt füllt.<sup>123</sup> Damit greift es tief in die Staats- und Gesellschaftsordnung sowie in die Politik ein. Das BVerfG und der EuGH betreiben Politik!

### **Fazit: Jede Vorschrift von oben ist eine Freiheitsberaubung unten**

Davor soll u.a. das Subsidiaritätsprinzip schützen: *Was unten geregelt und entschieden werden kann, hat oben nichts zu suchen.* Das verstehen die zentralstaatlichen EU-Organe überhaupt nicht. Das gilt auch für viele Europäer, die aus Zentralstaaten ohne Bundesstaatlichkeit und ohne kommunale Selbstverwaltung kommen (ganz Südeuropa). Da auch dort die Bürger ihre nationale Eigenart bewahren wollen, kommt es zu staken Parteien, die eine europäische Einigung ganz ablehnen, höchstens als Umverteilungsapparat akzeptieren.

Die geltenden EU-Verträge sind die gültige Grund- und Rechtsordnung für die EU samt EZB und EuGH. Doch wie sagte die EZB-Chefin Christine Lagarde so entlarvend: *„Wir haben die Verträge gebrochen und den Euro gerettet.“* Da die Verträge ständig gebrochen werden, leben der Bürger in ständiger totalitärer Bedrohung.

Die EU ist Weltmeister in der Regelungswut und unterläuft jegliche Subsidiarität. Bei seiner Verabschiedung in den Ruhestand hat der „Professor aus Heidelberg“, der allseits geschätzte Paul Kirchhof, in Richtung Brüssel und Berlin geklagt: *„Mit rund 60 Gesetzesvorlagen je Stunde kann man nicht einmal mehr die Überschriften lesen.“*<sup>124</sup> Sein Bruder Ferdinand Kirchhof, ebenfalls 12 Jahre Verfassungsrichter, veranschaulichte die unvorstellbare, unkontrollierbare Normenflut so:

---

<sup>122</sup> Bernd Rüthers, *Judex legibus absolutus? Erosion des Rechtsstaats?*, in: Beiträge 17. Speyerer Demokratietagung, a.a.O., S. 135.

<sup>123</sup> Vgl. dazu auch 1.1.5 Kampf um die richtigen Menschenrechte“; diese sind raum-, zeit-, und kulturabhängig.

<sup>124</sup> Rhein-Neckar-Zeitung, 08.06.2013 – Kirchhof war von 1987 bis 1999 Richter am BVerfG.

„Man darf davon ausgehen, dass inzwischen 60 bis 70 Prozent der in der deutschen Rechtsordnung verbindlichen Normen von der Europäischen Union veranlasst oder bestimmt werden. Dieser immense Einfluss auf das nationale Recht wirft die Frage nach ihrer parlamentarischen Legitimation auf. ... Von Oktober 2013 bis Oktober 2016 haben den Deutschen Bundestag 64.285 EU-Dokumente erreicht, also 1785 pro Monat.“<sup>125</sup>

Die EU verhält sich, wie wenn ihr zu dieser Vorschriftenflut umfassend Hoheitsrechte von den Mitgliedsstaaten übertragen wären. Das ist nicht der Fall und ist nach deutschem und EU-Recht verfassungswidrig.<sup>126</sup>

Alle Grundsätze einer strategischen Politik und Führung<sup>127</sup> sowie viele Merkmale eines Bürgerstaats kennt die EU nicht.<sup>128</sup> Aus Sicht des Bürgerstaats ist die EU ein bürokratisches Monster, ein Überstaat und muss tatsächlich neu erfunden werden, wie Roman Herzog feststellte.<sup>129</sup>

Doch die EU-Kommission ist gewitzt und trickreich. Ferdinand Kirchhof hat dieses Vorgehen juristisch sauber herausgearbeitet:

„Ihre Distanz zu den Völkern Europas verleitet sie [= EU], Richtlinien zu erlassen, die sofort geltendes Recht werden, aber erst innerhalb von drei Jahren in nationales Gesetz umgesetzt werden müssen. Wenn nationale Umsetzungsgesetze dann etliche Jahre später auf Empörung in den Mitgliedstaaten stoßen, verweist Europa auf eine schon längst geltende Rechtslage und jeglicher Protest dagegen verpufft. Die Taktik der unbemerkten Bildung bindenden Rechts ist nicht Zufall, sondern hat Methode. Diese Technik weicht aber dem Volkswillen aus und schleicht europäische Regeln in nationale Rechtsordnungen ein. Dem demokratischen Ideal einer Hoheitsgewalt, die vom Volke ausgeht, genügt sie nicht.“<sup>130</sup>

Ferdinand Kirchhof empfiehlt als Gegenmittel **Volksabstimmungen über wesentliche Fragen** wie EU-Erweiterungen, Vertragsänderungen oder das Eingehen monetärer Verpflichtungen. Sie sind neben klaren Zuständigkeiten im Rahmen der Gewaltenteilung ein Mittel zur Machtbegrenzung und zur Mitwirkung der Bürger.<sup>131</sup>

---

<sup>125</sup> Ferdinand Kirchhof, Richter am BVerfG in: FAZ.NET Kiosk, 21.12.2017

<sup>126</sup> Die Rechts- und Politikwissenschaft sowie der EuGH verwendeten seit längerem für die EU-Verträge den Begriff „europäisches Verfassungsrechts“ oder „europäische Verfassungsverträge“.

<sup>127</sup> z.B. Strategie konzentriert sich nur auf das ganz Wesentliche und Wichtige.

<sup>128</sup> Der Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel 5. Merkmale des Bürgerstaats

<sup>129</sup> Roman Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O.

<sup>130</sup> FAZ.NET Kiosk, 21.12.2017 – Der Gipfel ist: Wenn sich Parlamente weigern, die Umsetzung zu beschließen, folgen EU-Vertragsverletzungsverfahren – und der EuGH gibt stets der EU Recht.

<sup>131</sup> Zur vertikalen und zur horizontalen Gewaltenteilung vgl. Der Bürgerstaat, Bd. 1, Abschnitt 7.3.2 und 7.3.3:

<https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/der-buergerstaat/der-buergerstaat-kapitel-8.pdf>

Auch der EU-Präsident Jean-Claude Juncker hat diese Vorgehensweise der EU offengelegt: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“<sup>132</sup> Nach diesem Muster laufen die EU-Erweiterungen, die geheimen TTIP-Verhandlungen,<sup>133</sup> letztlich viele Machtergreifungen durch die EU und ihre Kommissare.

Warum streben nun so viele, vor allem arme Länder in die EU? Die Antwort ist einfach: Die EU ist ein großer Umverteilungsapparat zwischen den Regierungen und Nationen. Zahlmeister sind vor allem die nördlichen EU-Staaten. Doch die Budgethilfen für den Süden und Südosten kommen bei den dortigen Bürgern und den meist mittelständischen Unternehmen kaum an. Es gibt kaum wirksame Verbesserung der Verhältnisse für die Bürger. Die Ziele „Wohlstand für alle“ oder gar „Mittelstand für alle“ werden nicht erreicht.

Europa wird mit jeder Erweiterung ärmer und schwächer – auch technologisch. Dazu kommt die Gefahr einer Sozialunion, die am Ende alle gleich arm macht. Denn die Armen drängen in die sozialsten Länder, und diese bluten dadurch finanziell aus.

Es drängt sich der Vergleich mit der Entwicklungshilfe für Afrika auf. Nach vorsichtigen Schätzungen sind in den letzten 60 Jahren 2,3 Billionen (2.300 Mrd.) US-Dollar Entwicklungshilfe zum Großteil nach Afrika geflossen.<sup>134</sup> Doch fast alle Länder sind nicht reicher, sondern ärmer geworden. Afrika-Kenner drückten das im „Bonner Aufruf“ so aus:

*„Wenn wir in einem weiteren halben Jahrhundert nicht vor einer ähnlichen Situation wie heute stehen wollen, muss der Kurs der Entwicklungshilfe radikal geändert werden.“*<sup>135</sup> Für die EU-Außenpolitik ist Afrika die große strategische und operative Aufgabe.<sup>136</sup> Da fehlen auch noch echte Erfolge.

---

<sup>132</sup> Wolfgang Koydl, Die Besserköner, Was die Schweiz so besonders macht, Zürich, 2014, S. 147 ff.

<sup>133</sup> TTIP = Transatlantisches Freihandelsabkommen

<sup>134</sup> William Easterly, Wir retten die Welt zu Tode, Für ein professionelleres Management im Kampf gegen die Armut, Frankfurt / M 2006, S. 19; Asfa-Wossen Asserate (= Enkel des letzten Kaisers von Äthiopien), im Vorwort zu Volker Seitz, Afrika wird armregiert, München 2019, S. 21

<sup>135</sup> <http://www.bonner-aufruf.eu/>

<sup>136</sup> Siehe unten 2.2.2 *Wohlstand für alle Länder* und *Der Bürgerstaat*, Bd. 1, 7.4.5; *Bausteine BüSt*, Bd. 2, 5.5.3 ff

Auch Italien ist ein Beispiel. Trotz großer finanzieller „Hilfen“ ist der Süden, der Mezzogiorno, immer noch das Armenhaus des Landes. Der ständige Geldabfluss dorthin führte zur Gründung der starken Protestpartei „Lega Nord“.

Der EU fehlt das, was Roman Herzog die „wirtschaftliche Homogenität“ nennt.<sup>137</sup> Es wird eine strategische und operative Aufgabe sein, diese herzustellen, um nicht weiter hinter den USA und China zurückzufallen. Dazu dürfen wir uns nicht durch territorialen Größenwahn überfordern, indem die EU weitere Länder aufnimmt, die Dauer-Geldempfänger sind.

Diese Lage ist nicht nur ungemütlich, sie ist lebensgefährlich für unser Überleben im 21. Jahrhundert.

***Die zum Überleben notwendigen Zuständigkeiten hat die EU nicht. Das gilt für geopolitische und weltwirtschaftliche Aufgaben. Die EU wirkt stark nach innen, aber schwach nach außen. Sie hat eine gewaltige Bürokratie, aber keine durchdachte Verfassung und keine geopolitische Strategie.***

### 1.2.3 Politikversagen der EU und der EU-Staaten

*Im Spiel der weltpolitischen Mächte steht es nicht gut um Europa. Die innere Ordnung der EU ist wie gezeigt höchst reformbedürftig. Viele EU-Staaten einschließlich Deutschland scheinen im weltweiten Wettbewerb deutlich zurückzufallen. Die Bürger sind unzufrieden. Den Staaten und Parteien fehlen tragfähige Zukunftsstrategien und überzeugende Programme, um das langfristige Überleben zu sichern. Gedacht und gehandelt wird kurzfristig, in Wahlperioden. So wird ein Jahrzehnte langes Politikversagen sichtbar; wofür Angela Merkel ein Beispiel ist.*

Die gegenwärtige Lage zeigt angesichts des Ukrainekriegs jedem, wie abgehalftert die Bundeswehr ist, wie marode die **Verteidigung und die äußere Sicherheit** Europas sind.<sup>138</sup>

<sup>137</sup> Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S. 105 ff – keine Aufnahme von Dauer-Geldempfängern.

<sup>138</sup> Vgl. dazu „Der Bürgerstaat“, Bd. 1, Kapitel: 2. Der Parteienstaat in der Sackgasse: <https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/der-buergerstaat/der-buergerstaat-kapitel-2.pdf>

Europa ist auch auf **außenwirtschaftlichem Gebiet** lebensbedrohend abhängig von russischem und arabischem Gas und Öl, von chinesischen Lieferungen aller Art bis hin zu den seltenen Erden. Wir sehen ein Politik- und Strategieverversagen der EU und der EU-Staaten auf der ganzen Linie. Statt einer tragfähigen Energie- und Klimawende oder besser statt einer neuen Wirtschaftsstrategie erleben wir Planlosigkeit und Kurzsichtigkeit in der Wirtschaftspolitik samt der Rohstoffsicherung.

Bei Gabor Steingart ist das gut erklärt.

„Nach einem Bericht der Europäischen Kommission (2020) führt Europa

- 65 Prozent der Rohstoffe für Elektromotoren aus China ein.
- 54 Prozent der Rohstoffe für Windturbinen kommen aus China.
- 53 Prozent der Materialien für Photovoltaik-Technologien stammen ebenfalls aus China.

Um Elektromotoren zu bauen, braucht man Permanentmagnete aus Seltenern Erden. Ein bis zwei Kilogramm davon stecken in jedem E-Auto. Die European Raw Materials Alliance (ERMA) schätzt den weltweiten Bedarf an Seltenerdmetallen allein für den Bau von Elektrofahrzeugen bis 2030 auf jährlich bis zu 70.000 Tonnen. Hinzu kommen mehr als 100.000 Tonnen, die jährlich für den Ausbau erneuerbarer Energien, für Werkzeugmaschinen oder für Roboter benötigt werden.

Chinesische Firmen kontrollieren über 70 Prozent der weltweiten Produktion Seltener Erden und über 90 Prozent der Verarbeitung. Rund um den Globus kaufen Chinesen alle erreichbaren Lithiumvorkommen auf. Die EU ist fast vollständig auf Importe angewiesen. 98 Prozent der Seltenerdmetalle auf dem EU-Markt stammen aus chinesischer Herstellung. Rund 90 Prozent der weltweiten Magnetproduktion kommen aus China.

Folgt man den europäischen Klimaplänen, steigt allein der Bedarf an Lithium bis 2030 um das Achtzehnfache, bis 2050 sogar um das Sechzigfache. 75 Prozent der Vorleistungen für die Automobilindustrie erfolgen laut dem IFO in China, bei Computern und elektronischen Geräten sieht es nicht besser aus: Über 70 Prozent davon stammen aus China.<sup>139</sup>

Der Hauptgrund liegt im neoliberalen Wirtschaftsmodell, das an die „unsichtbare Hand“ mit einem völlig oder weitgehend deregulierten und globalisierten Weltmarkt glaubt. Politische Sicherheits- und Wirtschaftsstrategien passen dazu nicht.

---

<sup>139</sup> Gabor Steingart TechBriefing vom 12.05.2022: <https://blog.mediapioneer.com/online.php?u=oBw9asJ28631> (abgerufen 23.09.2024)

So kommt Christoph Keese in Steingarts TechBriefing zur Erkenntnis:

„**China hat eine Strategie.** Wir haben keine. China hat **Notfallpläne.** Wir haben keine. Deutschland ist ein großer Organismus ohne die kognitive Leistung eines zentralen Nervensystems.“<sup>140</sup>

Alle Träume von „Ende der Geschichte“ ohne Kriege, von der friedlichen, überreichen „Eine-Weltwirtschaft“ sind verfliegen. Wir sehen die Grenzen des Wirtschaftswachstums, die Folgen der Bevölkerungsexpansionen mit Massenmigrationen und den weltweiten Kampf um Rohstoffe und Ressourcen aller Art. Doch unsere Politiker mit ihren alten Theorien wissen keinen Ausweg. Ihre „Werte“ wie Weltoffenheit und Vielfalt, Menschlichkeit und Gerechtigkeit u.ä. wurden zu Worthülsen, weil ihnen Überzeugungskraft und Umsetzbarkeit, also tragfähige Inhalte, fehlen.

Von Gabor Steingart wurde das gut am Beispiel von Angela Merkel gezeigt,<sup>141</sup> die im krassen Gegensatz zu Adenauer mit seinem politisch-strategischem Denken und unbeirrbarem Handeln steht.<sup>142</sup>

Nach Gabor Steingart, den ich als Journalist sehr schätze, ist es falsch von „der Merkel“ zu sprechen, denn es gibt mindestens fünf Lebens- und Politikabschnitte der Angela Merkel, die sich grundlegend unterscheiden.

Es beginnt (1.) mit der *klugen Physikerin*, es kam (2.) die zu Reformen wild *entschlossene Jungpolitikerin* (2003). Der Schock über den knappen Wahlausgang brachte die Wende zur (3.) führungslosen *Populistin der Mitte* und damit zur „Stillstandsrepublik“ (2005, CDU-SPD-Regierung). Schwerpunkt wurde für Merkel nun die Außenpolitik. Hier wurde sie (4.) die *Verlässliche*. Die Welt war ab der Jahrtausendwende in Unordnung geraten. „*In ihren Adern floss Gleichstrom [= Merkel], derweil bei Trump, Putin und Erdogan dauernd die Sicherungen rausflogen.*“<sup>143</sup> Das Rautezeichen ihrer Hände und die deutsche Spendierfreudigkeit weltweit wurden ihr Markenzeichen. Dabei vergas sie das eigene Volk und die innenpolitischen Notwendigkeiten. Sie wurde (5.) zur *Entfremdeten*. Die Gefahren blieben nicht außerhalb der Grenzen und die Bürger erlebten: Migration, Kriminalität, Renten-Knappheit, Infrastrukturstau usw. Es kam zur „Repräsentationslücke“ (Hans-Jürgen Papier) und zur AfD. „*Nichts*

<sup>140</sup> Ebenfalls: TechBriefing vom 12.05.2022: <https://blog.mediapioneer.com/online.php?u=oBw9asJ28631> (abgerufen 22.09.2024) – Fettdruck und Unterstreichungen wie im Original.

<sup>141</sup> <https://thepioneer-briefing.mediapioneer.com/online.php?u=H4x9Gp565401>

<sup>142</sup> Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. II (1955-1959) Stuttgart 1967

<sup>143</sup> Gabor Steingart, <https://thepioneer-briefing.mediapioneer.com/online.php?u=H4x9Gp565401>

*erinnert mehr an jene Kanzlerin Merkel, die im Jahr 2010 ... in Potsdam noch ausgerufen hatte: „Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert.“<sup>144</sup>*

In Deutschland und vielen EU-Staaten ist nicht nur die Wirtschaft dem technologischen Welt-Wettbewerb nicht mehr gewachsen; auch der Sozialstaat ist am Limit, die Generationenfolge nicht gesichert; die Politiker sind ratlos.

Halten wir Ausschau nach einer zeitgerechten politischen Strategie.

---

<sup>144</sup> Gabor Steingart, <https://thepioneer-briefing.mediapioneer.com/online.php?u=H4x9Gp565401>

## 2. Die Strategie

*Aus der schonungslosen Lagebeurteilung ist die Strategie zu erarbeiten. Die Strategie konzentriert sich auf das ganz Wesentliche und Wichtige. Sie ist ganz einfach, aber gerade deshalb für viele so schwer. Besonders schwierig ist die operative Umsetzung der Strategie mit überprüfbaren Zielen, Zeiten und Zahlen [Z<sup>3</sup>]. Denn dabei treten tausend Hindernisse, Gegensätze und Gegenkräfte auf den Plan. (nach Clausewitz)<sup>145</sup>*

*(2.1) Die Erarbeitung der Strategie beginnt mit der Frage nach dem Zweck des Ganzen. Warum brauchen wir gemäß der heutigen Weltlage überhaupt ein vereintes Europa? Unsere Antwort: Zur Sicherung des langfristigen Überlebens Europas, seiner Kultur und Nationen in Frieden und Freiheit bei angemessenem Wohlstand.*

*(2.2) Dieser Zweck verlangt einige Begriffsklärungen. Sie werden im Kapitel: „Europa der Nationen“ statt „Nation Europa“ vorgestellt.*

*(2.3) Aus dem Zweck leiten sich die strategischen Ziele ab. Der Zweck ist weithin statisch, die Strategie dynamisch, ohne feste Regeln, weil sich die Lage oft und schnell ändert. Trotzdem ist stets vorausschauend zu denken und zu handeln. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gilt: 2.3 Die Zeitenwende ändert die strategischen Ziele.*

*(2.4) Um den Zweck „Sicherung des Überlebens Europas“ zu erreichen, müssen wir gemäß der Lage über „2.4 Strategische Ziel für die Weltpolitik“ mit neuen Macht- und Wirtschaftsblöcken nachdenken. .*

*(2.5) Die Strategischen Ziele für die Binnenpolitik Europas haben im 21. Jahrhundert das Ziel, „Europa nicht so groß, sondern so stark wie möglich zu machen“ (Roman Herzog).*

*Für die operative Umsetzung der Strategie sind dann die dazu nötigen Mittel und Organe zu entwickeln, d.h. vor allem eine Verfassung. Dies soll dann im Teil II des Bandes „Staatenbund Europa“ erfolgen. Es geht auch um den Sinn und Zweck von Verfassungen (Machtbegrenzung der Herrschaft, Mitwirkung der betroffenen Mitgliedstaaten und Bürger).*

---

<sup>145</sup> Clausewitz nennt es Friktionen. Clausewitz, Vom Kriege, a.a.O., S. 150

Aus dem **Zweck** leitet sich die **Strategie** ab.<sup>146</sup> Sie ist ein langfristiger Plan und umreißt, auf welche Art und Weise der Zweck als Aufgabe und übergeordnetes Ziel in die Tat umzusetzen ist. Der mehr dauerhafte Zweck verlangt jedoch eine dynamische Strategie, weil sich die Lage oft und schnell ändert; dabei ist stets vorausschauende zu handeln.

Schauen wir zuerst in den Originaltext von **Carl von Clausewitz**, dem Erfinder der Strategie und des strategischen Denkens. Er sagt:

„So ist denn in der Strategie alles sehr einfach, aber darum nicht auch alles sehr leicht. ... so ist der Weg dazu leicht gefunden; aber diesen Weg unverrückt zu verfolgen, den Plan durchzuführen, nicht durch tausend Veranlassungen tausendmal davon abgebracht zu werden, das erfordert außer einer großen Stärke des Charakters, eine große Klarheit und Sicherheit des Geistes ...“<sup>147</sup>

Heute machen wir eine zutreffende Unterscheidung, die Clausewitz noch nicht kannte. Es ist die Abgrenzung der Strategie von der Operation, die viele nicht richtig verstehen. Dabei hilft uns die Betriebswirtschaftslehre (BWL) weiter. Dort wird eine Strategie zur **Operation**, wenn *Ziele mit Zeit und Zahlen (Z<sup>3</sup>)* festgelegt werden (z.B. Haushaltspläne, Mittelfristige Finanzplanung usw.).<sup>148</sup> Damit wird der Ablauf prüfbar; was die BWL *operationalisieren* nennt. Erreichte Ziele (Z<sup>3</sup>) sind dann Erfolge, das Gegenteil Misserfolge.<sup>149</sup> (Die Politik verkündet oft Ziele als Ergebnisse: „Wir schaffen innere und äußere Sicherheit.“<sup>150</sup>)

**Taktik** ist im militärischen Sprachgebrauch die Führung des Gefechts mit den verbundenen Waffen; allgemein die geschickte Ausführung einer Aufgabe.<sup>151</sup> Zur Taktik gehört die Beherrschung der Kampfarten samt Kriegslisten.<sup>152</sup> In der Politik ist es ein „diplomatisches“ Vorgehen, z.B.

---

<sup>146</sup> *Zweck-Mittel-Abfolge*, dazu: Lennart Souchon, Carl von Clausewitz, Strategie im 21. Jahrhundert, Hamburg 2012 – Englisch: Strategy in the 21st Century, The Continuing Relevance of Carl von Clausewitz, Springer Internat. Publishing, Cham 2020, (€ 91,99) – Besprechung in: ÖMZ (Österreichische Militärische Zeitschrift) 03/2021, S. 413 f; dort zu Souchons Buch: „faszinierende Lektüre“; „methodisch erstklassiges ‚Lehrbuch‘“

<sup>147</sup> Carl von Clausewitz, Vom Kriege, a.a.O., S. 150

<sup>148</sup> Personal – Geld – Sachmittel: Wieviel Soldaten, Finanzen und Gerät benötigt z.B. die Operation Afghanistan?

<sup>149</sup> Im II. Weltkrieg hießen operative Planungen „Unternehmen“ (z.B. Unternehmen Barbarossa; Unternehmen „Tannenbaum“ betraf die Schweiz). Die operative Umsetzung war dann der *Feldzug*. –

Anschaulich für Kommunen: Horst Baier, Operative Planung in Kommunen, Lohmar, Köln 2002

<sup>150</sup> Intern heißt das dann: „Wir müssen das Thema besetzen, bevor es die anderen tun.“

<sup>151</sup> Clausewitz, Vom Kriege, a.a.O., S. 84: „Es ist also nach unserer Einteilung die Taktik *die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht*, die Strategie *die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zwecke des Krieges*.“ Oberster Zweck des Kriegs ist – wie gesagt – der Friede (S. 104).

<sup>152</sup> „Offen, ehrlich, zuverlässig“ in der Truppe - „Tranen, täuschen, triumphieren“ gegenüber dem Feind.

Verhandlungsgeschick. Beides kann nicht nach festen, stets gleichen Regeln ablaufen (ebenfalls nach Clausewitz).

Der *Zweck* einer Organisation und die strategischen *Ziele* hängen eng zusammen; oft lassen sie sich nicht scharf trennen. Für Altkanzler **Helmut Schmidt** (SPD) waren fast alle Risiken gering im Vergleich zur „bedrohlichsten Veränderung“ für Europa: Die „bevorstehende Gefahr einer Marginalisierung der europäischen Kultur“. Er begründete dies mit der „Schrumpfung der europäischen Bevölkerung.“<sup>153</sup> **Roman Herzog** (CDU) schließt sein Buch „Strukturmängel der Verfassung“ mit dem Kapitel: „Die Schicksalsfrage Demographie und Demokratie“<sup>154</sup>

Eine Politikerin, die unabhängig dachte, war **Antje Vollmer** (Grüne). In ihrem Buch „Heißer Friede“ stellte sie treffend fest:

„So kompliziert und arbeitsteilig moderne Staaten auch aufgebaut sind – sie haben im Kern immer mit den Urproblemen der Menschheit zu tun, die sich im wesentlichen auf drei Grundaufgaben reduzieren lassen:

1. Sicherung der Ernährung und Generationenfolge,
2. Verteidigung in Bedrohungssituationen,
3. Herausbildung von Normen für das gemeinsame Verhalten und deren verbindliche Durchsetzung.

Mißlingt die Bewältigung auch nur einer dieser Bereiche, gerät jedes Gemeinwesen in eine erhebliche Legitimationskrise.“<sup>155</sup>

Darum schließen sich Menschen zu Gemeinschaften zusammen. Auch das ist ganz einfach und einleuchtend, weil es wesentliche Zwecke und strategische Ziele sind. Europa steckt in allen drei Bereichen tief in der Krise. Europas muss, wie Roman Herzog sagt, neu erfunden werden.

---

<sup>153</sup> Handelsblatt 04.07.2012, S. 55; Helmut Schmidt, Ein letzter Besuch, München 2013, S. 44 ff, 158;

<sup>154</sup> Roman Herzog, Strukturmängel der Verfassung? Erfahrungen mit dem Grundgesetz, Stuttgart 2000, S 136 ff

<sup>155</sup> Antje Vollmer, Heißer Frieden – Über Gewalt, Macht und das Geheimnis der Zivilisation“, Köln 1995, S. 45

## 2.1 Zweck und Ziele eines vereinten Europas

*Das (1.) langfristige Überleben ist oberster Zweck jeder Organisation, ja jedes Lebewesens. Clausewitz kennt noch einen weiteren Zweck, den er sogar als Zweck des Krieges nennt: (2.) den Frieden.*

*Wir Europäer sehen seit alters auch (3.) die Freiheit als einen Staatszweck, den die Stände und ständischen Körperschaften und dann die Bürger durch ihre Vereinigung gemeinsam erreichen wollten (iura et libertates, coniuratio pro libertate, Eidgenossenschaft für die Freiheit).<sup>156</sup>*

*Ein weiterer Zweck, dem nicht nur die Herrschaft, sondern auch die Wirtschaft zu dienen hat, ist (4.) der angemessene Wohlstand. Die vorstaatlichen Verfassungen sprachen von „Auskömmlichkeit“ (Ständeordnung, Zünfte) oder von Aristoteles über Albertus Magnus bis Thomas von Aquin vom „iustum pretium“ (gerechten Preis). Der Polizeistaat erstrebte die allgemeine Wohlfahrt. Für Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft war es „Wohlstand für alle“. Der Bürgerstaat will dies zum strategischen Ziel „Mittelstand für alle“ ausbauen.*

*Aus all dem ergibt sich der Zweck eines vereintes Europas: „Sicherung des langfristigen Überlebens Europas, seiner Kultur und Nationen in Frieden und Freiheit bei angemessenem Wohlstand“.*

In der Welt von heute hängt das langfristige Überleben Europas auch von der Bewohnbarkeit der Erde und damit vom **Überleben der Menschheit** ab. Zum ersten Mal in der Geschichte kann unser kleiner blauer Planet unbewohnbar werden: durch Atombomben oder durch von Menschen gemachte Umweltzerstörungen. Wir können es auch einen Zweck der Vereinten Nationen (VN, UNO) nennen, dies zu verhindern.

Um diesem Zweck zu dienen, benötigt die Menschheit Regeln des Zusammenwirkens und gemeinsame Mittel zur Zielerreichung. Dabei steht der **Weltfriede** an erster Stelle. Unter der Überschrift „Zwecke und Mittel der Strategie“ erklärt Clausewitz ‚Friede‘ zum Zwecke des Kriegs:

---

<sup>156</sup> iura et libertates = Rechte und Freiheiten; coniuratio pro libertate = Eidgenossenschaft für die Freiheit

„Die Strategie hat ursprünglich nur den Sieg, d.h. den taktischen Erfolg, als Mittel und, in letzter Instanz, die Gegenstände, welche unmittelbar zum Frieden führen sollen, als Zweck.“ (Zweck-Mittel-Abfolge)<sup>157</sup>

Das Ende der Kriege wurde oft vorhergesagt. Letztmals von Francis Fukuyama u.a. nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus.<sup>158</sup> Eingetreten ist dieser Zustand noch nie, im Gegenteil! Doch für die europäische Außenpolitik bleibt „Friede“, ein oberster Zweck und ein je nach Lage dynamisch anzupassendes, strategisches Ziel.

*Freiheit in unserem Sinn* kann nur ein Zweck europäischer Binnenpolitik, nicht der Weltpolitik sein. Schon ein Blick in die europäische Geschichte zeigt uns, dass unter Freiheit jede Epoche, ja jede Verfassungsordnung etwas anderes verstand.<sup>159</sup> Der Inhalt von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist *Zeit, Raum und Kultur abhängig*. Daher verstehen auch heute Chinesen etwas anderes darunter als US-Amerikaner. Chinesen, andere Asiaten und Afrikaner haben ein anderes Menschenbild. Wir können sagen, die Kulturen sind eben verschieden. Das zeigten wir in „1. Die Lage“ in den Abschnitten „1.1.4 Renaissance der außereuropäischen Kulturen“ und „1.1.5 Kampf um die richtigen Menschenrechte“.

Das führt zum Strategieziel ***friedliche Koexistenz der Kulturen***. (2.4.1)

Der innere und der äußere Friede sind auch bedroht, wenn für einzelne Länder oder gar Erdteile die *Ernährung* nicht gesichert ist. Armut und Hunger führen zu Aufruhr, Massenwanderungen und Kriegen.

Das führt zum ***strategischen Ziel Wohlstand für alle Länder*** (2.4.2).

Eine weitere Gefahr für den Weltfrieden sind nicht anerkannte Grenzen (Taiwan, Krim, Israel usw.). Antje Vollmer sagte im Interview richtig: „*Wir müssen über die Frieden sichernde Funktion von Grenzen nachdenken.*“ Dem grenzenlosen Kapitalismus und Welt-Ideologien (Marxismus) sowie Offenbarungsreligionen, die sich als einzige und ewige Wahrheit sehen,

---

<sup>157</sup> Clausewitz, Vom Kriege, a.a.O., S. 104

<sup>158</sup> Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte Wo stehen wir? Reinbek 1992

<sup>159</sup> Der Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 4. Vom Heerhaufen zum Bürgerstaat – 5.3 Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit  
<https://pfreundschuh-heidelberg.de/der-buergerstaat/der-buergerstaat-inhalt>

fällt es schwer, das zu verstehen. Sie wollen sich grenzenlos ausbreiten, allen Menschen „ihre“ Wahrheit bringen und aufzwingen.<sup>160</sup>

Auch die EU kennt ihre Grenzen nicht. Sie ist ein Überstaat, der auf Ausdehnung und Herrschaftserweiterung angelegt ist.<sup>161</sup> Die USA wollen zwar nicht ihr Staatsgebiet, wohl aber ihren Einflussbereich ausweiten. Das wollte auch die Sowjetunion mit ihren Satellitenstaaten. An der Nato, China und Jugoslawien sind sie dabei gescheitert. Womöglich stoßen gerade die alten (USA) und neuen Großmächte (China, Russland) an die Grenzen ihrer Machtausdehnung. Da hilft nur „*friedliche Koexistenz*“.

China erstrebt derzeit in Afrika und andernorts Macht und Einfluss. Das kann als Neokolonialismus bezeichnet werden. Eine Ebene darunter wird in Afrika ständig um Grenzen und damit um Machterweiterung gekämpft. Das sind Gefahren für den örtlichen und den Weltfrieden.

Bismarck wollte nach der Gründung des Kaiserreichs den Frieden; und er sagte im Reichstag am 11.01.1887: „*Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den – was der alte Fürst Metternich nannte: saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten.*“<sup>162</sup>

Das führt zum **strategischen Ziel „Lösung der Grenzfragen“** (2.4.3). Dabei muss eine europäische Politik zuerst die Grenzen der EU, d.h. eines europäischen Staatenbunds festlegen. Das verlangt schon ein dauerhafter Friede mit unserem großen Nachbarn Russland.

Weiters muss geklärt werden, was europäisch ist. Die Verträge sprechen zwar von europäischen Völkern (Präambel, Art. 167 II AEUV u.a.) und europäischen Staaten, die der EU betreten können (Art.49 EUV). Doch eine klare und vor allem überzeugende Abgrenzung fehlt.

Nun ist die Welt im 21. Jahrhundert gar nicht friedlich. Die Rüstungen und die Rüstungsausgaben haben weltweit Rekordhöhen erreicht. Europa ist aus dem Traum vom friedlich-niedlichen Eine-Welt-Dorf erwacht. Neue, keineswegs nur friedfertige Macht- und Wirtschaftsblöcke

---

<sup>160</sup> Für den Nahen Osten und dem dortigen erbitterten Kampf zwischen den muslimischen Konfessionen zeigt dies gut: Tim Marshall, Macht der Geographie, a.a.O., Der Nahe Osten, S. 157 ff

<sup>161</sup> Art. 49 EUV (Beitritt zur Union)

<sup>162</sup> <https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/kaiserreich/139653/aussenpolitik-und-imperialismus/> - Abruf 22.09.2024

bespielen die politische Weltbühne. Die Landesverteidigung steht wieder auf der Tagesordnung. Helmut Schmidt (SPD) hat dies wie gesagt schon 2011 (!) in kluger Weitsicht gefordert

Das führt zum **strategischen Ziel äußere Sicherheit und Verteidigung** (2.4.4)

Zu diesen Zwecken und strategischen Zielen unserer Weltpolitik treten für Europa die Aufgaben der Selbstordnung und eines überzeugenden Selbstverständnisses. Was ist europäisch? Wir nennen dies die **Zwecke** und **strategischen Ziele der europäischen Binnenpolitik** (2.5).

Der oberste Zweck „*Sicherung des langfristigen Überlebens*“ führt für das heutige Europa wie gesagt zum strategischen Ziel **Sicherung der Generationenfolge** (2.5.1).

Die EU-Verträge sichern die Achtung der nationalen Identitäten, der regionalen und lokalen Selbstverwaltung der Mitgliedstaaten (Art. 4 EUV) zu. Sogar die nationale und regionale Vielfalt und das gemeinsame kulturelle Erbe sollen gewahrt und gefördert werden. Die Lage (1.2.2) zeigt, dass die EU-Politiker und EU-Bürokraten das Gegenteil betreiben: Alles wird „harmonisiert“, gleichgeschaltet. Diese Gleichschaltung ist eine Form der Freiheitsberaubung und widerspricht unseren Grundsätzen der Subsidiarität und der vertikalen Gewaltenteilung.<sup>163</sup> Freiheit verlangt das Recht zum selbstbestimmten Leben, zur Selbstorganisation.<sup>164</sup>

Das führt zum strategischen Ziel, **Europas Vielfalt bewahren** (2.5.2).

Die EU ist derzeit dem angelsächsischen Wirtschaftsmodell verpflichtet. Sie folgt dem Monetarismus mit einem grenzenlosen Finanzkapitalismus. Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer.<sup>165</sup> Das ist seit eh die Hauptkritik der Sozialen Marktwirtschaft am Kapitalismus (W. Röpke).<sup>166</sup>

---

<sup>163</sup> Der Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel 7.3.2 Die vertikale Gewaltenteilung

<sup>164</sup> Wir sagen: „Bürgerstaat“ ist die höchste Form der Selbstorganisation der Bürger (Gegenteil Obrigkeitsstaat).

<sup>165</sup> Vgl. z.B. G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme, Heidelberg, 2018, <https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/kampf-der-wirtschaftssysteme/Kampf-der-Wirtschaftssysteme-2-2022.pdf>

<sup>166</sup> Wilhelm Röpke, Civitas humana Grundlagen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Zürich 1946

Das führt zum strategischen Ziel „*Wohlstand für alle*“, das im Bürgerstaat zum Ziel ***Mittelstand für alle*** ausgebaut wird (2.5.3).<sup>167</sup>

Seit alters sind Familien, Stammesverbände, Stände, Zünfte usw. auch Hilfgemeinschaften für in Not geratene Angehörige. Die Frage ist: Wie kann der Sozialstaat vor Zerstörung durch Ausbeutung gesichert werden, damit am Ende nicht alle arm sind?

Darauf lautet die strategische Antwort eines europäischen Bürgerstaats: ***Soziale Sicherheit durch Genossenschaftlichkeit*** (2.5.4)

Doch zuvor müssen wir die Frage klären, ob Europa eine Nation oder ein Kulturkreis ist. Das hat Einfluss auf den Zweck und die Strategien. Das erfolgt im Kapitel **2.2 „Europa der Nationen“ statt „Nation Europa“**.

Hinzu kommt: **„2.3 Die Zeitenwende ändert die strategischen Ziele“**

Alle genannten Zwecke und Ziele lassen sich nur verwirklichen, wenn Europa die dazu nötigen Mittel und Organe hat, also eine Verfassung.<sup>168</sup> Das soll in **Teil II, Operative Umsetzung: Staatenbund Europa**, dargestellt werden. Dort geht es um Ausarbeitung einer Verfassung für einen Staatenbund Europa.

---

<sup>167</sup> Begriffsbestimmung „Mittelstand“: Der Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 3.2 Mittelstand für alle, S. 51 f

<sup>168</sup> Die Verfassung regelt auch, was Antje Vollmer, a.a.O., S. 45 unter „Herausbildung von Normen für das gemeinsame Verhalten und deren verbindliche Durchsetzung“ als 3. Grundaufgabe jeder staatlichen Ordnung nennt.

## 2.2 „Europa der Nationen“ statt „Nation Europa“

*Um die Lösung der Verfassungsfrage strategisch vorzubereiten, müssen wir den Ist-Zustand Europas klären. Ist Europa eine Nation oder besteht es aus vielen Nationen? Was sind die Merkmale von Nationen?*

*Unsere Antwort lautet: Europa ist keine Nation, aber ein Kulturkreis.*

*Die Entstehung von Nationen mit Nationalbewusstsein war eine der Voraussetzungen für die Bildung von Staaten ab 1500 n. Chr. Die europäischen Könige in Frankreich, England, Spanien, Schweden usw. schufen Stück für Stück Staaten mit geschlossenen Staatgebieten, Staatsvölkern und allgemeiner, d.h. souveräner Staatsgewalt.*

*Die zum Teil absoluten Monarchien wurden im 19. Jahrhundert durch Verfassungen zu konstitutionellen und dann zu parlamentarischen Monarchien.<sup>169</sup> In den demokratischen Nationalstaaten Europas geht nach ihren Verfassungen heute alle Staatsgewalt vom Volk aus.*

*Hier stellt sich die Frage: „Wieviel Europa verträgt die Demokratie?“<sup>170</sup> Denn die EU ist nicht nur weit weg von den Völkern, die EU hat auch kein Volk und ist keine Nation.*

*Die einfache Lösung der EU-Bürokraten war die Abschaffung der Nationen und deren Ersatz durch ein „Europa der Regionen“. Dabei sollten die Regionen der Bedeutungslosigkeit französischer Provinzen entsprechen. Dieses Modell ist dabei zu scheitern und wird durch die Zeitenwende (2.3) weltweit vom Kultur-Modell (mit Nationen) ersetzt.*

### 2.2.1 Merkmale von „Nationen“

*Im allgemeinen Sprachgebrauch werden oft die Wörter Volk, Nation und Staatsvolk gleichbedeutend verwendet. Doch zu Recht unterscheidet die Staatslehre die Begriffe. Wer die Vergangenheit, aber auch die heutige Welt betrachtet, der erkennt viele Völker, Nationen und Kulturen. Diese Begriffe sind zu klären.*

<sup>169</sup> Konstitution (lat.) = Verfassung

<sup>170</sup> Stiftung Mitarbeit (Hrsg.) *Wieviel Demokratie verträgt Europa? Wieviel Europa verträgt die Demokratie?* Opladen 1994

Der bekannte Johann Amos Comenius gab schon 1659 in seiner Schrift „Gentis Felicitas“ [Glückseligkeit des Volkes] eine Begriffsbestimmung für **Volk**. Sie entstand weit vor der Zeit des Nationalismus im 19. Jahrhundert. Comenius ist bis heute im evangelischen Bereich sehr wirksam.

„(1) Ein Volk [...] ist eine Vielheit von Menschen, die aus gleichem Stamme entsprossen sind, an dem selben Ort der Erde [...] wohnen, gleiche Sprache sprechen und durch gleiche Bande gemeinsamer Liebe, Eintracht und Mühe um das öffentliche Wohl verbunden sind.

(2) Viele und verschiedene Völker gibt es [...], sie sind alle durch göttliche Fügung in diesem Charakterzug gekennzeichnet: wie jeder Mensch sich selbst liebt, so jede Nation, sie will sich wohlfinden, im wechselseitigen Wettstreit sich zum Glückszustand anfeuern.“<sup>171</sup>

Die ersten und hervorstechendsten Merkmale eines Volks sind bis heute die gemeinsame Geschichte und Sprache. Mit der Sprache sind wir bei der **Kultur**. „Als solche [ein Volk] konstituierenden Kulturtatsachen nennt die Staatslehre vor allem die gemeinsame *Sprache*, gemeinsame *Geschichte*, die gemeinsame religiöse oder weltanschauliche *Überzeugung*, die gemeinsame *Kultur*.“<sup>172</sup> Hinzukommen muss – auch nach der Staatslehre – das Wir-Gefühl, das subjektive Gefühl der Zusammengehörigkeit.<sup>173</sup>

**Völker mit Wir-Gefühlen** und **kultureller Eigenart** sind auch im 21. Jahrhundert eine Grundtatsache. Auch der Lissabon-Vertrag von 2007 spricht ausdrücklich von Völkern Europas, ihrem kulturellen, religiösen, humanistischen Erbe und ihren Werten.<sup>174</sup> Das wurde spätestens ab 1989 / 2000 verstärkt durch die *Renaissance der außereuropäischen Kulturen* und die Menschenrechte der dritten Generation.<sup>175</sup>

„Volk“ ist gemäß der klassischen Allgemeinen Staatslehre von „**Nation**“ zu unterscheiden. Der Ausdruck verweist auf das Abstammungsprinzip. „Nation“ kommt vom lateinischen „natus“ (geboren) und bezieht sich auf die gemeinsame Abkunft. Noch heute gilt im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht überwiegend das „Abstammungsprinzip“.

<sup>171</sup> zitiert nach: [https://de.wikipedia.org/wiki/Selbstbestimmungsrecht\\_der\\_V%C3%B6lker](https://de.wikipedia.org/wiki/Selbstbestimmungsrecht_der_V%C3%B6lker)

<sup>172</sup> Roman Herzog, Staatslehre, a.a.O., S. 42 – Kursivdruck wie im Original.

<sup>173</sup> Hier ist zu verweisen auf: Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel 5.2 Gesellschaft – Gemeinschaft – Genossenschaft“; dort auch das Spannungsverhältnis von Individualismus zu Kollektivismus (5.2.1).

<sup>174</sup> Art. 3 und 4 EUV, Art.167 AEUV

<sup>175</sup> Siehe: Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 5.4.3 Grundrechte – Bürgerrechte – Menschenrechte

Deutscher ist, wer einen deutschen Elternteil hat.<sup>176</sup> Dagegen gilt in den alten Kolonialstaaten und ihren ehemaligen Kolonien (Frankreich, Großbritannien, USA, Kanada) meist das Territorialprinzip. Wer im Land geboren ist, bekommt mit der Geburt die dortige Staatsangehörigkeit, was auch als „Nationalität“ bezeichnet wird.

In dem großen Werk „Geschichtliche Grundbegriffe“ umfasst der Artikel „Volk, Nation“ 290 Seiten und wurde von mehreren Wissenschaftlern bearbeitet. Besonders auf die Einleitung von Reinhart Koselleck<sup>177</sup> und den Unterabschnitt „VI. Frühe Neuzeit und 19. Jahrhundert“ von Bernd Schönemann sei zur Vertiefung verwiesen.<sup>178</sup> Wir folgen hier den Ansichten der allgemeinen Staatslehre, wie sie z.B. Roman Herzog dargestellt hat. Sie sind sehr praxistauglich:

„Die bewusste und gewollte Zusammengehörigkeit macht aus einem Volke einen ganz anders strukturierten Aktionskörper, als dies in dem gewissermaßen paradiesischen Urzustand unbewussten Volkstums der Fall ist. Der Unterschied ist wichtig genug, um ihn in den Staatswissenschaften zum Ausgangspunkt einer terminologischen Unterscheidung zu machen. *Nation ist demgemäß jedes Volk, das sich seiner selbst bewusst geworden ist und damit zugleich die Bewahrung seiner Eigenart anstrebt.*“ (Kursivdruck wie im Original)<sup>179</sup>

Nun ist nach diesem „nationalen Bewusstsein“, ein weiteres Merkmal einzuführen, nämlich der **Wille zur Staatswerdung**. Wir können auch sagen der Wille zum Selbstbestimmungsrecht, zur eigenen Staatsorganisation und zu sicheren Staatsgrenzen. Spätestens mit dem Beginn der Neuzeit können wir das Erwachen eines nationalen Bewusstseins in diesem Sinne feststellen (z.B. schon die *Jungfrau von Orleans, Jeanne d’Arc*, 1412 – 1431). Auch der Wille zur Staatswerdung entstand damals in den europäischen Nationalstaaten.<sup>180</sup> von den jeweiligen Königen wurde die Staatswerdung durchgesetzt. Es ist falsch zu behaupten, erst das 19. Jahrhundert habe die Nation entdeckt. Es hat sie nur zum Imperialismus und Kolonialismus übersteigert.

---

<sup>176</sup> Im Judentum gilt: Jude ist, wer eine jüdische Mutter hat.

<sup>177</sup> Otto Brunner u.a. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Stuttgart 1972 ff, Bd. 7, S. 141 bis 151

<sup>178</sup> Otto Brunner u.a. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, a.a.O., Bd. 7, S. 281 ff

<sup>179</sup> Herzog, *Staatslehre*, a. a. O., S. 44 mit weiteren Nachweisen

<sup>180</sup> Joachim Wahley, *Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation und seine Territorien*, Bd. I 1493 – 1648, Darmstadt (WBG) 214, S. 79 ff (I.3. Das Reich und die deutsche Nation), S. 140 ff (II:9. Humanismus im Reich) „Fast überall in Europa führte die Bewegung zur Neuentdeckung nationaler Ursprünge und Identitäten.“ (S.140); S. 569 ff (V.38 Irenik und Patriotismus am Vorabend des Krieges) [= Dreißigjähriger Krieg, 1618 – 1648]

Der Aufstieg der nationalen Königreiche führte in Europa zum **Ende der lateinischen Welt**.<sup>181</sup> Mächtig wirkte hier die Reformation, sie entzog der *einen* Kirche und dem *einem* römischen Kaiser den Boden. Der Ausdruck „Nation“ war in Europa von Anfang an mit der Tendenz zur Staatswerdung, dem Entstehen von Nationalstaaten verbunden. Das kam zum Ausdruck, indem sich ab 1495 das „Heilige Römische Reich“ den Zusatz „deutscher Nation“ gab.

Das Bewusstsein der Eigenart und das Erwachen des Nationalgefühls im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit führten zum **Aufstieg der europäischen Nationalsprachen** und zum **Abstieg von Latein** als alleinige Sprache der Wissenschaft und Gelehrten. Dahinter steht ein tiefgreifender Gesellschafts- und Kulturwandel. Die europäischen Völker begannen in ihrer Gesamtheit zu lesen und zu schreiben. Daher wird Luthers deutsche Bibelübersetzung als Markstein und Beginn der neuhochdeutschen Sprache angesehen. Ähnliches gilt für Dantes „Göttliche Komödie“, wodurch die italienische Schriftsprache entstand. Beide waren „verspätete Nationen“, weil auf der Apenninenhalbinsel der langlebige Kirchenstaat und in Deutschland der Westfälische Friedenvertrag (1648) den Nationalstaat verhinderte.<sup>182</sup>

Nach der Reichsgründung von 1871 im Rahmen der „kleindeutschen Lösung“ (ohne Österreich) sah Bismarck das Reich „saturiert“. Das bedeutete, die Grenzfrage war gelöst.<sup>183</sup> Frankreich sah das anders. Es wollte Revanche für den verlorenen Krieg (1870/71) und Elsass-Lothringen zurück.

Bismarcks Politik setzte Kaiser Wilhelm II. nicht fort. Er stieg in den Wettlauf von Imperialismus und Kolonialismus ein; dabei landete Deutschland in der Isolation. Die europäische Urkatastrophe, der Erste Weltkrieg, wurde von allen verschuldet, was Christopher Clark bis in die Einzelheit nachzeichnet.<sup>184</sup> Da die USA eingriffen, kam es nicht zu einem Erschöpfungsfrieden der europäischen Mächte, sondern zum Versailler

---

<sup>181</sup> Dazu: Alfred Wiczorek/Stefan Weinfurter (Hg.), Die Päpste und die Einheit der lateinischen Welt, Antike – Mittelalter – Renaissance, Katalog zur Ausstellung vom 21.05.2017 bis 31.10.2017 im Reiss-Engelhorn-Museum Mannheim, Regensburg 2017. Die Ausstellung zeigte eindrucksvoll, wie mit der Renaissance und der Reformation die „lateinische Welt“ zu Ende ging.

<sup>182</sup> Zum Westfälischen Frieden: Bürgerstaat, Bd.1, 4.2 Der Polizeistaat *und* W. Lautemann / J. M. Schlenke (Hg.), Geschichte in Quellen, Bd. III, Renaissance Glaubenskämpfe Absolutismus, München 1966, S. 342 ff

<sup>183</sup> <https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/kaiserreich/139653/aussenpolitik-und-imperialismus/>

<sup>184</sup> Christopher Clark, Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013

Vertrag.<sup>185</sup> Er war gnadenlos und mit der Feststellung einer Alleinschuld Deutschlands unannehmbar ungerecht. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts führte so zur weiteren Übersteigerung des Nationalismus in ganz Europa und zum deutschen Nationalsozialismus mit dem unbegreiflich verbrecherischen Holocaust.

Ab den 1970er Jahren und dann mit der Weizsäcker-Rede von 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes wurde den Deutschen das Ausmaß der NS-Verbrechen so richtig bewusst. Das Holocaust-Trauma machte West-Deutschland zur „verletzten Nation“ mit dem weitgehenden Verlust eines Nationalgefühls – anders war es in der DDR.<sup>186</sup> Die Nation an sich wurde vornehmlich bei Intellektuellen zum Trauma (Aleida Assmann).

Die europäischen Kolonialmächte von England über Frankreich bis Portugal leiden an einem mehr oder weniger tiefen Kolonialismus-Trauma. Aus all dem entwickelte sich der Ruf nach Abschaffung der Nationen. Dabei waren unterschwellig die alten Offenbarungsreligionen und ihre säkularisierten Nachfolger, die Alt-Ideologien (Marxismus, Neoliberalismus), stets Gegner von Nationen. Denn sie glaubten sich im Besitz der allumfassenden Wahrheit, die ein Weltbürgertum und das „Ende der Geschichte“ bringen musste. Statt dem kommunistischen Endparadies ohne Nationen, sahen westlich-liberale Intellektuelle mit der Globalisierung das „Ende der Nationen“ gekommen.

---

<sup>185</sup> Vgl. HB 15.05.2015: David A. Stockman „Ein Schlag gegen Europa – kritischer Blick auf den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg“ (republikanischer US-Politiker, u.a. Kabinettsmitglied unter Präsident Ronald Reagan)

<sup>186</sup> NZZ 26.08.2023 und Aleida Assmann, Die Wiedererfindung der Nation, S. 261 ff: Probleme mit der deutschen nationalen Identität

## 2.2.2 Versuch die Nationen abzuschaffen

*Für die Soziologen war in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts die Nation ein überlebtes, gefährliches, ja hässliches Überbleibsel der Geschichte. Die Globalisierung mit einem Weltmarkt, technischem Wandel und einer Weltöffentlichkeit wurde in ihrer „Modernisierungstheorie“ beschrieben. In ihr hatten Nationen keinen Platz. Das „Eine-Welt-Dorf“ war ihr Modell.*

*Die ‚alte‘ Vaterlandsliebe sollte durch einen „Verfassungspatriotismus“ ersetzt werden (Dolf Sternberger, Jürgen Habermas u.a.). Eine weltweite „Denationalisierung“ wurde verkündet. Die Geschichte und die Historiker seien zu vergessen, nur die von den Soziologen betrachtete Zukunft sei ein lohnender Gegenstand der Wissenschaften.*

*Mit der Nationalität wurde auch die Staatsangehörigkeit unbedeutend. Statt dem „Deutschen Volke“ solle der Bundestag im Reichstagsgebäude „der Bevölkerung“ gewidmet werden. Angela Merkel brachte es auf den Punkt: „Volk ist, wer in diesem Land lebt.“ Die Neue Zürcher Zeitung titelte noch am 26.08.2023 „Grüne wollen ‚Einbürgerung für alle‘ – Die Meinungen der Parteien zum Staatsangehörigkeitsrecht liegen weit auseinander.“<sup>187</sup>*

*Mit der Renaissance der außereuropäischen Kulturen, dem Aufstieg Chinas, den Menschenrechten der 3. Generation u.a. wurden ab 2000 diese Theorien als Eurozentrismus westlicher Politiker und Intellektueller angegriffen. Seit dieser „Zeitenwende“ breitet sich unter Soziologen die „Kulturtheorie“ aus (siehe 2.3.1).*

## Der westdeutsche Sonderweg

In Westdeutschland gab es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein Aufatmen: „Hurra! Wir leben noch!“ Die „Eingeborenen von Trizonesien“ (drei Westzonen) erlebten alsbald das „Wirtschaftswunder“. Durch Adenauers Einbindung in den Westen kam es zu stabilen politischen und sozialen Verhältnisse. Das war die Zeit von 1945 bis 1970.

Mit der 1968er Revolte entstand ein Generationenkonflikt, ein Linksruck und allmählich der Schrecken über das ganze Ausmaß der NS-

---

<sup>187</sup> NZZ, 26.08.2023 (Titelseite)

Verbrechen. Beklagt wurde „die Unfähigkeit zu trauern“ (Mitscherlich), die zu überwinden sei, und dann das „Holocaust-Trauma“ auslöste.

Dabei ist ein **westdeutscher Sonderweg** festzustellen.<sup>188</sup> Die linken, marxistisch-leninistischen und maoistischen Botschaften der West-68er verdamnten die Deutschen an sich und ihre Nation. „*Deutschland verrecke*“, malten sie an Hauswände. Die Masse der Bevölkerung erreichten sie damit allerdings nicht. Doch die „deutsche Nation“ wurde bis in die Volksparteien hinein tabuisiert. Erwin und Ute Scheuch haben 1992 in ihrer Untersuchung „*Cliquen, Klüngel und Karrieren – Über den Verfall der politischen Parteien*“<sup>189</sup> festgestellt, dass alle Parteien deutlich links von ihren Wählern standen und oft zu korrupten Machtapparaten verkommen seien.<sup>190</sup> Das Buch führte bundesweit in der politischen Klasse zu großer Erregung. Doch verändert hat es nichts.

Noch größer war und ist die Kluft zwischen den Bürgern und den beitragsfinanzierten (!) öffentlich-rechtlichen Medien. Der Spiegel-Korrespondent René Pfister zitiert eine Umfrage (2020) unter Volontären von ARD und Deutschlandradio. Sie ergab: 57% wählen grün, 23% neigen zur Linkspartei. Das gilt für die Journalisten insgesamt. „Von meinen 30 Mitschülerinnen und Mitschülern auf der Journalistenschule in München hegte ein einziger Sympathien für die CDU“, erinnert sich Pfister. Er zitiert eine Untersuchung von 2005, die zeigte, dass bei den deutschen Journalisten 35,5 % zu den Grünen, 26 % zur SPD und nur 8,7 % zur CDU neigen.<sup>191</sup> Da ist es nur ein kleiner Schritt zur Auffassung des Pulitzer-Preisträgers und US-Journalisten Wesley Lowery, dass journalistische Objektivität nicht mehr in die Zeit passe.<sup>192</sup> Propaganda, Volksaufklärung, Manipulation, nicht auf geprüften Tatsachen fußende Berichterstattung sind Ziel und Auftrag. – Das gilt, wie René Pfister zeigt, inzwischen nicht nur für Deutschland, sondern den Westen insgesamt.

---

<sup>188</sup> Anders war die Aufarbeitung der Geschichte in der DDR – siehe unten.

<sup>189</sup> Erwin und Ute Scheuch, *Cliquen, Klüngel, Karrieren, Über den Verfall der politischen Parteien* – eine Studie, Reinbek 1992 – ursprünglich im Auftrag der CDU-Wirtschaftsvereinigung NRW erstellt.

<sup>190</sup> Eindrucksvoll hat das Kurt Rossa (1930 – 1998, SPD) geschildert. Er war Oberstadtdirektor von Köln: Kurt Rossa, Rechtsstaatliche Verwaltung im Spannungsfeld der Politik, in: *Verwaltungsrundschau*, Köln 1991, Heft 1 siehe auch: *Bürgerstaat*, Bd. 1, Abschnitt 6.2.2 Ämterpatronage

<https://pfreunds Schuh-heidelberg.de/downloads/der-buergerstaat/der-buergerstaat-kapitel-6.pdf>

<sup>191</sup> René Pfister, *Ein falsches Wort – Wie eine neue linke Ideologie aus Amerika unsere Meinungsfreiheit bedroht*, München 2022, S. 119 f

<sup>192</sup> René Pfister, a.a.O., S. 120

Die 68-er lebten einen Generationenkonflikt aus.<sup>193</sup> Sie verdamnten ihre Eltern als „Nazi-Schweine“ oder „NS-Verbrecher“. Höchst erstaunlich war für mich und viele genau Gleichaltrige,<sup>194</sup> dass sie statt der NS-Diktatur nun den Marxismus mit Leninismus oder gar den Maoismus hochleben ließen. Sie wechselten geistig nur von einer Diktatur in die andere.<sup>195</sup>

Die **Weizsäcker-Rede** von 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes erreichte dann auch die bürgerliche Mitte. Richard von Weizsäcker lehnt eine *Kollektivschuld* ab.<sup>196</sup> „Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.“ Er nannte den Holocaust und die NS-Verbrechen allerdings eine „schwere Erbschaft“, die die Vorfahren der gegenwärtigen Generation hinterlassen haben. Er forderte alle Deutschen auf, diese Vergangenheit anzunehmen. Er selbst hatte seinen Vater im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess verteidigt. Der Vater wurde verurteilt.

Es war die Schonungslosigkeit und Offenheit mit der Weizsäcker auf die Ursachen des Kriegs, den Holocaust und die Vertreibung einging, die wirkte. Das erregte Aufsehen im In- und Ausland.

Die **Martin Walser-Rede** 1989 in der Paulskirche, der die Anwesenden zunächst viel Beifall spendeten, führte zu einem heftigen Streit über den Umgang mit der NS-Geschichte. Besonders die Frage nach einem Schlusstrich tauchte auf. Mit seiner Kritik an der „*Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken*“ fühlten sich jüdische Institutionen und Ignaz Bubis verunglimpft. Walser hatte aber nicht sie, sondern deutsche Intellektuellen wie Günter Grass und Walter Jens sowie ihre Haltung zur deutschen Wiedervereinigung gemeint, ohne die Namen zu nennen. Das bedauerte er später sehr.<sup>197</sup>

Zur Frage nach einem Schlusstrich ist meine Ansicht als Historiker einfach. Geschichte ist geschehen; und ich will wissen, was und wie sie geschehen ist. Damit lade ich mir keine Schuld auf, doch ich muss Verantwortung übernehmen (z.B. für Israels Existenzrecht). Ich freue

---

<sup>193</sup> Da meine Eltern keine NSDAP-Mitglieder, sondern klare NS-Gegner waren, kannte ich diesen Konflikt nicht.  
Link: <https://pfreunds Schuh-heidelberg.de/pfreunds Schuh-heidelberg/familiengeschichte/Unsere-Familie-in-der-NS-Zeit.pdf>

<sup>194</sup> An der Uni München erlebte ich genau diesen trennscharfen Schnitt zwischen meiner Generation und den Jüngeren. Die MSU (Münchner Studentenunion) gewann 1968 noch einmal klar die Asta-Wahlen.

<sup>195</sup> Vgl. Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 4.5 Neuzeitliche Diktaturen.

<sup>196</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/rede-vonweizsaecker-wortlaut-101.html> - Abruf 22.09.2024

<sup>197</sup> <https://www.welt.de/kultur/article176528856/Umstrittene-Rede-Martin-Walser-bezeichnet-Paulskirchenrede-als-menschliches-Versagen.html> - Abruf 22.09.2024

mich auch über die guten Seiten der deutschen Geschichte. Geschichte ist eine Fallsammlung politischer Ereignisse. Mit Fällen lernten wir Jura. Mit Fällen kriegerischer Ereignisse lernen Generalstabsanwälter ihr Fach (applikatorische Methode). Geschichte, so wie sie war, sollte Pflichtfach für Politiker, den diplomatischen Dienst und das Militär sein. Und sie ist für alle Bürger eine Voraussetzung zum Verständnis der eignen Kultur, der Nation und des Staats – *mit Höhen und Tiefen*.

### 2.2.3 Volkswirtschaften statt Weltbetriebswirtschaft

Werfen wir nun einen Blick auf die **Wirtschaft**. Hier kam es ab 2000 ff. zur Abkehr von den Nationen. Aus der Nationalökonomie sollte eine Weltbetriebswirtschaftslehre ohne Volkswirtschaften werden. Der bekannte Volkswirt Herbert Giersch u.a. wollten die „Volks“-Wirtschaftslehre abschaffen und nur noch von „Welt“-Wirtschaftslehre reden. Diese betrachten sie als „globalisierte Betriebswirtschaftslehre“.<sup>198</sup>

Die Welt als ein einziges großes Unternehmen, das kennen wir schon von Karl Marx. Er meinte, die Unternehmen würden sich so lange zusammenballen, bis nur noch ein einziges Weltunternehmen übrig sei. Dieses sei dann zu verstaatlichen, um den Schritt vom Unternehmer-Kapitalismus zum Staats-Kapitalismus und dann zum eigentumslosen End-Kommunismus zu vollziehen. So kam es nicht.

Doch der Weg zu einer globalen kapitalistischen Weltwirtschaft erfolgte ab 1970 ff in mehreren Schritten; er stieß ab 2000 an seine Grenzen.<sup>199</sup>

Bis um 1970 galt bei uns die **Soziale Marktwirtschaft**. Sie war nach der Währungsreform das deutsche Erfolgsmodell (Wirtschaftswunder). Noch 1970 lag die Arbeitslosenquote in Westdeutschland bei 0,7%; praktisch alle hatten eine Berufsausbildung und einen Arbeitsplatz.

Ab den **1970er Jahren** wurden die Soziale Marktwirtschaft sowie der Keynesianismus von zwei Seiten in die Zange genommen. Vom linken

---

<sup>198</sup> Herbert Giersch, Die offene Gesellschaft und ihre Wirtschaft, Hamburg 2006 (also vor der Krise von 2007)

<sup>199</sup> Gut dargestellt von Gerhard Himmelmann, Wandlung des „Modells Deutschland“ zur „Shareholder-Gesellschaft“. Die „Deutschland AG“ im Prozess der Globalisierung/Internationalisierung, Braunschweig 2007, S. 18 <https://www.tu-braunschweig.de/Medien-DB/isw/wandlung-des-modells-deutschland.pdf> - leider nicht mehr abrufbar. Himmelmann betrachtet aber die „Shareholder-Gesellschaft“ als Ziel und Endpunkt. Wir nicht!

**Neomarxismus** der 1968-er<sup>200</sup> und vom **neoliberalen Monetarismus**. In der Wirtschaftstheorie und später auch in der Wirtschaftspolitik haben sich Milton Friedman und weitere neoliberale Nobelpreisträger aus den USA durchgesetzt. Sie gaben *in der Theorie* immer mehr den Ton an. Danach hat sich der Staat jeglicher Wirtschaftspolitik zu enthalten. Er hat nur mit seiner Zentralbank die Geldwertstabilität zu sichern (nur *Geld- und Zinspolitik*, keine Fiskalpolitik, also keine mit Kredit finanzierten Konjunkturprogrammen i.S.v. John M. Keynes).

Der Monetarismus bestimmte dann ab den **1980er Jahren** die **westliche Wirtschaftspolitik** sowie die Ausgestaltung des **EU-Binnenmarkts**. Ab 1982 kam mit Helmut Kohl die Wende von Keynes zur Neoklassik,<sup>201</sup> ebenso mit Reagan als US-Präsident (1981 – 1989) und Thatcher als britischer Premierministerin (1979 - 1990); sogar Mitterand in Frankreich schwenkte 1983 ein. Ihnen allen wird heute oft neoliberaler Marktfundamentalismus vorgeworfen. Im Kern geht es um den **Verlust des Sozialen** und einem auf die Spitze getriebenen **Eigennutz**.

Auf dem Programm standen wegen der absoluten Staatsfeindlichkeit: die Deregulierung der Finanzmärkte, die Privatisierung der Kommunal- und Staatsunternehmen. Die neue „Wunderwaffe“ war die Angebotstheorie mit billigem Geld und alleiniger Zinssteuerung.

Dazu kam der Wandel in Betriebswirtschaft und Unternehmensführung hin zur Strategie der reinen Ausbeutung der Unternehmen zum Nutzen der Kapitalbesitzer. Das neue Schlagwort hieß **Shareholder Value**.<sup>202</sup>

Jack Welch, bis vor kurzem als der erfolgreichste Manager des 20. Jahrhunderts gepriesen, übernahm 1981 den Chefsessel von GE (General Electric). Beim Amtsantritt verkündete er in einem New Yorker Hotel seine Unternehmensstrategie. Er werde nur das Wohl der Kapitalgeber, der Aktionäre, also der Shareholder verfolgen. Nur „Shareholder Value“ sei sein Auftrag, ablesbar am Aktienkurs.

Da er darauf GE zum wertvollsten Unternehmen der Welt machte, folgte ihm eine ganze Managergeneration, saß einer lupenreinen Kapitalismus-

---

<sup>200</sup> Dagegen: Ludwig Erhard und A. Müller-Armack, Soziale Marktwirtschaft – Manifest '72, Frankfurt/M. 1972

<sup>201</sup>Kanzler Helmut Schmidt und der Wirtschaftsminister Karl Schiller waren noch Keynesianer. – Noch zu meiner Studienzeit war an der Uni Mannheim der Keynesianismus die herrschende Lehre, die „allgemeine Theorie“.

<sup>202</sup> Shareholder = Anteilseigner, z.B. Aktionäre – value = Wert, Nutzen, Vorteil

Idee auf. Als Ruheständler zeigte Jack Welch Reue. 2009; also nach der Krise von 2007, stellte er richtig: „*Shareholder Value ist die blödeste Idee der Welt.*“<sup>203</sup> Er habe inzwischen erkannt, worauf es ankommt: Kunden, Arbeitnehmer und Unternehmer sind alle unverzichtbar für den Erfolg der Gesamtwirtschaft und damit auch für das langfristige Überleben der Unternehmen. All diese am Unternehmenserfolg Beteiligten heißen nun in den USA **Stakeholder**.<sup>204</sup> *Offen, ehrlich und zuverlässig* müssen sie zusammenwirken, um im weltweiten Wettbewerb erfolgreich zu sein.

Rund 200 Manager angesehenster US-Unternehmen überraschten im August 2019 die Öffentlichkeit mit einem offenen Brief. Das Handelsblatt titelte: „**Abkehr vom Profit-Credo**“

„Die USA gelten als Wiege des Kapitalismus. Deutsche Manager begrüßen, dass 200 US-Chefs künftig auch auf das Wohl der Gesellschaft achten wollen – und nicht nur auf das ihrer Aktionäre ... Es ist nicht weniger als ein Paradigmenwechsel, den 200 US-Manager vollzogen haben. Organisiert unter dem Dach der US-Lobbyorganisation Business Roundtable haben sie gemeinsam in einem offenen Brief erklärt, dass sie nicht länger allein den Aktionären, sondern künftig allen Stakeholdern verpflichtet sein wollen – also auch der Gesellschaft, den Kunden, den Mitarbeitern und den Lieferanten.“<sup>205</sup>

Stakeholder Value entspricht in etwa der deutschen **Sozialen Marktwirtschaft**.<sup>206</sup> Die Ziele sind vergleichbar. Das könnte sogar in den USA das Shareholder-Value-Denken ablösen. Doch der Wandel und Weg zu einem neuen Modell wie z.B. einer **Sozialen Volkswirtschaft** wird lang und steinig sein. Er ist nötig, um China die Stirn zu bieten.

Der ganz entscheidende Fehler ist der tief sitzende, geradezu religiös verinnerlichte Glaube an das Wirken der **unsichtbaren Hand** seit Adam Smith. Die Losung hieß: „Laissez-faire“ – „Laissez aller“ [einfach laufen lassen]. Das bedeutet den Verzicht auf jegliche wirtschaftspolitische Strategie. – „Die Chinesen haben eine Strategie – wir haben keine.“<sup>207</sup>

---

<sup>203</sup> Financial Times Deutschland, 13.03.2009

<sup>204</sup> Stakeholder engl. = [alle] Betroffenen, Beteiligte, auch Interessenverbände

<sup>205</sup> Handelsblatt, 21.08.2019

<sup>206</sup> Vgl. z.B. Wilhelm Röpke, Civitas Humana, a.a.O., S. 69 ff „Weder Kapitalismus noch Kollektivismus“

<sup>207</sup> G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme, Kapitel: 3. Staatlich gesteuerte Volkswirtschaft Chinas Heidelberg 2018 - <https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/kampf-der-wirtschaftssysteme/kampf-der-wirtschaftssysteme-kapitel-3.pdf>

Die Modelle und Theorien der Volkswirtschaftslehre sind unterschiedlich und haben sich auch im 20. Jahrhundert abgelöst.<sup>208</sup> Dabei geht es ja um Wissenschaft, die nach der *Wahrheit* strebt. Was ist nun wahr? Was ist wissenschaftlich erwiesen?

Das ist höchst strittig. Die Soziologen, und zwar die Vertreter der Modernisierungstheorie, behaupten z.B. „Nation“ sei ein Hirngespinnst der Historiker, ein wirklichkeitsfremdes Konstrukt.<sup>209</sup>

## 2.2.4 Karl Popper über Denken und Wissenschaft

Hier hat **Karl Popper** mit seinem „*kritischen Rationalismus*“ für die Wissenschaftstheorie einen großen Fortschritt gebracht. So glaubten die Wissenschaftler (samt Marxisten) bis weit ins 20. Jahrhundert an die „Widerspiegelungstheorie“. Die Wirklichkeit bildet sich in unserem Hirn wirklichkeitsgetreu ab; spiegelt sich dort so wider, wie sie ist.<sup>210</sup> Wir erkennen mit der Wissenschaft die Wahrheit? Popper schaute sich dazu naturwissenschaftliche Theorien an; sie halten sich für die exaktesten. Und er stellte fest: Die Gesetze von Newton (1643 – 1727) wurden in erheblichen Teilen von Einstein (1879 – 1955) widerlegt und dessen Gesetze widersprechen Max Plancks (1858 – 1947) Quantentheorie.

Daraufhin schuf er das „*Popper-Kriterium*“. Wir können wissenschaftliche Modelle und Theorien nie als endgültig wahr beweisen. Wir können sie nur widerlegen und damit einen wissenschaftlichen Fortschritt erzielen. Jede wirklich neue wissenschaftliche Erkenntnis setzt alte „Wahrheiten“ außer Kraft. Popper spricht sich ganz eindeutig gegen den „Wahrheitsbeweis“ (Verifikation) aus. Ein wissenschaftlicher Fortschritt entsteht, wenn eine bisher gültige Theorie widerlegt wird (Falsifikation). Das ist dann ein echter Erkenntnisfortschritt. Das führt zur Frage: Was sind Modelle und Theorien?

---

<sup>208</sup> z.B. Monetaristische gegen Fiskaltheorie, beide gegen Soziale Marktwirtschaft. Dazu gut: Michel Albert, *Kapitalismus contra Kapitalismus*, Frankfurt 1992. Er war u.a. Generalbevollmächtigter für internationale Wirtschaftsplanung direkt unter dem französischen Ministerpräsidenten. Er prägte für die Soziale Marktwirtschaft den Ausdruck „Rheinischer Kapitalismus“, den er Europa nachdrücklich empfahl.

<sup>209</sup> Assmann, a.a.O., S. 34 ff (38)

<sup>210</sup> Zur Vertiefung: Poppers Kritik an diesem Behaviorismus in: Karl Popper und John Eccles, *Das Ich und sein Gehirn*, München und Zürich 1987, S. 88 ff

Der Mannheimer Volkswirt Alfred Stobbe sagte es so: „*Unabhängig von der Darstellungsart (in verbaler, grafischer oder mathematischer Form) gilt jedoch, dass man nur im Modell über die Realität sprechen und nachdenken kann.*“<sup>211</sup> Doch jedes Modell ist immer eine unvollständige, verkürzte Abbildung der Wirklichkeit. Das Ziel ist dabei, Gesetze und Gesetzmäßigkeiten der wirklichen Welt zu erkennen und zu überprüfen. Mehrere in sich schlüssige Gesetze ergeben ein Modell. Mehrere Modelle, die zusammenpassen, sind ein Modellgebäude. Das wird dann auch Theorie genannt.

Hier kommen wichtige Erkenntnisse von Karl Popper zum Tragen. Schon in seinem Buch „*Das Ich und sein Gehirn*“, das er zusammen mit dem Neurologen John Eccles veröffentlichte, werden die folgenden Sätze des Gehirnforschers Mountcastle zitiert:

„Jeder von uns lebt innerhalb des Universums – des Gefängnisses – seines eigenen Gehirns. Von ihm gehen Millionen gebrechliche sensorische Nervenfasern aus, die in Gruppen auf einzigartige Weise dazu beschaffen sind, die energetischen Zustände der Welt um uns herum zu sammeln. ... Darüber hinaus ist jedes Bild mit genetischer und aus Erfahrung gespeicherter Information verbunden, die jeden von uns einzigartig macht. Aus diesem komplexen Integral konstruiert jeder von uns auf einem höheren Niveau von Wahrnehmungserlebnis seine eigene, sehr persönliche Sicht von innen heraus.“<sup>212</sup>

Diese mangelhafte Erkenntnisfähigkeit unseres Gehirns ist heute bei den Hirnforschern eine Grunderkenntnis. Von der Natur her sind wir so ausgestattet, dass wir in unserer Umwelt mehr oder weniger gut überleben können. Manche, so der berühmte Weltraumphysiker Stephen Hawking (1942 - 2018), meinen daher, wir hätten zu wenig Verstand, um im kommenden, hochtechnisierten Zeitalter zu bestehen; aus Dummheit werden wir zu Grunde gehen. Auch das wissen wir nicht. „Vorhersagen sind schwierig, weil sie die Zukunft betreffen.“ (Karl Valentin)

Halten wir also fest: Es besteht eine Kluft zwischen der Welt, wie sie draußen ist, und der Welt, wie sie sich uns in unserem Kopf darstellt. Popper hat daraus das „**Drei-Welten-Modell**“ entwickelt. Die reale Welt um uns nennt er die „*Welt 1*“ (Welt der Materie). Sie unterscheidet sich von der „*Welt 2*“ (Welt des Ich), der Vorstellung von der Welt in unserem

---

<sup>211</sup> Alfred Stobbe, Gesamtwirtschaftliche Theorie, Heidelberg 1975, S. 24 (Buch heißt später „Makroökonomie“)

<sup>212</sup> Zitiert nach Karl Popper und John Eccles, Das Ich und sein Gehirn, München und Zürich 1987, S. 336

Kopf. Dann gibt es noch die „Welt 3“ (Welt der kulturellen Evolution), die gemeinsame Welt der Erzeugnisse des menschlichen Geistes – von Mythen und Religionen über Musik, Kunst und Technik bis zu wissenschaftlichen Theorien.<sup>213</sup>

Die „Welt 3“ können wir mit einem bekannten Sozialwissenschaftler, nämlich Norbert Elias, „die Eigengesetzlichkeit der gesellschaftlichen Verflechtungserscheinungen“ nennen;<sup>214</sup> oder einfacher ausgedrückt: ein menschliches, überindividuelles Gemeinschaftswerk. Damit ist nichts anderes als die menschliche Kultur gemeint. Denn die Vorstellungen, Modelle und Theorien von Einzelpersonen werden durch die Sprache in einer kulturellen Gemeinschaft zu einem gesamten, weithin gemeinsamen Denken und Handeln. Damit wirkt die Menschheit auf die Welt 1, die natürliche Umwelt, ein und verändert sie. – Wir wissen, es ist nicht immer zum Vorteil der Welt 1. Die drei Welten sind *nicht* deckungsgleich.

Aleida Assmann betreibt in ihrem Buch „*Die Wiedererfindung der Nation*“ vor allem Literaturgeschichte; sie stellt die Schriften und Ansichten der jüngeren, zunächst weithin linken Politikwissenschaftler und Soziologen vor. Sie zeigt, wie dort in den 1990er Jahren der Schritt von einer ganz individualistischen Sicht zu einer kollektiven vollzogen wurde.<sup>215</sup> Die Gruppen und ihre unterschiedlichen Sichtweisen wurden entdeckt. Aus *der* Kultur wurden *die* Kulturen, aus *der* Geschichte *die* Geschichten. Das führte zur Entstehung der Kulturtheorie (1990 ff).

Wir können im weiteren Sinn vom Ende des Eurozentrismus und seinem Alleinvertretungsanspruch sprechen. Gemäß Karl Popper bedeutet das: *Jedes Volk, jede Nation und Kultur hat seine eigene „Welt 3“.*

Ähnlich argumentierte schon Norbert Elias.

„Der Einzelne hat in dieser Hinsicht keine sehr große Wahl. Er wird in eine Ordnung und in Institutionen bestimmter Art hineingeboren; ... Und selbst wenn er diese Ordnung und diese Institutionen wenig schön und zweckmäßig findet, kann er nicht einfach seine Einwilligung zurückziehen und aus der bestehenden Ordnung herausspringen. ... er mag sich am Ende auf eine einsame Insel flüchten, noch als Flüchtling vor dieser Ordnung ist er ihr

---

<sup>213</sup> Popper und Eccles, a.a.O., S. 31, 36 f.

<sup>214</sup> Elias, Norbert, Über den Prozess der Zivilisation, Bern 1969, Bd. II, S. 314 f.

[https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cber\\_den\\_Proze%C3%9F\\_der\\_Zivilisation](https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cber_den_Proze%C3%9F_der_Zivilisation)

<sup>215</sup> Assmann, a.a.O., S. 71 ff – Abschnitt: „Von der Modernisierungstheorie zur Kulturtheorie“

Produkt. Sie zu missbilligen ..., ist kein geringerer Ausdruck der Bedingtheit durch sie, als sie zu preisen und zu rechtfertigen.“<sup>216</sup>

Wir kommen zu einem **Ergebnis**. Die Modernisierungstheorie mit ihrer Abschaffung des Modells „Nation“ ist ein Konstrukt linker Soziologen. Sie ist eine unter vielen Weltansichten (Ideologien), die sich mit dem Ende des individualistischen Eurozentrismus überlebt hat.<sup>217</sup>

## 2.2.5 Selbsthass der BRD trifft Patriotismus der DDR

Nach dem Fall der Mauer (1989) und der Wiedervereinigung (1993) traf der westdeutsche Selbsthass auf den DDR-Patriotismus.<sup>218</sup> Denn die **Deutschen in der DDR** wurden anders sozialisiert, erlebten die „Wirklichkeit“ anders. Das wurde aufmerksamen Beobachtern aus dem Westen früh bewusst.

Der beste Freund meines Vaters, der Studiendirektor Sebastian Schönle, den wir nur den „Baschdel“ nannten, hatte es in den 1970er Jahren bei einem Besuch mit seiner Klasse in Berlin-Ost erlebt. Er berichtete mit Sympathie von den Vopos.<sup>219</sup> Er hatte sich darauf eingestellt, dass sie gerade von Westdeutschen Respekt und Anerkennung erwarteten. Beim Grenzübertritt ging er auf einen Dienst habenden Offizier freundlich zu, begrüßte mit Haltung und sagte: „Herr Oberleutnant, ich habe hier eine Schulklasse, der ich Berlin-Mitte zeigen will. Können Sie uns helfen?“ Der Offizier mit den von der Wehrmacht bekannten Dienstgrad-Abzeichen freute sich. Er winkte die ganze Klasse zur Seite und organisierte einen zügigen Grenzübergang. Nach einem verbindlichen Wortwechsel mit dem Baschdel empfahl er, bei der Rückkehr nach ihm zu fragen und nannte seinen Namen. Wieder lief alles reibungslos ab.

Dazwischen lagen einige weitere Begegnungen. An einem Ehrenmahl gingen die antiautoritär verzogenen West-Schüler ganz nah an die Wachsoldaten ran, um sie zu fotografieren. Der Baschdel schimpfte und

---

<sup>216</sup> Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Bern 1969, Bd. II, S. 475

[https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cber\\_den\\_Proze%C3%9F\\_der\\_Zivilisation](https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cber_den_Proze%C3%9F_der_Zivilisation)

<sup>217</sup> Vgl. dazu auch G. Pfreunds Schuh, Jahrtausendwende – Zeitenwende. In: POLITISCHEN STUDIEN der Hanns-Seidel-Stiftung, 2000, Heft 369 - [https://pfreunds Schuh-heidelberg.de/pfreunds Schuh-heidelberg/verfassungsgeschichte/2000-JtsdW-Zeitwende\\_01.pdf](https://pfreunds Schuh-heidelberg.de/pfreunds Schuh-heidelberg/verfassungsgeschichte/2000-JtsdW-Zeitwende_01.pdf)

<sup>218</sup> Assmann, a.a.O., S. 239 ff Ost- und Westdeutsche – die ver(n)einte Nation, 261 ff: Probleme mit der deutschen nationalen Identität; S. 264 ff: Holocaust und Nationalstolz

<sup>219</sup> VoPo = Volkspolizist, hier der Grenzpolizei

trieb sie auf Abstand. Da kam wieder ein wachhabender Offizier, den der Baschdel auch mit seinem Dienstgrad begrüßte. Er bedankte sich und es entspann sich ein Gespräch. Der Offizier bedauerte den fehlenden Patriotismus im Westen und meinte: „Wir sind noch die wahren Deutschen. Ihr im Westen seid amerikanisiert, undiszipliniert und vaterlandlos geworden.“ Den Baschdel machte das alles nachdenklich.

Dass die sog. „Mauerschützen“ halt ihren Dienst taten, hörte ich bei einem Zonengrenz-Besuch. Der westdeutsche Grenzschützer berichtete, dass sie die Ost-Kollegen immer grüßen und stets das Gleiche erleben. „Der vorne marschierende Soldat grüßt nicht, weil der hintere das sehen würde. Doch der zweite grüßt stets. Auf dem Rückmarsch gehen sie in umgekehrter Reihenfolge. Der Vordere, der eben begrüßt hatte, grüßt nicht. Der Hintere grüßt. So grüßen beide.“ Mich berührte das damals sehr. Wir sind eben doch ein Volk, das gewaltsam getrennt ist.

Als Student war ich 1965 häufig der Fahrer eines mir gut bekannten, angesehenen Theologieprofessors. Er hatte einmal einen ebenfalls katholischen Professor aus der DDR zu Besuch. Wir fuhren zu einem Vortragstermin. Das Gespräch drehte sich hauptsächlich um geschickte Berufungsverhandlungen, denn der DDRler überlegte, „in den Westen zu machen“. Dazu hatte er schon den Ausweis als Vatikan-Staatler bei sich. Ich lauschte vor allem bei seinen Klagen über das verlorengegangene Nationalbewusstsein der Westdeutschen. Dazu meinte der westdeutsche Professor, das sähe er auch, aber es ließe sich schnell wieder aktivieren. Da irrte er, denn mit den 1968-ern kam dann im Westen der Selbsthass.

Aleida Assmann hat nun aufgezeigt, wie anders die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der DDR war.<sup>220</sup> Die Nazis, das waren die Anderen. Die Kommunisten und die DDR hatten damit nichts zu tun. Aus den öffentlichen Ämtern wurden NSDAP-Mitglieder durchgängig entfernt. Und die DDR-Nationalhymne lautete ab 1949: *„Auferstanden aus Ruinen, und der Zukunft zugewandt / lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland“*. Auch in der DDR fand dann von oben eine schleichende De-Nationalisierung statt. Der Begriff „deutsche Nation“ wurde in der DDR-Verfassung getilgt.

---

<sup>220</sup> Assmann, a.a.O., S. 239 ff

Doch in den 1980er Jahren erfolgte eine Wende. Es wurde wieder an den Begriff „Kulturnation“ angeknüpft.<sup>221</sup> Es kommt nach Aleida Assmann nicht zu dem westdeutschen Selbsthass: *„Tatsächlich sind die Bewohner der DDR ja durchgängig mit einem großen Nationalstolz erzogen worden, weil sie sich als Widerstandsnation und an der Seite der Russen als Sieger fühlen durften. Ihnen blieb deshalb die Demütigung erspart, sich in der Rolle der Täter und Täterkinder wiederzufinden.“*<sup>222</sup>

Für andere, die wir nach 1989 persönlich kennenlernten, galt Assmanns weitere Erkenntnis: *„Wer sich im starken Staat der DDR eingerichtet und wohlfühlt hatte, konnte sich im unübersichtlichen und schwachen Staat des wiedervereinigten Deutschlands kaum zurechtfinden.“*<sup>223</sup>

Nach der Wende besuchten wir mit einer Gruppe von Kreisräten auf der Suche nach einem Partnerkreis ostsächsische Landkreise. Bei der Diskussion in einer größeren Runde mit evangelischen Pfarrern waren wir höchst erstaunt; und einer von uns sagte danach: „Die wollen gar nicht die Wiedervereinigung. Denen ist die alte DDR lieber.“ Ein Pfarrer hatte unwidersprochen verkündet: „An Eure Goldküste wollen wir nicht!“ Auch das war zu hören: „Wir haben uns die vereinte Nation gewünscht und erleben nun die Kälte des Rechtsstaats.“<sup>224</sup>

Für viele West-Linke war der Hass auf die eigene Nation eine Flucht aus der Verantwortung. Das erlebte ich am 6. Juni 1967 nach dem Ausbruch des Sechs-Tage-Kriegs. Ich ging in München zu einer beachtlichen Demonstration für Israel auf den Königsplatz. Der Vertreter des RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) fragte am Rednerpult: „Wo sind heute die Linken, die sonst so gern demonstrieren?“<sup>225</sup> In Gesprächen vor der Uni wurde mir dann klar: Diese vertraten einen neuen, linken Antisemitismus. Er kam über Russland und dessen Bündnis mit den Arabern und Palästinensern. Dort ließen sich später RAF-Mitglieder in Sachen Terrorismus ausbilden.

---

<sup>221</sup> Assmann, a.a.O., S. 262

<sup>222</sup> Assmann, a.a.O., S. 265

<sup>223</sup> Assmann, a.a.O., S. 265

<sup>224</sup> Wir können hinzufügen die „Kälte des Verfassungspatriotismus“.

<sup>225</sup> Am 2. Juni 1967 war z.B. in West-Berlin die große linke Demonstration für Benno Ohnesorg. Die Stimmung, die ich damals an der Münchner Uni erlebte, war ebenfalls sehr aufgeheizt.

Ein weiteres Erlebnis hatte ich 1979 auf der Grünen Woche in Berlin. Als Vertreter von Baden-Württemberg und Beamter des Melu<sup>226</sup> war ich dort eingesetzt. In unserem Gäste-Pavillon gingen viele sog. Prominente ein und aus, so auch ein Vertreter des Sender Freies Berlin (SFB). Er meinte, dass er nun so hoch befördert sei, dass er nicht mehr arbeiten müsse. Er gab sich sofort als Linker und als antisemitisch zu erkennen. In der Runde saß eine Jüdin, die sich empörte und meinte: „Und da sagen Sie als Deutscher!?“ Doch da drehte der Rundfunk-Mensch auf: „Mit deutsch habe ich gar nichts am Hut. Deutsch ist mir scheißegal, das trifft und betrifft mich nicht. Doch eure Selbstgerechtigkeit kotzt mich an.“ Mir war sofort klar: Der Abschied von der Nation und sein Antisemitismus waren für ihn ein Befreiungsschlag und Flucht aus der Verantwortung.

---

<sup>226</sup> Melu = Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt

## 2.3 Die Zeitenwende ändert die strategischen Ziele

*Die Zeitenwende wurde mit dem Ukrainekrieg 2022 vom Letzten erkannt und ist nun ein geflügeltes Wort. Der Vorlauf begann ab 1945. Bereits Adenauer sah das kommen.*

*Mit dem Fall der Mauer, dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus, dem Aufstieg Chinas und nun auch Indiens ist ein neues Zeitalter angebrochen. Fukuyama erwartete 1989 des „Ende der Geschichte“, Huntington dagegen den „Kampf der Kulturen“.*

*In Deutschland verschob der „Anschluss“ der DDR, in Europa die EU-Erweiterung bis zur Grenze Russlands die Gewichte und Sichtweisen.*

*An die Stelle der Modernisierungstheorie trat die Kulturtheorie. Angesichts gespaltener Gesellschaften und zerfallender Staaten stellt sich die Frage: Was hält Gesellschaften und Staaten zusammen?*

### 2.3.1 Die andere Blick auf die Globalisierung

*Adenauer erkannte schon in den 1950er Jahren: „Ein weiteres Element weltpolitischer Bedeutung von großer Tragweite, das sich erst nach 1945 zeigte, ist das Erscheinen nichtweißer Völker auf der Bühne des politischen Weltgeschehens. Um die Bedeutung dieses neuen politischen und wirtschaftlichen Faktors klarzumachen, genügt es, wenn ich die beiden größten Vertreter nenne: Rotchina und Indien ...“<sup>227</sup>*

In den Vereinten Nationen (UNO) wurde, wie bei „1.2.5 Kampf um die richtigen Menschenrechte“ gezeigt, mit der dritten Generation der Menschenrechte die „Kultur“ entdeckt. Stefan Baron und andere zeigten, dass der reine westliche Individualismus von Chinesen und Nicht-Europäern abgelehnt, nicht verstanden wird.<sup>228</sup>

Der Schweizer China-Kenner Uli Sigg geht noch einen Schritt weiter: *„China repräsentiert schlechthin das Andere. Auf alles haben die*

<sup>227</sup> Konrad Adenauer, Erinnerungen, Band II (1955 – 1959), Stuttgart 1967, S. 19 f.

<sup>228</sup> Oben: 1.1.4 Renaissance der außereuropäischen Kulturen

*Chinesen eine andere Antwort als wir gefunden. Die Schrift, den Denkprozess, die Ästhetik ... alles.*<sup>229</sup>

Selbst für Europa stellt Aleida Assmann fest, dass mit der Aufnahme der ostmitteleuropäischen Staaten in die EU „ein plurales Gebilde mit unterschiedlichen politischen Perspektiven, historischen Erfahrungen und Traumata“ entstanden ist.<sup>230</sup> Als 2017 eine Gruppe der Visegrad-Staaten<sup>231</sup> das europäische Haus der Geschichte in Brüssel besuchte, „kritisierten sie das Museum in den schärfsten Tönen, weil sie in Brüssel keinen Hinweis auf Nationen finden konnten. Was sie für das Wichtigste und Heiligste überhaupt hielten, nämlich ihre jeweilige Nation, kam in diesem Museum überhaupt nicht vor.“ Sie sprachen von „Fälschung und Vernichtung von Geschichte“ und der „Neuaufgabe der Sowjetunion“.<sup>232</sup>

Hören wir noch Francis Fukuyama, einen führenden US-Politologen (Uni Stanford). Er war ein überzeugter Modernisierungstheoretiker und feierte wie gesagt 1989 „das Ende der Geschichte“, weil weltweit die westlich liberale Endzeit gekommen sei. Doch 2018 erkannte er, dass sich die Welt anders entwickelte. Die Globalisierung hat keine friedliche Gesellschaft von Weltbürgern gebracht, sondern einen Kampf der Gruppen und Identitäten, wozu er Nationen und Ethnien zählt, aber auch sexuelle Orientierungen und Genderfragen.<sup>233</sup> Fukuyama schreibt sehr trendig und nah am jeweiligen Zeitgeist; er ist da ein „Wendehals“.

Was andere schon lang wussten, fügt er nun in seine Theorie ein, nämlich Gefühle wie Mut und Tatkraft, Stolz und Verachtung, Wut und Zorn. Sie wirken auf das *Denken, Bewerten, Entscheiden und Handeln* ein. Fukuyama fasst sie mit dem Begriff „Thymos“ zusammen.<sup>234</sup> „Thymos ist die Grundlage für Zorn und Stolz. Heute ist er der Motor der Identitätspolitik.“<sup>235</sup> Das widerspricht der Modernisierungstheorie, die von einem durch und durch egoistischen und rationalen Individuum ausging.

Identitäten, Gruppen und Nationen sind bei ihm nun mit dem Wunsch nach Anerkennung und Würde verbunden. Doch „der fortschreitende

---

<sup>229</sup> Uli Sigg in: „Der Gradwanderer“, Handelsblatt-Magazin, Feb. 2019, S. 41 ff

<sup>230</sup> Assmann, a.a.O., S. 48

<sup>231</sup> Visegrad-Staaten sind: Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn

<sup>232</sup> Assmann, a.a.O., S. 61

<sup>233</sup> Fukuyama, Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet, dt. Ausgabe: Hamburg 2019, vgl. dazu Assmann, a.a.O., S. 102 ff: Identität und Thymos (Francis Fukuyama)

<sup>234</sup> Thymos (griech.) Lebenskraft, Beherztheit. Die Hirnforschung sieht den Sitz vor allem im limbischen System.

<sup>235</sup> Fukuyama, Identität, a.a.O., S. 9, 18; zitiert nach Assmann, Nation, a.a.O., S. 104

Anerkennungsbedarf von Minderheiten und immer neuen benachteiligten Gruppen führt nach Fukuyama unweigerlich zu einer Zersplitterung der Gesellschaft.“ Gegenmittel sind für ihn eine „Leitkultur“ und „nationale Identität“.<sup>236</sup> Damit sind wir wieder bei den „Nationen“ und „Kulturen“.

Wie erwähnt verwenden wir einen weiten **Kulturbegriff**. Der lateinische Ausdruck „cultura“ bedeutet „Bebauung, Bearbeitung, Bestellung, Pflege“. Ackerbau und Viehzucht sind erste große Kulturleistungen. Kultur umfasst alle handwerklich-technischen und geistigen Leistungen des Menschen. Es begann mit der Sprache und der Nutzung des Feuers, führte zu den wissenschaftlichen Theorien und ihrer Anwendung in der Technik. Die Kultur ist auch ein bewusstes und unbewusstes *gemeinsames Ziel- und Wertesystem* sowie *Handlungsprogramm*.

Abgelehnt wird damit die Verengung des Kulturbegriffs auf sogenannte Kulturschaffende, d.h. Künstler, Dichter, Filmemacher oder Gestalter des Feuilletons. Auch die im 19. Jahrhundert übliche Verengung auf sog. „Hochkulturen“ (griechische, römische Klassik) wird nicht übernommen.

Hier ist nochmals festzustellen, dass es eine **europäische Kultur** gibt. Wer unsere Geschichte nur etwas kennt, der weiß es. Seit dem Ende des Römischen Reichs (um 500) hielten die Päpste und die deutschen Kaiser die Idee eines (west-)römischen, abendländischen Reichs mit christlicher Kultur am Leben. Alle wichtigen kulturellen Entwicklungen von der Religion, Philosophie und Wissenschaft über die Verfassungen (Lehenswesen, Ständeordnung zum modernen Staat) bis zur Wirtschaft mit dem Leben in den Dörfern und Städten liefen vergleichbar ab. In der „lateinischen Welt“ vor der Reformation gab es mit dem Mittellatein sogar eine gemeinsame Verkehrs-, Rechts- und Wissenschaftssprache. Und was in einem Land erfunden wurde, das ‚kupferten‘ die anderen flugs ab. Bei Geistlichkeit und Gelehrten, auch bei Fürsten und Hochadel gab es sogar eine europäische Öffentlichkeit (vgl. die Heiratspolitik der Herrscherhäuser).

Was ist nun **Zivilisation**? Wir Deutsche unterscheiden im Gegensatz zu den Angelsachsen und Franzosen „Zivilisation“ von „Kultur“. Daher wurde Huntingtons Buch „*Clash of Civilisations*“ richtig mit „*Kampf der*

---

<sup>236</sup> Assmann, a.a.O., S. 107

*Kulturen*“ übersetzt. „Kultur“ ist umfassender und grundsätzlich positiv bewertet. Kultur sind alle vom Menschen geschaffenen Werke und Werte. „Zivilisation“ ist ein Unterbegriff von Kultur. Im klassischen Werk von Norbert Elias wurde „der Prozess der Zivilisation“ gut in seiner geschichtlichen Entwicklung herausgearbeitet.<sup>237</sup> Hier geht es um die guten Sitten, den Anstand und die Verfeinerung der Lebensweise. Daher hat das Wort „Zivilisation“ in Anlehnung an Rousseaus „*Zurück zur Natur*“<sup>238</sup> bei uns z.T. auch abwertende Bedeutung; man denke an „Zivilisationskrankheiten“ samt Dekadenz; das Wort „Kulturkrankheiten“ ist nicht geläufig.<sup>239</sup>

### 2.3.2 Narrativ: zivile oder militante Nationen

Mit der Zeitenwende, dem Abgesang der Modernisierungstheorie und der Verbreitung der Kulturtheorie wurde in den 1990ern der Ausdruck **Narrativ** zum Modewort. Manche rücken es in die Nähe von Verschwörungstheorien; doch das ist unzutreffend und wird mehrheitlich nicht so gesehen.

Auf Deutsch bedeutet das Wort schlicht „Erzählung“. Erzählt wird eine historische oder politische Entwicklung. Dabei kommen zu den Tatsachen auch sinnstiftende Wertungen der Erzähler. Dahinter stand die Erkenntnis, dass reine Fakten höchst unterschiedlich bewertet werden können. Fukuyamas Thymos-Modell lässt grüßen.

Wir können hier an Poppers Drei-Welten-Modell anknüpfen. In Welt 2 und 3 werden einzelne Tatsachen von uns in einen Zusammenhang gebracht, um das größere Ganze zu sehen, ihm einen Sinn zu geben. Wir wollen die Welt, in der wir leben, verstehen. Diesem Zweck dienen schon Mythen und Religionen, Philosophie und letztlich auch die Wissenschaft und Politik.

---

<sup>237</sup> Norbert Elias, *Über den Prozess der Zivilisation, Soziogenetischen und psychogenetische Untersuchungen*, 2 Bände, Bern 1969; Taschenbuch: Frankfurt /M. 1976 ff.

<sup>238</sup> überzivilisiert, dekadent. Rousseau beginnt seinen Erziehungsroman „Emil“ so: „Alles ist gut, wie es aus den Händen des Schöpfers kommt; alles entartet unter den Händen der Menschen.“

<sup>239</sup> Norbert Elias sagt es so: „Und erst recht verliert sich die Diskussion ins Leere, wenn etwa der Deutsche dem Franzosen oder Engländer zeigen wollte, warum für ihn der Begriff „Zivilisation“ zwar ein Wert, aber ein Wert von zweitem Rang ist.“ Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation*, a.a.O., Erster Band, S. 5

In der Geschichte stoßen zu Umbruchzeiten, vor Reformationen oder Revolutionen gegensätzliche Narrative und Überzeugungen aufeinander. Die jeweils Herrschenden beschimpfen und verfolgen die Neuerer als „Volksverhetzer“ und „Ketzer“. „Querdenker“ werden zu „Populisten“, was auch alles Wertungen sind. Gabor Steingart<sup>240</sup> hat in seinem Buch „Weltbeben“ gut das heutige politische und wirtschaftliche Versagen der führenden Klassen analysiert und deren Narrative aufgezeigt.

Er stellt dar, wie wichtige Tatsachen tabuisiert und den Bürgern schöne Märchen erzählt werden. Er nennt das „Narrative“; was bei ihm ein ganz abwertend besetzter Begriff ist. „Es geht den meisten Politikern nicht mehr darum, Probleme zu lösen, sondern die Problemlösung zu behaupten. Der Schein triumphiert über das Sein.“<sup>241</sup>

Steingart nennt das den „wahren Populismus“.<sup>242</sup> Er sagt den Aufstand gegen die repräsentative Demokratie voraus: „Schemenhaft erkennen wir in allen gesellschaftlichen Bereichen die Umriss einer post-repräsentativen Demokratie. Aus dem Nebel der Gegenwartsdebatten steigt ein Bürgertum auf, das aufgehört hat, nur seine Krücken zu modernisieren.“ Wir erleben eine „allgemeinen Führungslosigkeit“ in Politik und Wirtschaft, und erkennen einen „revolutionären Kern“.<sup>243</sup>

Allerdings bleiben bei Steingart die Umriss eines neuen „Bürgerstaats“ oder einer besseren „Sozialen Volkswirtschaft“ schemenhaft. Als guter Journalist beschreibt er die Lage – aus seiner Sicht. Er ist dabei kein Stratege. Politische und wirtschaftliche Ziele, Konzeptionen und Modelle entwickelt er nicht. Genau dieser Aufgabe müssen sich Politiker stellen. Und hier gilt die Erkenntnis von Perikles (490 - 429 v. Chr.), dem größten Staatsmann im alten Athen: *„Obwohl nur wenige eine politische Konzeption entwerfen und durchführen können, so sind wir doch alle fähig, sie zu beurteilen.“*<sup>244</sup>

Aleida Assmann zeigt nun, dass jede Nation oder Kultur ihr eigenes Narrativ hat, wir können auch sagen ihre eigene „Welt 3“. Wie die

---

<sup>240</sup> Bis 2018 Herausgeber des Handelsblatts, der führenden deutschen Wirtschaftszeitung

<sup>241</sup> Gabor Steingart, Weltbeben, a. a. O., S. 186

<sup>242</sup> Gabor Steingart, Weltbeben, a. a. O., Kapitel 7. Populismus: Wie die Eliten unsere Welt fikionalisieren und banalisieren, S. 167 ff.

<sup>243</sup> Gabor Steingart, Weltbeben, a. a. O., S. 203

<sup>244</sup> zitiert nach Karl Popper in: dtv-Atlas Philosophie, München 1991, S. 235 (kritischer Rationalismus)

Wirklichkeit der „Welt 1“ oder die reine „Wahrheit“ ist, kann keiner beweisen (gemäß Popper keine Verifikationen, nur Falsifikationen).

Assmann präsentiert uns ihr Narrativ von den „zivilen und militanten Nationen“. Zivile Nationen nennt sie die USA, England und Frankreich, Deutschland war dagegen für sie die militante Nation schlechthin. Doch alle Nationen hatten und haben Höhen und Tiefen; wir können ruhig sagen ihre militanten und zivilen Ereignisse; die USA mit der Ausrottung der Ureinwohner und Sklaverei. Auch der Kolonialismus war nirgends zivilisiert. Doch von allen Europäern gibt es auch große Kulturleistungen

Richtig ist Assmanns Feststellung: *„Nationen sind für sich genommen niemals brutal oder zivil, sondern nur in Bezug auf ihre kulturellen Programme.“* Sagen wir genauer: in Bezug auf bestimmte Programme.

Und nun zieht sie die Grenze: „Entscheiden sie sich für nationalen Stolz, radikale Feindbilder und eine Kult der Stärke [militante] oder für friedliches Zusammenleben in Vielfalt und Menschenwürde [zivile]? Was erklären sie für heilig – die Nation, das Kollektiv, den Staat oder das Individuum?“ – So steht „Individualismus“ für Menschenwürde, dagegen „Nationalstolz“ für Krieg und Unfrieden.<sup>245</sup> So einfach ist es nicht.

Denn jede feste Überzeugung kann militant und brutal werden. Das gilt für Religionen und Weltanschauungen, für Recht und Gerechtigkeit, sogar für Sitte und Moral.

Grausam waren die acht Hugenottenkriege (1562 – 1598) mit der Bartholomäusnacht (1572) in Frankreich. Oder ein Beispiel aus England: Anne Askew wurde 1546 angeklagt, schwer gefoltert und wie andere „Ketzer“ auf dem Scheiterhaufen verbrannt, weil sie die Wandlung der Hostien in den Leib Christi leugnete.<sup>246</sup> In einigen heutigen Ländern droht Ehebrechern die Todesstrafe durch Steinigung.<sup>247</sup>

Hass und Gewalt sind ein allgemein menschliches und kein nationales Problem. Es tritt vor allem auf, wenn miteinander nicht zu vereinbarende Wahrheiten, Machtansprüche, tief sitzende Überzeugungen und Werte oder große wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten aufeinander

---

<sup>245</sup> Assmann, a.a.O., S. 237

<sup>246</sup> [https://www.heiligenlexikon.de/BiographienA/Anna\\_Askew.html](https://www.heiligenlexikon.de/BiographienA/Anna_Askew.html)

<sup>247</sup> <https://www.igfm.de/thema-steinigung-ueberblick/>

stoßen. Dann werden nicht nur Vernunft und Ratio, sondern auch Gefühle und Leidenschaften aktiv.

Nach Gabor Steingart und anderen ist heute in der Politik, nicht die Überzeugung und Problemlösung das Ziel, sondern die Machterringung durch Stimmenmaximierung mit geeigneten, oft erlogenen Narrativen. Ein Heer von „Psychologen, Verhaltens- und Gehirnforschern“ berät heute die Politiker und Wahlkampfstrategen, „um sie in der Kunst der Wählermanipulation zu unterrichten“. „Für sie ist Realität nicht viel mehr als ein Rohstoff, den es entsprechend von politischen Erfordernissen oder Interessen zu gestalten, zu verformen, zu verpacken und schließlich massenmedial zu vertreiben gilt. ... eine Lüge ist keine Lüge mehr – solange die Geschichte gut erzählt ist und alle daran glauben.“<sup>248</sup>

Steingart kommt zum Ergebnis, dass in der heutigen Politik nicht mehr die „Prinzipien der Vernunft und Realität“ gelten, sondern Gefühle und „die Emotionen [werden] bedient, um den Verstand zu hintergehen“.<sup>249</sup>

Um das zu verstehen, müssen wir mit Hilfe der heutigen Hirnforschung einen Blick ins menschliche Gehirn werfen.

„Danach besitzt der Mensch drei miteinander verbundene Einzel-Gehirne von unterschiedlichem Aufbau und eigener Funktionszuständigkeit, die aus verschiedenen Epochen unserer evolutionären Vergangenheit stammen.“<sup>250</sup>

Das zeigt die folgende Abbildung<sup>251</sup> mit (1.) dem urzeitlichen Reptilhirn, (2.) dem limbischen System von höheren Tieren und Menschen, (3.) der Großhirnrinde, die nur der Mensch besitzt.

---

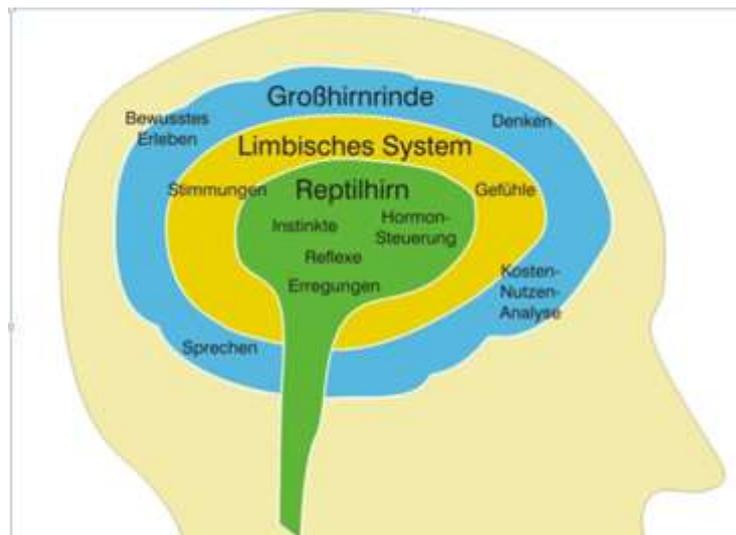
<sup>248</sup> Steingart, Weltbeben, a.a.O., S. 171

<sup>249</sup> Steingart, Weltbeben, a.a.O., S. 170 f

<sup>250</sup> Hans Günter Gassen, Das Gehirn, Darmstadt 2008, S. 39

Evolution = Stammesgeschichte des Menschen. Die Menschwerdung, von der befruchteten Eizelle zur Geburt, ist eine Wiederholung der Stammesgeschichte vom Einzeller zum Mensch.

<sup>251</sup> stark vereinfacht das Modell nach Paul McLean, siehe Günter Gassen, Das Gehirn, a.a.O., S. 39



Reine Triebe und Ur-Instinkte stecken im **Reptilhirn**. Untersuchungen bei Reptilien oder Kriechtieren, wie sie auch heißen, zeigen deutlich: Hier geht es um Beißen, Sex und Fressen. Hierher gehört wohl auch der üble Trieb des Menschen zur Versklavung von Mitmenschen.

Davon ist das **Limbische System** zu unterscheiden. Es ist der Sitz von Gefühlen und Emotionen, von Zu- und Abneigung, von Mitgefühl und Innigkeit, Mutter-Kind-Beziehung u.ä. Vieles davon können wir schon bei höher entwickelten Tieren beobachten, die ein limbisches System haben. Viele nützliche Instinkte dürften hier beheimatet sein.<sup>252</sup>

Die **Großhirnrinde** befähigt uns zum Sprechen, Denken, Rechnen. Nur der Mensch besitzt dieses Einzel-Hirn und diese Fähigkeiten. Hier wird auch eine Art Kosten-Nutzen-Abwägung durchgeführt und entschieden, wie mit auftauchenden Gefühlen und Trieben umgegangen wird.

„Auf diese Weise hat jeder Gehirnteil wesentliche Aufgaben.“ Ohne Reptilhirn mit Hunger, Durst und Fortpflanzungstrieb würden wir nicht überleben. Ohne das limbische System wären wir gefühllos und antriebsschwach; und ohne Großhirnfunktionen wären wir ziel- und planlos.<sup>253</sup> Langfristige Ziele, Strategien und Entscheidungen, d.h. bewusstes Handeln unter Unsicherheit, wären nicht möglich.

Nun wirken alle drei Gehirne ständig, weithin unbewusst aufeinander ein. „Werte“ sind oft ins Unterbewusstsein abgesunkene und gefühlsmäßig

<sup>252</sup> Bekannte Hirnforscher wie Rolf Singer meinen: „Über 90% des Gehirns verstehen wir noch nicht.“

<sup>253</sup> Hans Günter Gassen, Gehirn, a.a.O., S. 39

aufgeladene Überzeugungen. Die Verbindung von Geist (Großhirn) und Herz (limbisches System) veranschaulicht gut die Volksweisheit: *„Die Irrtümer des Geistes werden zu leidenschaftlichen Angelegenheiten des Herzens.“*

Vor allem verstehen wir dadurch eine ganz wichtige Aufgabe von „Sitte und Moral“, „Ethik und Anstand“: Es ist die Beherrschung der Triebe und die Bewältigung der Gefühle. Der Verstand im Großhirn muss vor allem die Triebe aus dem Reptilhirn, aber auch die Gefühle aus dem limbischen Gehirn verarbeiten und für ein zielgerichtetes, planvolles Leben nutzen, manchmal auch unterdrücken. Instinkte und Bauchgefühl allein genügen bei uns nicht mehr. (Manche sehen darin die „Erkenntnis der Sünde“ und damit den Sündenfall samt Erbsünde.)

Dazu benötigen wir den Willen. So ist der Satz zu verstehen: „Geist ohne Wille ist wertlos, Wille ohne Geist ist gefährlich.“ (Hans von Seeckt). Hier treffen wir auf eine ungeklärte Frage: Von wo aus wirkt der Wille? Nach Gassen u.a. aus dem limbischen Hirn, nach Popper und Eccles ist es das „Ich“, das über einen „Liaison-Bereich“ im Hirn auf unser Gehirn einwirkt, es dabei als körperliches, materielles Werkzeug benutzt.<sup>254</sup>

Diese Dreiheit hat schon Platon (427 v. Chr. – 327 v. Chr.) erkannt. Er lieferte ein Modell, das wir als Vorläufer moderner Erkenntnisse der Gehirnforschung ansehen können.<sup>255</sup> Danach hat der Mensch drei Seelen. Im Kopf sitzt der Verstand, die „geistige Seele“ (Erkenntnis der Wahrheit); nur sie ist für Platon unsterblich, göttlich. Beim Herzen wohnt die „Seele der Gefühle“ (Eifer, Ruhm, Tapferkeit); im Bauch wirkt die „Seele der Begierden“. Dabei haben Verstand und Weisheit dafür zu sorgen, dass die Gefühle und Triebe uns nicht überwältigen oder gar zerstören. Auch für Platon ist die Harmonie der drei Seelen das Ideal.<sup>256</sup>

Jeder von uns kennt die landläufige Meinung: Im Kopf sitzt der Verstand, im Herzen das Gefühl und im Bauch „unter der Gürtellinie“ der Trieb. Die Unrichtigkeit dieser Selbstbeobachtung liegt darin, dass alle drei Seelen in den drei Einzel-Gehirnen im Kopf wohnen. Doch über das Rückenmark werden die Reaktionen im Herz oder Bauch ausgelöst.

---

<sup>254</sup> Siehe Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: „5.1.1 Freier Wille statt Vorbestimmung“ - <https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/der-buergerstaat/der-buergerstaat-kapitel-5-1.pdf>

<sup>255</sup> So ausdrücklich auch Hans Günter Gassen, Gehirn, a.a.O., S. 19

<sup>256</sup> Anthony Kenny, Geschichte der abendländischen Philosophie, Darmstadt 2014, Bd. I Antike, S. 249 ff

Seit Jahrtausenden ist es ein großes Anliegen der Philosophen, aber auch jeder Erziehung: Die Vernunft muss unsere animalischen Gelüste steuern. Die Grünen-Politikerin Antje Vollmer hat dazu das erwähnte Buch „Heißer Frieden – Über Gewalt, Macht und das Geheimnis der Zivilisation“ (Köln 1995) geschrieben. Ein Grundgedanke durchzieht das Werk: Der Firnis der Zivilisation ist sehr dünn. Gewalt und Macht müssen durch die Zivilisation mit Ethik und Sitte den „heißen Frieden“ stiften.<sup>257</sup>

In der Werbung kam ab den 1950er Jahren die Losung auf „sex sells“ (Mit Sex lässt sich verkaufen). Die Erregung des Reptilhirns gelingt schnell. Auch das limbische System ist offenbar leichter anzuregen als die denkende Vernunft. Über die Werbung kamen diese Ansätze ins Marketing der Wirtschaft und dann zuerst in den USA in die Politik.

Für die Modelle „Bürgerstaat“ und „Soziale Volkswirtschaft“ sind sie Gift. Denn sie entmündigen die Bürger, die Träger der Staatsgewalt. Und sie verhindern politische Strategien für das langfristige Überleben. Diese verlangen höchste geistige Anstrengung, geradezu generalstabmäßige Problemlösungen. Es geht um eine lage- und wirklichkeitsgerechte „Welt 3“. Absolut wahr und richtig wird sie nicht sein, aber praxistauglich sollte sie sein. Jede Kultur, jede Nation, jedes Unternehmen, jede Familie kommt dabei zu eigenen Lösungen.

So stellt sich die Grundfrage: Wann ist Integration möglich, wo stößt sie an ihre Grenzen? Es geht nicht um die Abschaffung aller Nationen und Gruppen, wie naive Individualisten, Weltbürger oder Kosmopoliten fordern. Es geht um die Frage: **Was führt zu gespaltenen Gesellschaften und zerfallenden Staaten? (2.3.3)** Im nächsten Schritt ist zu prüfen: **Was hält Staaten, was Europa zusammen? (2.3.4)**

### 2.3.3 Gespaltene Gesellschaften – zerfallende Staaten

Die Marxisten nannten es *antagonistische Widersprüche*, auf Deutsch „sich ausschließende oder tödliche Widersprüche“. So seien Kapitalisten und Proletarier Gegensätze, die sich gegenseitig ausschließen und zum Untergang des Kapitalismus führen müssten. Das ist kein Denken in Nationen, sondern in brutalen Klassenkämpfen. So kam es zu viel Hass

---

<sup>257</sup> Antje Vollmer ist ev. Theologin. „Heiß“ bedeutet bei ihr: ständig durch „heiße Kriege“ bedroht.

und Terror (Lenin, Stalin), Armut und Elend (Holodomor, Hungerterror in Ukraine 1932/33). Innere Widersprüche führten schließlich zum Zerfall der Sowjetunion und des real existierenden Sozialismus.

## **Gespaltene Gesellschaften**

Die meisten heute **gespaltenen Gesellschaften** leiden an religiösen, ideologischen, ethnischen oder sozialen Gegensätzen, die oft zu **Bürgerkriegen** führen. Die Lage im Nahen Osten schildert z.B. gut Tim Marshall.<sup>258</sup> Er zeigt die Macht der Geographie und Geschichte. Im Abschnitt „Naher Osten“ werden die geschichtlich gewachsenen Islamrichtungen (Sunniten, Schiiten mit ihren Unterformen) vorgestellt, die zu Hass und Krieg führen. Wir werden an unsere Geschichte in der frühen Neuzeit mit grausamen Ketzerverfolgungen und Religionskriegen erinnert. Gezeigt wird auch die in jeder Hinsicht fehlende Homogenität von „Staaten“ wie Syrien, Irak, Libanon, Jemen u.a.

Hans Magnus Enzensberger hat in *„Aussichten auf den Bürgerkrieg“* treffend beschrieben, welche Anzeichen und Entwicklungen bei uns auf einen Bürgerkrieg hindeuten, ihn gar erwarten lassen.<sup>259</sup> Er sieht auch die USA und Europa davon betroffen. Das wurde bei „1. Die Lage“ unter „1.1.2 Die kulturelle Umweltzerstörung“ dargestellt.

Die Neue Zürcher Zeitung hatte nach den schweren Krawallen am 08.07.2023 auf der ersten Seite den Leitartikel: **„Die französische Warnung – Ungesteuerte Migration und falsch verstandene Toleranz überfordern Gesellschaften. Wenn die Städte brennen wie in Frankreich, ist es zu spät. Daher muss rechtzeitig eine Leitkultur durchgesetzt werden. Von Eric Gujer.“**

„Worte sind Waffen im politischen Kampf. Die Grünen, aber auch andere linke Parteien propagieren den Begriff der postmigrantischen Gesellschaft, in der die angestammte Mehrheitsgesellschaft ihre Dominanz eingebüsst hat. Stattdessen sollen im multikulturellen Schlaraffenland Alteingesessene und Zugewanderte jedes Mal aushandeln, welche Leitkultur gelten soll. Auf diese Weise, so die Verfechter des Konzepts, trete wahre Gleichberechtigung an

---

<sup>258</sup> Tim Marshall, Die Macht der Geographie im 21. Jahrhundert, München 2021 (gezeigt wird auch die Macht der Geschichte und Kultur)

<sup>259</sup> Hans Magnus Enzensberger, sehr prominenter Linker, bekennender Neomarxist.

die Stelle von Diskriminierung und Ausgrenzung. Wohin das im Extremfall führt, lässt sich in Frankreich besichtigen. ...

Die eigentliche Ursache ist eine Politik, die große und homogene Gruppen ins Land liess, ohne sich um die Aufnahmefähigkeit der Gesellschaft zu kümmern.

... Nur ein verbindlicher Wertekanon schafft die notwendige gesellschaftliche Stabilität, ohne die kein friedliches Miteinander möglich ist. ... Vor allem muss man auf der Einhaltung der Normen bestehen. Diese Aufgabe lässt sich nicht an die Politik delegieren, sondern betrifft genauso Schulen wie Vereine oder Medien. Das alles ist anstrengend und muss geschehen, solange die Fehlentwicklungen noch reversibel sind. Wenn erst einmal die Städte brennen wie in Frankreich, ist es zu spät.<sup>260</sup>

Das Modell zivile gegen militante Nationen hilft hier nicht weiter – es ist wenig praxistauglich und so weltfremd wie der Verfassungspatriotismus.

Im Westen gibt es heute einen äußerst gefährlichen Spaltpilz, der in den USA entstand und sich nun auch in Europa ausbreitet. Einer der ersten, der **die Spaltung Amerikas** erkannte und beschrieb, war 1991 Arthur M. Schlesinger jun. (Historiker, zweifacher Pulitzer-Preisträger und Sonderberater der US-Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson).<sup>261</sup> Er sah, dass der „Schmelztiegel“ (melting pot) zunehmend ersetzt wurde durch eine Renaissance der außereuropäischen Kulturen innerhalb der USA. Es begann mit der Suche nach den eigenen Wurzeln z.B. in Afrika. Nun spalten Leitmerkmale wie Ethnizität, Herkunft, Hautfarbe und Religion zunehmend stärker als je zuvor die USA.

„Neue Einwanderungswellen brachten Menschen ins Land, die nur sehr schwer in die Gesellschaft hineinpassten – eine Gesellschaft, die in ihrer Sprache, ihren Idealen und ihren Institutionen ja unvermeidlich englisch war. Für lange Zeit dominierten die Angloamerikaner die amerikanische Kultur und Politik.“<sup>262</sup>

„Amerika hat sich so lange als Zufluchtsstätte für die Unterdrückten und Verfolgten gesehen – und dabei sich und der Welt so viel Gutes erwiesen... Doch unkontrollierte Einwanderung ist eine Unmöglichkeit; daher gehört das Thema der Kontrollkriterien zu den Fragen, denen sich die amerikanische Demokratie stellen muss. Wir haben die Zugangskriterien in diesem [20.] Jahrhundert drei Mal verändert – ausgehend von der nationalen Herkunft 1924 über den Familiennachzug 1965 bis hin zu den benötigten Fähigkeiten 1990.

---

<sup>260</sup> Neue Zürcher Zeitung, 08.07.2023, S. 1

<sup>261</sup> Arthur M. Schlesinger, Die Spaltung Amerikas – Überlegungen zu einer multikulturellen Gesellschaft, Stuttgart 2020

<sup>262</sup> Schlesinger, Spaltung, a.a.O., S. 27

Die Zukunft der Einwanderungspolitik hängt vom Leistungsvermögen des Assimilierungsprozesses ab ...<sup>263</sup>

Auch Schlesinger erkannte, dass die politischen Theorien den Schritt vom reinen Individualismus zum Gruppendenken machten. Und er sucht einen Weg für die USA wieder aus den Vielen eine neue Einheit zu schaffen, gemäß dem alten Leitsatz: „*e pluribus unum*“.<sup>264</sup> Wie die Entwicklung weiter ging und wie sie auch Europa erfasst hat, beschreibt René Pfister im Buch: „Ein falsches Wort – Wie eine neue linke Ideologie aus Amerika unsere Meinungsfreiheit bedroht“. Dazu gleich mehr

Gesucht werden eine neue Leitkultur und nationale Identität. Doch Schlesinger bleibt angesichts der tatsächlichen Entwicklung in den USA unsicher. Dabei unterscheidet er einen milden von einem militanten Multikulturalismus. Der milde lenkt die Aufmerksamkeit auf vernachlässigte Gruppen, Themen und Standpunkte. Doch gleichzeitig sieht er, was Aleida Assmann nur bei militanten Nationen sieht:

„Der Multikulturalismus nimmt jedoch auch eine militante Form an, in der er sich der Idee einer gemeinsamen Kultur widersetzt, die Ziele von Assimilierung und Integration ablehnt und die Unveränderlichkeit unterschiedlicher und getrennter ethnischer Gemeinschaften feiert.“<sup>265</sup>

Wie sollen da die zentripetalen Bindungskräfte stärker sein als die zentrifugalen Fliehkräfte? Bereits 1991 hat Schlesinger diese Warnungen ausgesprochen. Seine Hoffnungen wurden enttäuscht, seine Befürchtungen stellten sich ein und schwappten nach Europa über.

Das wurde 2022 gut und genau von René Pfister, Büroleiter des SPIEGEL in Washington, beschrieben: „*Ein falsches Wort – Wie eine neue linke Ideologie aus Amerika unsere Meinungsfreiheit bedroht*“.<sup>266</sup>

„Ein neuer Fundamentalismus hat Amerika erfasst: Im Namen von Gerechtigkeit und Antirassismus greift dort eine Ideologie um sich, die Intoleranz und Hass erzeugt – in liberalen Medien kann ein falsches Wort Karrieren beenden, Unternehmen feuern Mitarbeiter, die sich dem neuen Zeitgeist widersetzen.“<sup>267</sup>

---

<sup>263</sup> Schlesinger, Spaltung, a.a.O., S. 136

<sup>264</sup> „E pluribus unum“ (lat.) = Aus vielen werde Eins.

<sup>265</sup> Schlesinger, Spaltung, a.a.O., S. 159

<sup>266</sup> René Pfister, Ein falsches Wort – Wie eine neue linke Ideologie aus Amerika unsere Meinungsfreiheit bedroht, München 2022

<sup>267</sup> René Pfister, a.a.O., Klappentext

Das gilt für die USA und zunehmend für Deutschland. Nach einer Umfrage hielten 84% der Amerikaner es 2022 für ein Problem, dass manche Mitbürger ihr Recht auf freie Meinungsäußerung aus Angst nicht mehr ausüben. Hier tyrannisieren Minderheiten die Mehrheit. – Und nach einer Allensbach-Umfrage von 2021 glaubten 44% der Deutschen, ihre politische Meinung nicht frei äußern zu können.<sup>268</sup>

So bleibt die dringliche Frage unbeantwortet: „*Was hält eine Nation zusammen?*“ Schlesinger stellt schon 1991 fest:

„Wir blicken mit einer Mischung aus Traurigkeit und Überlegenheitsgefühl ... auf das Auseinanderbrechen der Sowjetunion und Jugoslawiens in ethnische Enklaven und sehen nicht, wie zersplittert wir selbst in den Vereinigten Staaten als Gesellschaft werden. ... Wir geben sogar den Mythos auf, dass wir alle Amerikaner sind. ... Wir sind ethnisch nicht so gespalten wie vielleicht Jugoslawien. Aber machen Sie sich nicht vor, dass das hierzulande nicht geschehen könnte.“<sup>269</sup>

## Zerfallende Staaten

Gespaltene Gesellschaften sind die Vorstufe zu **zerfallenden Staaten**. Ein Beispiel vor unserer Haustür ist **Jugoslawien**. Unsere slowenische Trauzeugin Marina meinte schon in den 1960-ern: „*Wenn Tito, stirbt bricht Jugoslawien auseinander.*“ Das leuchtete mir nicht ein. Für mich waren alle Südslaven nahe Verwandte, sozusagen Brüdervölker. Doch als Landrat lud der jugoslawische Konsul den Mosbacher Oberbürgermeister und mich zum Abendessen bei sich daheim in Mannheim ein. Irgendwie kam die Rede auf unterschiedliche Nationen. Sein Vizekonsul sagte sofort: „Wie bei uns in Jugoslawien.“ Wieder sagte ich: „Aber ihr seid doch allen Südslaven!“ „Aber sehr unterschiedliche“, antwortete er. Andere, kommunistische Jugoslawen, die ich kannte, waren für den Gesamtstaat – die große Mehrheit aber nicht.

Im alten Jugoslawien gab es viele Gegensätze, die zum Zerfall führten. Die Slowenen sehen sich als kultivierte Mitteleuropäer. Auf „ihre südlichen Brüder“ sah Marina stets mit unverhohlenem Hochmut herab. Die Serben verstehen sich seit langem als die kulturelle und militärische

---

<sup>268</sup> René Pfister, a.a.O., S. 20 und S. 23

<sup>269</sup> Schlesinger, a.a.O., S. 160

Führungsnation des Balkans.<sup>270</sup> Man kann sie mit den Preußen des 19. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum vergleichen.

Die Serben sind orthodoxe Christen, schreiben Kyrillisch und lieben ihr großes Brudervolk, die Russen. Die Kroaten sind römisch-katholisch, schreiben in lateinischer Schrift und sehen sich als Westeuropäer. Die Bosnier sind mehrheitlich Muslime. Mit dem Serbokroatisch haben alle sogar eine gemeinsame Sprache. Doch die Gegensätze waren so antagonistisch, d.h. todbringend, dass sie den Zerfall und die grausamen Jugoslawienkriege der 1990er Jahre auslösten (über 200.000 Tote).<sup>271</sup>

Wir sehen heute zerfallende Staaten rund um den Erdball: in Syrien, im Sudan, in Libyen, Somalia und im übrigen Afrika. Die Philippinen und Malaysia<sup>272</sup> sind in Gefahr. Vor allem war China vor Mao ein zerfallender Staat. Die Fliehkräfte waren stark, die Ideen und Überzeugungen, die das Reich zusammenhielten, waren erschlaft. Dazu seien zwei anschauliche Quellen empfohlen: „*Ich war Kaiser von China*“<sup>273</sup> und „*Wilde Schwäne*“.<sup>274</sup>

Bei China ist gut zu zeigen, welche Mächte und Kräfte wirken, wenn ein Staat zerfällt. Die Staatsgewalt wird schwach und schließlich unfähig, die innere und äußere Sicherheit sowie den Gemeinsinn und den Wohlstand zu sichern. Dem Volk und seinen Führungsschichten fehlen verbindende und überzeugende Staats- und Gesellschaftsprogramme. Die Macht übernehmen lokale, meist kriminelle Kriegsherren und Söldnerführer mit Privat- oder Lokalarmeen, auch „Warlords“ genannt.

So zerfiel 2011 Libyen nach dem Sturz des langjährigen Diktators Gaddafi. Es kam bis heute zu rivalisierenden Regierungen im Osten und Westen des Landes. Das sichere Zeichen, dass ein Staat zerfallen ist, sind Kriege mit nicht-legitimierten Gewaltherrschern, eben Bürgerkriege.

Damit stellt sich für uns die Frage: *Was hält die Gesellschaft, den Staat oder gar Europa zusammen? Was sind die Mittel gegen Bürgerkriege?*

---

<sup>270</sup> Christopher Clark, Die Schlafwandler, a.a.O., S. 318 ff: „Verwicklungen auf dem Balkan“, S. 452 ff: „Der Katalysator Balkan“; S. 499 ff: „Serbische Reaktionen“ [auf den Mord von Sarajevo am 28.06.1914]

<sup>271</sup> <https://osteuroopa.lpb-bw.de/jugoslawien-krieg> - Abruf 22.09.2024

<sup>272</sup> Vgl. Reisewarnungen Auswärtiges Amt: [https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/malaysia-node/malaysiasicherheit/223616#content\\_0](https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/malaysia-node/malaysiasicherheit/223616#content_0) abgerufen 22.09.2024

<sup>273</sup> Pu Yi, Ich war Kaiser von China, München 1988

<sup>274</sup> Jung Chang, Wilde Schwäne, Die Geschichte einer Familie, München 1991

### 2.3.4 Was hält Staaten, was Europa zusammen?

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es drei historische Modelle gibt: die Königsherrschaft, die Genossenschaft und die Diktatur (Tyrannei).<sup>275</sup>

*„In der Geschichte der deutschen Landkreise und ihrer mannigfaltigen Vorstufen durchdringen sich zwei Elemente, das herrschaftliche und das genossenschaftliche. Weithin bestimmen diese beiden Grundkräfte in älterer Zeit ja die staatliche und gesellschaftliche Entwicklung überhaupt. [...] Zwischen diesen beiden Extremen finden sich Übergangsformen verschiedenster Art.“*<sup>276</sup> – Das gilt für alle politischen Ebenen von den Gemeinden über die Länder bis zum (reichs-)ständischen Alten Reich.<sup>277</sup>

Herrschaft kann sich zur Allein- oder gar Zwangsherrschaft verdichten. Wie ist das zu beurteilen?

Dazu gibt es seit der griechischen Klassik eine treffende Bewertung. Schon im 4. Jahrhundert v. Chr. unterschied Aristoteles (389 – 322 v. Chr.) zwischen despotischer und ökonomischer Herrschaft. Er fragte, zu welchem Zweck oder zu wessen Nutzen geherrscht wird. Ökonomisch ist eine Herrschaft, wenn sie zum Nutzen der Bürger (Genossenschaft, Republik) oder zum gemeinsamen Nutzen von Bürgern und Herrscher ausgeübt wird. Die despotische Herrschaft kennt nur den Nutzen der Regierenden. Er nennt sie eine entartete Herrschaft.

„So sah Aristoteles zum Beispiel bei einem Vergleich zwischen Königtum und Tyrannis das entscheidende Merkmal des Tyrannen darin, dass er im Gegensatz zum König nicht im Geringsten den Gemeinnutzen im Auge habe, es sei denn, um des eigenen Nutzens willen.“<sup>278</sup>

Zur Tyrannei gehört auch ein Herrschaftsapparat, z.B. eine Klasse oder Partei. Diese schließen sich mehr oder weniger gegen die Gesamtheit, das Volk, ab und beuten es aus. Daher fürchten sie stets den Umsturz, die „Konterrevolution“.

---

<sup>275</sup> Genossenschaftlich bedeutet gemeinsam, frei und gleich, also demokratisch und republikanisch.

<sup>276</sup> Walter Grube, Vogteien, Ämter, Landkreise, Stuttgart 1975, Band I, Geschichtliche Grundlagen, S. 1

<sup>277</sup> Dietmar Willoweit, Deutsche Verfassungsgeschichte, München 2005, S. 119 ff. „§14 Herrschaft und Genossenschaft in Stadt und Dorf“ (für Mittelalter); S. 231 f: intaktes „Rechtsgefüge aus obrigkeitlichen und genossenschaftlichen Versatzstücken“ in den west- und süddeutschen Dorfgemeinden auch nach 1648 (anders östlich der Elbe mit der adeligen Gutsherrschaft). Hans Maier, Das Freiheitsproblem in der deutschen Geschichte, Schriftenreihe der Juristischen Studiengesellschaft Karlsruhe, Heft 201 (1991)

<sup>278</sup> Otto Brunner u.a. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd. 4, S. 796

In diesem Sinne lieferte Niccolò Machiavelli (1459 – 1527) eine Anleitung und Handreichung für die frühneuzeitlichen Tyrannen. Im berühmten Buch „Der Fürst“ geht es nur um Macht und den Nutzen des „Fürsten“.

„Es bleibt noch übrig zu betrachten, wie sich ein Fürst gegen seine Untertanen und Freunde zu verhalten hat. ... Daher muss ein Fürst, wenn er sich halten will, lernen, schlecht zu sein und davon je nach Bedarf Gebrauch zu machen.“<sup>279</sup>

Denn es geht um die Kunst des Erwerbs und Erhalts der Macht:

„Daher kommt die Streitfrage, ob es besser sei, geliebt als gefürchtet zu werden oder umgekehrt. Ich antworte: Man soll beides werden. Aber da es schwer ist, beides zugleich zu sein, ist es viel sicherer, gefürchtet als geliebt zu sein, wenn schon eins von beiden fehlen muss. ... Trotzdem darf der Fürst nur soweit gefürchtet werden, dass er, falls er keine Liebe erwirbt, doch dem Hass entgeht; denn es passt vortrefflich zusammen, gefürchtet und doch nicht gehasst zu werden.“<sup>280</sup>

Machiavelli gibt auch Empfehlungen zur Wahrheit gegenüber dem Volk:

„Es kann und darf ein kluger Fürst sein Wort nicht halten, wenn es für ihn von Nachteil ist und wenn die Gründe wegfallen, die ihn zu seinem Versprechen bestimmt haben. ... Es fehlen einem Fürsten niemals die Gründe, seinen Wortbruch zu bemänteln. ... wer sich am besten auf die Fuchsnatur verstanden hat, ist am besten gefahren. Aber man muss dieses Wesen gut beschönigen und im Heucheln und Verstellen Meister sein: Die Menschen sind so einfältig und gehorchen so den Bedürfnissen des Augenblicks, dass der Betrüger immer solche findet, die sich betrügen lassen. ... denn der Pöbel hält es mit dem Schein und dem Erfolg einer Tat; in der Welt gibt es nur Pöbel. Die nur wenigen klugen Leute kommen nur dann zur Geltung, wenn es dem Pöbel an Rat fehlt.“<sup>281</sup>

Der bei den Alt-68ern so verehrte Mao Tse-tung sagte unverblümt:

„Jeder Kommunist muss diese Wahrheit begreifen: ‚Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen‘. Unser Prinzip lautet: Die Partei kommandiert die Gewehre, und niemals darf zugelassen werden, dass die Gewehre die Partei kommandieren. Hat man aber Gewehre, dann kann man wirklich Parteiorganisationen schaffen, und die Achte Front-Armee hat in Nordchina eine mächtige Parteiorganisation geschaffen. Dann kann man auch noch

---

<sup>279</sup> Niccolò Machiavelli, *Der Fürst*, Wiesbaden 1962, in: 15. Kapitel *Wodurch die Menschen und besonders die Fürsten Lob und Tadel erwerben*, S. 64

<sup>280</sup> Machiavelli, in: 17. Kapitel *Von der Grausamkeit und dem Mitleid und ob es besser sei, geliebt als gefürchtet zu werden*, S. 68 f

<sup>281</sup> Machiavelli, in: 18. Kapitel *Wie die Fürsten ihr Wort halten sollen*, S. 71 f

Kader hervorbringen, Schulen einrichten, eine Kultur schaffen, Massenbewegungen ins Leben rufen. ... in diesem Sinne können wir sagen, daß die ganze Welt nur mit Hilfe der Gewehre umgestaltet werden kann.“<sup>282</sup>

Fassen wir zusammen: „Der Fürst“ ist ein Handbuch für Tyrannen, wie sie in den norditalienischen Städten der Hochrenaissance herrschten. Söldnerführer (Sforza in Mailand) und reiche Krämerfamilien (Medici in Florenz) saßen auf gefährdeten Thronen. Nur Machtmittel sicherten ihnen die Herrschaft. Mao hat das zerfallene China mit Gewalt und Terror geeint. Dabei stützte er sich auf die kommunistische Ideologie und Partei sowie seine rote Armee.<sup>283</sup>

Gerade für viele heutige Partei- oder Militärdiktaturen gilt: Mit Gewalt, mit Macht und Terror halten sie die Gesellschaft und den Staat zusammen. Doch im Nacken der Regierenden sitzt stets die Angst vor dem Umsturz, vor der Gegenrevolution. Allerdings gibt es auch aufgeklärte Absolutisten (Maria Theresia, Josef II., Friedrich d. Große). Und es gibt auch heute erfolgreiche bzw. aufgeklärte Autokraten.<sup>284</sup>

Doch jeder demokratisch und genossenschaftlich denkende Bürger muss jede **Zwangs- und Gewaltherrschaft ablehnen**. Das sind keine Modelle für Bürgerstaaten und Demokratien. Aber die Mehrheit der heutigen Staaten weltweit wird so regiert. Der Parteienstaat tendiert mit seinem Populismus und bewusst falschen Narrativen dahin.

Nun kann es in allen Staatsformen zum Aufstand, zur Revolution und zum Bürgerkrieg kommen. Schon Enzensberger und Steingart sehen auch die westlichen Demokratien hier in erheblicher Gefahr. Da sich rein individualistische Modernisierungstheorien und Verfassungspatriotismus als untauglich erwiesen, suchen Soziologen und Politikwissenschaftler wieder nach **Solidaritätsgeneratoren**, die **Gemeinsinn** erzeugen?

Aleida Assmann empfiehlt für die EU eine Art Eidgenossenschaft.<sup>285</sup> Die **Genossenschaftlichkeit** ist für den Bürgerstaat der richtige Ansatz. Denn in Genossenschaften schließen sich *Freie* und *Gleiche brüderlich*

---

<sup>282</sup> Stuart R. Schramm, Das Mao-System, die Schriften von Mao Tse-tung. Analyse und Entwicklung, München 1972, S. 256; in *Ausgewählte Werke*, II, S. 261 f

<sup>283</sup> Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 4.5 Neuzeitliche Diktaturen, Das Mao-System

<sup>284</sup> Volker Seitz, a.a.O., Zu nennen ist der erste Präsident von Kamerun, Ahmadou Ahidjo (1960 – 1982). Er wird im Land bis heute hoch verehrt. Es gab kaum Korruption, der Lebensstandard verdoppelte sich. Nach ihm kam trotz steigenden Öleinnahmen der Niedergang.

<sup>285</sup> Assmann, a.a.O., S. 51

zusammen, um gemeinsame Ziele zu erreichen, letztlich um gemeinsam zu überleben. Die Regierung wird auf Zeit gewählt.

Nun braucht dieser Rahmen noch greifbare, überzeugende und verbindende Inhalte. Und hier stoßen Aleida Assmann und andere wieder auf die **Kultur** und die **Nation**. Das ist der rote Faden, der sich bei Assmann durch das ganze Buch zieht: „*Die Wiedererfindung der Nation – Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen*“.

Dabei stellt sich die Frage: **Wie viel Gemeinsamkeit bzw. Homogenität braucht die Nation, braucht Europa, um vor Spaltungen, Bürgerkriegen und Zerfall sicher zu sein?**

Die allgemeine Staatslehre und Roman Herzog unterscheiden zwischen zentrifugalen *Fliehkräften* und zentripetalen *Bindungskräften* in Staat und Gesellschaft.<sup>286</sup>

Wenn wir am bisher Gesagten anknüpfen, dann rückt die „Welt 3“ gemäß Popper wieder in den Blick. Jede Nation und dann jede Kultur sieht gemäß ihrer „Welt 3“ die wirkliche, uns nur in Teilstücken erkennbare „Welt 1“ anders. Doch ohne gemeinsame Sicht und Ziele ist kein gemeinsames Handeln möglich.

Der bekannte Rechtsgelehrte und Politiker Gustav Radbruch<sup>287</sup> (1878 – 1949, SPD, Reichstagsabgeordneter, zweimal kurz Reichsjustizminister) sagte dazu: „*Denn jegliche Gemeinschaft ist Gemeinschaft einer gemeinsamen Sache, einer gemeinsamen Arbeit, eines gemeinsamen Werkes, einer gemeinsamen Kultur.*“<sup>288</sup>

Radbruch verweist auf eine weitere wichtige Bindungskraft, den **Gemeinsinn**. Jeder fühlt sich für das Ganze, eben für das Gemeinwesen verantwortlich, sieht es auch als sein Eigentum an („unser Land“). Das ist ein Wesenselement von Genossenschaften und der Schweizer Eidgenossenschaft bis heute.<sup>289</sup> Dazu kommt die Brüderlichkeit (soziale Sicherheit): „Keiner wird in der Not allein gelassen.“<sup>290</sup> Gemeinsinn

---

<sup>286</sup> Ursprünglich von Rudolf Smend, siehe Herzog, Allgemeine Staatslehre, a.a.O., S. 80 ff

<sup>287</sup> Gustav Radbruch, Gesamtausgabe (20 Bände), hg. Arthur Kaufmann, Heidelberg 1987 bis 2003 – Radbruch war der Dr.-Vater meines Vaters.

<sup>288</sup> Gustav Radbruch, Einführung in die Rechtswissenschaft, Leipzig 1924 ff., S. 31

<sup>289</sup> Wolfgang Koydl, Die Besserköner, Was die Schweiz so besonders macht, Zürich, 2014

<sup>290</sup> Heinrich Mitteis / Heinz Lieberich, Deutsches Privatrecht, München Berlin 1963, S.1: „Ein sozialer Geist bestimmte die Gestalt der Rechtinstitute bis ins einzelne.“ Recht ist ‚Friedensordnung‘ der Dorfgemeinschaft. Römisches Recht ist Streitordnung der Juristen: Juristen leben vom Streit. (Anspruchsrecht)

zeichnete gerade das deutsche Recht im Gegensatz zum römischen aus. Radbruch zeigt anschaulich und bildhaft den Gegensatz von deutschem und römischem Recht. Nach deutschrechtlicher Tradition gilt:

„Der Einzelne trägt all seine Rechte nur vom Ganzen und im Interesse des Ganzen zum Lehen. ... Die entgegengesetzte Anschauung, dass das Individuum Ausgangs- und Endpunkt alles Rechts sei, hat der Römer schon durch die Sage von der Gründung seiner Stadt zum Ausdruck gebracht: eine Schar heimatloser, familienloser, aus jedem sozialen Zusammenhang herausgerissener Räuber geht, wie nach Rousseaus Rezept, einen Gesellschaftsvertrag ein. Die Gemeinschaft ist nur um der Einzelnen willen, das öffentliche Recht nur zum Schutze des Privatrechts da.“<sup>291</sup>

Fritz Kern hat gezeigt, dass durch den Absolutismus das deutsche Recht mit seiner Genossenschaftlichkeit einen deutlichen Dämpfer erhielt. Kern stellt fest, dass im Unterschied zum deutschen [genossenschaftlich-ständischen] Recht das römische Recht „aus dem völlig entgegengesetzten Denken des römisch-kaiserlichen Absolutismus stammt“. „Freilich, es kommt später ein Zeitalter, das mit den absolutistischen Formeln [des römischen Rechts] auch den absolutistischen Geist einführt; aber das ist dann eben das Ende des mittelalterlichen Staats- und Rechtsbegriffs.“<sup>292</sup>

Mit der Historischen Schule erhielten im 19. Jahrhundert die Genossenschaftlichkeit und das deutsche Recht bei uns nochmals einen starken Aufschwung. Bei der Erarbeitung unseres „Bürgerlichen Gesetzbuchs“ (BGB) entstand ein heftiger Gelehrtenstreit darüber, ob das römische Recht oder nicht besser das deutsche Recht dem Gesetzeswerk zu Grunde liegen sollte. Letztlich ist es ein römisch-rechtliches Werk geworden. Der angesehenste, ja leidenschaftliche Kritiker dieses „römischen BGB“ war Otto v. Gierke (1841 – 1921), Vertreter der deutschen Rechtsschule und Verfasser des klassischen, vierbändigen Werks „Das deutsche Genossenschaftsrecht“ als Lebensleistung.<sup>293</sup>

---

<sup>291</sup> Gustav Radbruch, Einführung in die Rechtswissenschaft, Leipzig 1924, S. 75 f.

<sup>292</sup> Fritz Kern, Recht und Verfassung im Mittelalter, Darmstadt 1973, S. 70 f. Ursprünglicher Erscheinungsort: Historische Zeitung 1919, Nr. 120, Seite 1 – 79, weitere Neuauflage Darmstadt 1992 - Kern ging 1933 in die innere, kurz vor Kriegsende in die Schweizer Emigration.

<sup>293</sup> Otto v. Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht, 4 Bände, Berlin 1868, 1873, 1881, 1913 (unvollendet)

Sehr stark hat die deutschrechtliche und genossenschaftliche Tradition dann auf unser Wirtschaftsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ eingewirkt.<sup>294</sup> Ab den 1970er Jahren errangen der angelsächsische Individualismus und die neoliberale Wirtschaftstheorie die Oberhand. Gründe waren auch der Missbrauch und die Pervertierung der Gemeinschaftsidee durch den Nationalsozialismus: „Du bist nichts, dein Volk ist alles!“

Die kulturelle Prägung erfolgt durch gemeinsame Erfahrungen und Narrative.<sup>295</sup> So sehen wir dann die Welt. Als Kind habe oft nachgedacht, wie ich wohl denken und die Welt sehen würde, wenn ich nicht in Europa, sondern in einer Oase der Sahara unter „Mohammedanern“ – wie damals die Muslime hießen – aufgewachsen wäre. Mir war klar: „Ganz anders!“<sup>296</sup>

Jede Kultur hat ihre Eigenart auch durch religiöse, philosophische und wissenschaftliche Lehren. Daher stellt Huntington fest, dass es nicht möglich ist, eine Gesellschaft von einem Kulturkreis in einen anderen zu verschieben.<sup>297</sup> In diesen Tagen (ab Oktober 2023) sehen wir in deutschen Städten nach dem Hamas-Angriff auf Israel Sichtweisen, die sich gegenseitig ausschließen. Es gibt für die Hamas und die Palästinenser leidenschaftliche Massendemonstrationen von Muslimen sowie emotionsgeladene deutsche Solidaritätskundgebungen für Israel (vgl. Habeck-Rede).<sup>298</sup>

Das zeigt gerade auch die Bedeutung der Gefühle, Leidenschaften und eben des Thymos für die politischen Überzeugungen.

Geeint ist eine Gesellschaft, wenn es nur wenige sich ausschließende religiöse, moralische, rechtliche, politische u.a. Grundüberzeugungen gibt. Andernfalls haben wir eine gespaltene Gesellschaft vor uns. Die Ansichten über das Verhältnis von Frau und Mann sind dabei ein sehr zentraler Punkt. Auch Recht, Moral und Ethik können tief spalten.

---

<sup>294</sup> Erik Reinert, Warum manche Länder reich und andere arm sind – Wie der Westen seine Geschichte ignoriert und deshalb seine Weltmacht verliert, Stuttgart 2014 – Reinert ist norwegischer Wirtschaftsprofessor an der Uni Tallin und hat in St. Gallen die deutsche Volkswirtschaftslehre noch erlebt. – auch Wilhelm Röpke, a.a.O.

<sup>295</sup> Der Ausdruck wird nicht abwertend gebraucht.

<sup>296</sup> Ein Bruder meines Vaters hatte einen muslimischen Perser als Untermieter, mit dem ich mich unterhielt.

<sup>297</sup> unter Berufung auf Huntington auch Gabor Steingart, Weltbeben, a.a.O., S. 33: „Amerika versucht genau das mit steigendem Ingrim.“

<sup>298</sup> <https://youtu.be/ZBtAtsdco-8?si=NwZKmn22hrS7g-Jl>

Die Genossenschaftlichkeit ist für den Bürgerstaat und für Europa so zentral, weil es zuerst um den Gemeinsinn und Nutzen der Bürger geht. Dazu gehört auch, dass freie Bürger gemeinsam um ihre Zukunft ringen.

Eine gute Lösung für eine faire Diskussionskultur war der badische Liberalismus und insbesondere der oft beschworenen „Heidelberger Geist“. Ihn hat Karl Jaspers treffend beschrieben. In meiner Jugend habe ich ihn noch erlebt. Karl Jaspers lebte die längste Zeit in Heidelberg (1906 – 1948). Er umriss den „Heidelberger Geist“ 1928 so:

„Hier ist eine Atmosphäre, in der das Fremdeste sich berühren kann – ohne sofortigen Blick auf praktische Konsequenzen – in rein geistiger Möglichkeit. Hier sind der Socialist und der Deutschnationale mögliche Freunde, der Katholik und der Protestant, der Russe und der Deutsche. Und hier gibt es eine stillschweigende Voraussetzung eines ritterlichen Verhaltens und eines gemeinsamen Bodens für alles, was wesentlich ist. Hier wird, was im wirklichen Leben in hartem Kampfe um Sein und Nichtsein sich begegnet, auf der Ebene des Möglichen geistig verarbeitet und nach Kräften auf seine Wurzeln geklärt. Heidelberg ist ein Anspruch an die Rücksichtslosigkeit des Fragens, an Einsamkeit und Unabhängigkeit des einzelnen, der den genius loci vernehmen will.“<sup>299</sup>

Die reine Wahrheit besitzt niemand, doch aufrichtige Wahrhaftigkeit muss unser Ziel sein. Wandel gab es immer und Migration auch. Die Grenze ist erreicht, wenn sich große, homogene, wahrheitsbesessene Gruppen gegenüber stehen, wenn Bürger- und Religionskriege drohen. Wir brauchen den „**Solidaritätsgenerator**“ Nation (Herfried und Marina Münkler), die „**Integrationsmaschine**“ Nationalstaat (Jan Plamper).<sup>300</sup>

Falsch wäre eine Absage an kulturelle Homogenität, wie sie Assmann vertritt.<sup>301</sup> Wie sollen da gemeinsame Ziele und gemeinsames Handeln möglich sein? Das gilt vor allem, wenn fest geglaubte Wahrheiten wie Offenbarungsreligionen oder Ideologien aufeinander stoßen. Dann ist es auch ein frommer, aber unerfüllbarer Wunsch an Religionsfreiheit oder Toleranz zu appellieren. Das kann ich deshalb gut beurteilen, weil ich streng katholisch erzogen wurde. Ziel ist da stets die Mission, schon um alle durch die Taufe von der Erbsünde zu erlösen und für den Himmel zu gewinnen. Leicht ist dann der Übergang zur Gewalt und Zwangsmission.

---

<sup>299</sup> zitiert nach: Klaus-Peter Schroeder, Eine Universität für Juristen und von Juristen (zur Heidelberger Universitätsgeschichte), Tübingen 2010, S. 499

<sup>300</sup> Assmann, a.a.O., S. 283 f

<sup>301</sup> Ebenso Gerhart Baum (FDP), Weltbürgertum statt Leitkultur, in: Handelsblatt 04.05.2017 (Gastkommentar)

Dazu passt, was das chinesische Strategeme Nr. 30 empfiehlt: **„Die Rolle des Gastes in die des Gastgebers umkehren!“**<sup>302</sup> Aus einem aufgeklärten europäischen Bürgerstaat wird so ein Gottesstaat. „Herr im Haus“ sind dann die Scharia und der Koran. Das ist eine andere Kultur.

Außenpolitisch sieht Schlesinger die USA als weltweite Führungsmacht: „Auf einem begrenzten Planeten lebend und gleichzeitig die globale Führerschaft anstrebend, sollten die Amerikaner wahrlich mehr über andere Ethnien, andere Kulturen und andere Kontinente erfahren! Und wenn sie dies tun, erwerben sie zugleich ein viel komplexeres, belebenderes Verständnis von der Welt – und damit auch von sich selbst.“<sup>303</sup> – Der Vorschlag ist nicht schlecht; der Hinweis auf die Weltführerschaft bedenklich. Ein Offizier, der die „Amis“ in Afghanistan erlebte, sagte: *„Die Amerikaner verhalten sich so, wie wenn überall, wo sie sind, Amerika sei. Das Verständnis für andere Sitten und Kulturen fehlt.“*

***Unsere Lösung heißt in der Außenpolitik „friedliche Koexistenz der Kulturen“, in der Binnenpolitik „ja zur Leitkultur und zur Nation“.***

Damit stellt sich die Frage: Wie ist das alles für ein geeintes Europa rechtlich, vor allem verfassungsrechtlich umzusetzen? Wie sind eine Verfassung und ihre Institutionen im vereinten Europa auszugestalten, damit diese Körperschaft, d.h. der Staatenbund, zeitgemäß und stabil ist? Diese Fragen beschäftigen uns bei der operativen Umsetzung, im „Staatenbund Europa“, Teil 2.

---

<sup>302</sup> Zitiert nach Harro von Senger, Die Kunst der List, Strategeme durchschauen und anwenden, München 2001, S. 77.– das Stratagama (auch Strategem, Stratagem und Strategema) = Kriegslist (Die 36 Stratagama sind heute in China allgemein bekannte „Lebens- und Überlebenslisten aus drei Jahrtausenden“.)

<sup>303</sup> Schlesinger, Spaltung, a.a.O., S. 30

## 2.4 Strategische Ziele für die Weltpolitik

### 2.4.1 Friedliche Koexistenz der Kulturen

*Die Lagebeurteilung, dass neue Mächte die Weltpolitik bestimmen, führt geradewegs zur Frage: Wie kann Europa dem überlebenswichtigen Zweck „Weltfrieden“ dienen?*

*Es muss zu allererst ein ernstzunehmender Mitspieler werden, wenn die USA, China, Indien, Russland u.a. am Tisch sitzen und Weltpolitik machen. Dabei geht es nicht nur um Wirtschaft, sondern auch um politische Macht und militärische Sicherheit, um Weltklima, Grenzen u.a.*

*Die Welt im 21. Jahrhundert gleicht machtpolitisch mehr der Welt vor dem 30-jährigen und vor dem I. Weltkrieg als der Welt nach dem II. Weltkrieg (Ost-West-Konflikt). Solche Katastrophen gilt es zu verhindern.*

*Viele, nicht nur zwei Mächte stehen sich heute gegenüber. Wie kann da die „friedliche Koexistenz der Kulturen“ gelingen?*

Das Ende der europäischen Neuzeit, die Renaissance der außereuropäischen Kulturen und das Erscheinen neuer Mächte und Wirtschaftsblöcke muss Europas Selbstverständnis und Außenpolitik neu bestimmen.

Gute Gedanken hat dazu Henry Kissinger geliefert:

„Ich betrachte die Frage darum auch aus einer historischen Perspektive. Europa war während Jahrhunderten das Zentrum der politischen Kreativität. Fast alle großen Ideen, die unser Leben heute bestimmen, haben ihre intellektuellen Wurzeln in Europa. Das hat teilweise damit zu tun, dass sich die Europäer verantwortlich fühlten für diese fundamentalen Konzepte. Danach verursachte Europa zwei Katastrophen, verwickelte sich in mehrere Kriege und verausgabte seine Kräfte.

Wenn wir nun über die EU reden, stellt sich die Frage, ob wir über eine politische Entität [Größe] sprechen mit einer aktiven Strategie und klar definierten Zielen. Oder entwickelt sie sich zu einer Institution, die sich auf die Wohlfahrt ihrer Bevölkerung fokussiert und auf die Förderung gewisser Wissenschaftsbereiche, aber ohne Ambition auf Mitwirkung in globalen Fragen? Europa hat in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht enorme Leistungen erbracht, aber mit Blick auf seine historische und strategische Rolle scheint mir Europa noch ganz am Anfang der Entwicklung zu stehen.

Das wird in meinen Augen die zentrale Herausforderung sein für die kommenden Jahre.“<sup>304</sup>

Ähnlich hat sich Roman Herzog geäußert. Nach ihm ereignen sich derzeit gewaltige technisch-ökonomische sowie politisch-ideologische Umbrüche. Und er fragt: *„Kann sich die EU damit begnügen, die Exporte des europäischen Wirtschaftsraumes zu fördern ... oder hat sie die Chance, mit am Tisch zu sitzen, an dem sich China und die USA treffen...?“* – Als 51. Bundesstaat der USA geht das sicher nicht!

Klaus von Dohnanyi (SPD) warnt Europa:

„Ein Raunen über Krieg in Asien geht um die Welt; Vergleiche zu den Zeiten vor dem Ersten Weltkrieg werden gezogen. Die USA spielen dabei eine zentrale Rolle. Es ist unser nationales Interesse als Deutsche und als Europäer, hier, um der Sicherheit Europas willen, auf die gefährliche Politik der USA in Asien einen mäßigenden Einfluss zu nehmen und so weit wie möglich Europa aus den amerikanischen Konflikten herauszuhalten.“<sup>305</sup>

Was bedeutet nun **„friedliche Koexistenz“**? Es ist das friedliche Zusammenleben gegensätzlicher Staats- und Gesellschaftsordnungen. Der Begriff wurde ab 1955 von Nikita Chruschtschow geprägt und zur Grundlinie sowjetischer Außenpolitik. Aufgenommen und erweitert wurde der Grundsatz durch die Ostpolitik von Willi Brandt und Egon Bahr mit dem Prinzip „Wandel durch Annäherung“ (ab 1969). Dabei erfolgte die Annäherung, ohne der Gegenseite ihre Menschenrechtsverletzungen oder brutale Diktatur ständig vorzuwerfen. Anders hätte der Gesprächsfaden mit dem Ostblock, insbesondere der Sowjetunion nicht aufgenommen werden können. Das war sehr erfolgreich und führte zur Entspannung. Im Stillen, diplomatisch und ohne Sanktionen wurden dann oft politische Häftlinge freigekauft.

Dieser Politik folgten dann die USA gegenüber China. So hat auch Henry Kissinger 1972 unter Präsident Nixon den Gesprächsfaden mit Mao aufgegriffen und einfach die strittigen Fragen wie Taiwan und die Menschenrechte ausgeklammert. Heute stellt Henry Kissinger in einem Interview mit Neuen Zürcher Zeitung fest: *„Ich habe den Eindruck, die Biden-Administration habe verstanden, dass eine Konfrontation mit China weder im Interesse der beiden noch der Welt sein kann. Sie würde*

---

<sup>304</sup> NZZ, 20.05.2021, 05.30 Uhr – <https://www.nzz.ch/feuilleton/henry-kissinger-ueber-die-usa-china-und-die-zukunft-der-welt-ld.1625753?mktcid=sms&mktcval=E-mail> - Abruf 22.09.2024

<sup>305</sup> Dohnanyi, Nationale Interessen, a.a.O., S. 10

*einen Konflikt ohne Gewinner heraufbeschwören, der wie der Erste Weltkrieg mit der Erschöpfung beider Parteien enden würde.*<sup>306</sup>

Es geht um das friedliche Miteinander aller Welt-Kulturen (Europa, Islam, Sinomarxismus, Afrika, Lateinamerika). Dabei hat Samuel Huntington recht: „Es ist nicht möglich, eine Gesellschaft von einem Kulturkreis in einen anderen zu verschieben.“<sup>307</sup> Andere Kulturen ticken anders; und dies ist von außen nicht zu ändern. Im Gegenteil, es kommen historische Abwehr-Gefühle hoch, um eine geistige oder neokolonialistische Fremdherrschaft zu verhindern.<sup>308</sup>

Es gibt ohnehin keine absolute Wahrheit, wie Karl Popper richtig sagt. Es gibt auch keine beste Kultur (Hans Maier). Wie jeder Mensch, so muss auch jedes Volk seinen Weg in die Zukunft selbst finden dürfen. Macht über das Denken anderer Menschen widerspricht dem Bürgerstaat.

Nach dem Misserfolg in Afghanistan merkten das wie gesagt auch die Grünen: *„Mit Afghanistan endet ein Zeitalter. Es endet die Ära des humanitären Interventionismus. ... Militär wird nicht für Werte, sondern für Interessen eingesetzt.“* (Jürgen Trittin)<sup>309</sup>

Wenn wir die Lage in Afrika und im Nahen Osten im Sinne unserer strategischen Interessen auf den Prüfstand stellen, dann müssen wir **helfen statt angreifen**. Die Auslandseinsätze müssen anderer Art sein. Und wir brauchen ein **Friedensheer** mit Männern und Frauen von dort.<sup>310</sup> Das führt zum nächsten Ziel „Wohlstand für alle Länder“. Dabei sind für Europa unsere Nachbargebiete, d.h. der Mittelmeerraum und Afrika die größte Herausforderung und von besonderer Wichtigkeit, für die USA sind es Mittel- und Südamerika.

---

<sup>306</sup> NZZ Interview vom 20.05.2021, <https://www.nzz.ch/feuilleton/henry-kissinger-ueber-die-usa-china-und-die-zukunft-der-welt-ld.1625753?mktcid=sms&mktcval=E-mail>

<sup>307</sup> Zitiert nach Gabor Steingart, Weltbeben, Leben im Zeitalter der Überforderung, München 2016, S. 33:

Und Steingart meint: „Amerika versucht genau das mit steigendem Ingrim.“

<sup>308</sup> Viele bedenkenswerte Anregungen zu diesem Thema bietet Klaus von Dohnanyi (SPD) in seinem Buch: „Nationale Interessen – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche, München 2022 (in kurzer Folge 6. Aufl., Spiegel Bestseller)

<sup>309</sup> Jürgen Trittin (Grüne), Handelsblatt, 09.09.2021 (Gastkommentar)

<sup>310</sup> Näher und genauer unter: Bausteine BüSt, Bd.2, 5. Bundeswehr – Cyberwehr – Friedensheer:

[:https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/bausteine-des-buergerstaats/bausteine-des-buergerstaats-kapitel-5.pdf](https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/bausteine-des-buergerstaats/bausteine-des-buergerstaats-kapitel-5.pdf)

## 2.4.2 Wohlstand für alle Länder

*Aus der Lagebeurteilung ergibt sich, dass wir über die Folgen der ökologischen und der kulturellen Umweltzerstörung nachdenken müssen (1.1.1 und 1.1.2). Wir brauchen die Strategie „Wohlstand für alle Länder“. Dazu gehört die Hoffnung, dass Wohlstand das Wachstum der Weltbevölkerung begrenzt. Nötig ist Wachstum in Qualität statt in Quantität. Das führt zu anderen Wirtschaftsmodellen.*

*Derzeit erleben wir den „Kampf um Geld“ (westliche Finanzkapitalisten) und den „Kampf um Wissen“ (chinesische Staatskapitalisten). Wenn wir tiefer schauen, dann sehen wir auch einen Kampf der Großmächte um Arbeit und Nahrung, um Wasser, Rohstoffe und Energie.<sup>311</sup>*

*Dabei steht alles unter dem Diktat der „Grenzen des Wachstums“ angesichts der Übervölkerung der Erde. Der Klimawandel ist mehr die Folge davon als die Ursache. Der Weg zur Wende wird lang und steinig sein. Hier sind strategische Zwischenziele zu erarbeiten.*

Nach den Grundsätzen der **Sozialen Volkswirtschaft** sind die Wurzeln des Wohlstands technisches Können und technologisches Wissen. Dazu kommt ein Wachstum in eine umweltverträgliche *Qualität* und nicht in klimaschädliche und Rohstoffe fressende *Quantität*.

Ein grundsätzlicher Abschied vom wirtschaftlichen Wachstum und vom technischen Fortschritt ist nicht möglich. Denn dann müssten wir alle Forschungen und Entwicklungen beenden, alle Hochschulen und Labore schließen. Jede neue Maschine erzeugt i.d.R. mehr und billigere Waren. Wir müssen jedoch künftig nachhaltiger und haltbarer produzieren. Die vorindustrielle Welt kann Hinweise geben, denn auch sie lebte und arbeitete Jahrhunderte an den Grenzen des Wachstums.<sup>312</sup>

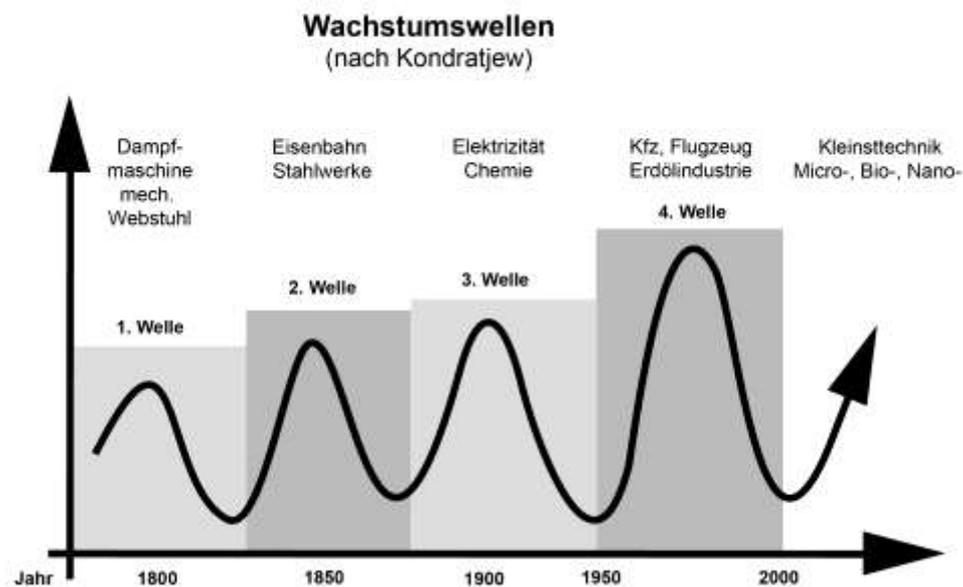
„Arbeit für alle“ verlangt sogar, die Wurzeln des Wohlstands gut zu pflegen und wachsen zu lassen. Unsere Erkenntnis heißt: **Wissen und Können** sind die Wurzeln des Wohlstands. Erfinder und Tüftler, zupackende Arbeiter, weitsichtige Unternehmer und Wirtschaftspolitiker

<sup>311</sup> G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme, Heidelberg 2018, <https://pfreundschuh-heidelberg.de/soziale-volkswirtschaft/kampf-der-wirtschaftssysteme-inhalt>

<sup>312</sup> G. Pfreundschuh, Ständeordnung als Verfassungstyp der deutschen Rechtsgeschichte, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte“ (Bd. 42, Heft 3, 1979, S. 632 ff.)  
<https://pfreundschuh-heidelberg.de/pfreundschuh-heidelberg/verfassungsgeschichte/StO.pdf>

öffnen das Tor zu Erfolg und Wohlstand. Händler und Banker allein schaffen es nicht.

Das veranschaulicht das folgende Schaubild mit den Kondratjew-Zyklen. Nikolai Kondratjew war ein russischer Wirtschaftswissenschaftler (1892 – 1938, hingerichtet unter Stalin).<sup>313</sup> Der herausragende österreichische Ökonom Joseph Schumpeter, hat die Zyklen bekannt gemacht und prägte ein Jahr nach Kondratjews Ermordung den Begriff der Kondratjew-Zyklen für diese langen Wellen.<sup>314</sup>



Wir sehen, wie im Lauf der Wirtschaftsgeschichte seit Beginn der Industrialisierung (Erfindung der Dampfmaschine 1769) technische Erfindungen und Neuerungen das Wachstum antrieben. Stets ist damit ein Anstieg der Beschäftigung verbunden. Geld für Investitionen dient dann dazu, Fabriken zu bauen, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitnehmer einzustellen. Nach einiger Zeit, wenn der Höhepunkt erreicht ist, beginnt die Rationalisierung. Arbeitskräfte sparende Maschinen werden erfunden, die weniger Arbeiter benötigen, aber mehr und schneller produzieren (z.B. mechanischer Webstuhl). Der Arbeitsmarkt schrumpft, bis es zu neuen Basisinnovationen (z.B.

<sup>313</sup> Kurzdarstellung: Lisa Nienhaus, Der Herr der Zyklen, Serie ‚Die Weltverbesserer‘, FAZ 25.09.2013  
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/die-weltverbesserer/nikolaj-kondratjew-der-herr-der-zyklen-12584829-p2.html> Abruf 22.09.2024

<sup>314</sup> Sie wurden Konjunkturwellen genannt. Heute wird die konjunkturelle von der strukturellen Arbeitslosigkeit unterschieden. Die Kondratjew-Zyklen zeigen tiefgreifende strukturelle Änderungen durch Basisinnovationen. Sie erklären die strukturelle Arbeitslosigkeit.

Eisenbahn, Eisen- und Stahlindustrie) kommt. Dann erfolgt ein neuer Investitionsschub mit neuen Erzeugnissen und Arbeitsplätzen.

Für das langfristige Überleben bei angemessenem Wohlstand ist daher erforderlich, dass diese Begabungen und Tugenden nicht erlahmen.<sup>315</sup> Denn hier stehen wir vor einer Falle: Eine **Techniklücke** führt zu Arbeitslosigkeit. Einen richtigen Ansatz finden wir bei dem gar nicht so bekannten Wirtschaftswissenschaftler Hanns-Joachim Rüstow.<sup>316</sup> Seine Kernaussage ist vereinfacht ausgedrückt: „Es gibt zwei Arten von Erfindungen und daraus folgenden Investitionen. (1.) Es werden ständig neue Maschinen erfunden, die Arbeitskräfte einsparen. Diese *Rationalisierungsinvestitionen* können nur ausgeglichen werden, wenn (2.) im gleichen Umfang durch *Erweiterungsinvestitionen* neue Arbeitsplätze aufgrund von Basisinnovationen geschaffen werden.

**Gesättigte Märkte** rationalisieren und bauen Arbeitskräfte ab. Da helfen auch nicht die Theorien von *Angebot* (Geldpolitik mit niedrigen Zinsen) oder *Nachfrage* (Fiskalpolitik mit Staatsverschuldung).<sup>317</sup> Wenn die Leute alles haben, was sie brauchen, dann kaufen sie nicht mehr. Es ist nicht nachhaltig, wenn dann der Kreislauf durch schlechte Qualität, Verschleiß und Verschwendung in Gang gehalten wird. Das ist unzeitgemäß, weil es die Umwelt zerstört und begrenzte Rohstoffe verschwendet. Basisinnovationen bringen Erweiterungsinvestitionen mit neuen Arbeitsplätzen. Die Aufgabe heißt heute umweltverträgliches Wachstum! Hier könnte die Kleinsttechnik mit Micro, Bio und Nano weiterhelfen.

Entscheidend für den Weltfrieden wird sein, dass alle Länder Zugang zu den jeweiligen Wachstumstechniken bekommen. Denken wir hier an den Denkansatz von Deng, dem Vater des chinesischen Wirtschaftswunders: „*Der Hauptwiderspruch in der chinesischen Gesellschaft ist der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen*

---

<sup>315</sup> Eine entsprechende Reform unseres Schul- und Bildungssystems ist dazu ein weiteres großes Aufgabenfeld. <https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/bausteine-des-buergerstaats/bausteine-des-buergerstaats-kapitel-3.pdf>

<sup>316</sup> Nicht zu verwechseln mit Alexander Rüstow, dem bekannten Ordoliberalen.

Hanns-Joachim Rüstow, Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Unternehmergewins, Eine Differentialgewinn-Theorie, in: Der Mensch im sozioökonomischen Prozess, Festschrift für Wilfried Schreiber, hgg. v. Franz Greiß u.a., Berlin 1969, S. 165 ff

<sup>317</sup> Vgl. G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme, a.a.O., 2.1 Klassiker und Keynesianer in der Krise

*Produktion.*“ Das strategische Ziel ist also, die Armut weltweit durch umweltverträglichen technischen Fortschritt zu beseitigen.

Genau das fehlt heute Afrika und dem Orient. Wie diese Techniklücke und die ihr folgende Armut und Arbeitslosigkeit beseitigt werden können, ist an anderer Stelle dargestellt und gehört zur operativen Umsetzung.<sup>318</sup>

Hier nur so viel: Die Ausbildung der Afrikaner u.a. durch Friedensheere und die genossenschaftliche Entwicklung der örtlichen Volkswirtschaften sind ein operativer Ansatz. Dabei müssen Wissen und Können, Geld und Investitionen bei den Arbeitnehmern und den Unternehmern ankommen. Hilfgelder für Regierungen und für öffentliche Haushalte (Budgethilfen) füttern die Mächtigen und Reichen, während das Volk weiter hungert. Dazu sagt der Kardinal Fridolin Ambongo Besungu, Erzbischof von Kinshasa: *„Die an die Macht gekommen sind, ob durch Staatsstreich oder demokratische Wahl, verhalten sich am Ende fast alle gleich. Sie sind wie Raubtiere und kümmern sich nur um ihre eigene Zukunft und die Interessen ihrer Familie.“*<sup>319</sup>

Diese Erkenntnisse sind von erfahrenen Afrikakennern treffend im „Bonner Aufruf“ (2008) und „Kölner Memorandum“ (2017) dargestellt.<sup>320</sup>

### 2.4.3 Lösung der Grenzfragen

*Grenzen sichern den äußeren und den inneren Frieden.*

*„Wir müssen über die Frieden stiftende Funktion von Grenzen nachdenken.“ (Antje Vollmer) Wer Gebietsansprüche stellt, Vorherrschaft und weitreichende Einflusszonen beansprucht, sät Unfrieden. Sicherheit verlangt außerdem die überzeugende Fähigkeit zur Verteidigung. Andernfalls kommt es zu Eroberungsgelüsten der neuen Welt-Mächte.*

Antje Vollmer empfahl wie gesagt über die **Frieden stiftende Funktion von Grenzen** nachzudenken. Die EU grenzt im Osten an Russland und

<sup>318</sup> G. Pfreundschuh, Wohlstand für alle – auch für Afrika, Heidelberg 2020: <https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/soziale-volkswirtschaft/wohlstand-fuer-alle.pdf> und <https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/bausteine-des-buergerstaats/bausteine-des-buergerstaats-kapitel-5-6.pdf>

<sup>319</sup> <http://www.bonner-aufruf.eu/>

<sup>320</sup> [https://www.bonner-aufruf.eu/pdf/Bonner\\_Memorandum.pdf](https://www.bonner-aufruf.eu/pdf/Bonner_Memorandum.pdf)

im Süden an die islamische Welt. Gehören nun die Türkei, die Ukraine, Weißrussland oder gar Russland mit Blick auf ein langfristig sicheres und starkes vereintes Europa (EU) dazu?

Atatürk wollte die **Türkei** zu einem modernen, westlichen Staat machen. Doch die Renaissance der außereuropäischen Kulturen und der Aufstieg des politischen Islam haben diese Entwicklung beendet. Die Türkei kann dabei als Brücke zum Orient und den Turkvölkern wichtige Aufgaben übernehmen, die ihr als Teil eines Staatenbunds Europa nicht möglich wären. So orientiert sich auch Erdogan mehr an der einstigen Größe des Osmanischen Reichs als an Europas traditionellen kulturellen Werten. Es würde zu unüberwindbaren Zielkonflikten führen, wenn die Scharia oder andere islamische Vorstellungen die strategischen und politischen Ziele Europas mitbestimmen sollten. Die Marxisten sprechen da von antagonistischen [tödlichen] Gegensätzen.

Die nächste Frage ist, ob die **Ukraine** Mitglied eines europäischen Staatenbunds werden sollte. Dazu ist zu sagen, dass wir derzeit leider keine strategisch und historisch denkenden Politiker haben, wie es Bismarck, Adenauer oder Helmut Schmidt u.a. waren.

Schauen wir auf Helmut Schmidt. Seine Welt- und Weitsicht überzeugte. Dabei war er mit drei ebenso herausragenden Politikern und Strategen, nämlich Henry Kissinger, George Shultz und Lee, eng befreundet und in ständigem Austausch.<sup>321</sup> Das beschreibt gut Matthias Nass im Buch „Helmut Schmidt Ein letzter Besuch, Begegnungen mit der Weltmacht China, Gespräch mit Lee Kuan Yew“.<sup>322</sup> Die „vier Freunde“ waren ein starkes Quartett, was die Beobachtung und Beurteilung der Weltlage betrifft. Auch zur Ukraine-Frage waren bzw. sind Kissinger und Helmut Schmidt mit überzeugenden Gründen einer Meinung.

Hören wir Kissinger, der schon 2014 in der „Washington Post“ erklärte:

„In der öffentlichen Diskussion über die Ukraine geht es nur um Konfrontation. Viel zu oft wird die ukrainische Frage als Showdown dargestellt: Ob sich die Ukraine dem Osten oder dem Westen anschließt. Doch wenn die Ukraine überleben und gedeihen soll, darf sie nicht der Vorposten der einen Seite gegen die andere sein – sie sollte als Brücke zwischen beiden Seiten fungieren. ...“

---

<sup>321</sup> Henry Kissinger und George Shultz langjährige US-Außenminister, Lee Kuan Yew Ministerpräsident Singapurs

<sup>322</sup> München 2013

Der Westen muss verstehen, dass die Ukraine für Russland niemals nur ein fremdes Land sein kann. Die russische Geschichte begann in der sogenannten Kiewer Rus. Von dort aus verbreitete sich die russische Religion. Die Ukraine ist seit Jahrhunderten Teil Russlands und die Geschichte der beiden Länder war schon vorher miteinander verflochten.<sup>323</sup>

Kissinger empfiehlt eine Friedensstrategie. Eine kluge US-Politik sollte nach ihm eine Versöhnung anstreben, auch zwischen der Ukraine und ihrem großen Nachbarn Russland. Leider war das nie der Fall.

Kissinger verteidigt das Recht der Ukrainer auf ihre eigene staatliche Souveränität; doch: „Die Ukraine sollte nicht der Nato beitreten.“ Dem ist zuzustimmen und zu ergänzen: Sie sollte auch nicht der EU beitreten.

Bei einer persönlichen Begegnung fragte ich einen US-General, was die USA täten, wenn Kanada in den Warschauer Pakt oder eine Folgeorganisation eintreten wollte. „Oh, das ginge nicht!“, meinte er.

Russland, das dritte Rom nach Konstantinopel, gehört zwar zu Europa, die Russen sind Europäer, aber das Riesenreich ging stets wie Byzanz einen eigenen, deutlich anderen Weg. Es fühlte sich als eigenständige Großmacht. Das ist zu respektieren. Die EU muss ihre Grenzen kennen!

Russland ist auch viel zu groß, um Mitglied der EU zu werden. Es grenzt im Westen an Finnland und im Osten an Japan. Es würde alle übertrumpfen, die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit überfordern. Auch die Ukrainer und Weißrussen sind Europäer, aber keine Anwärter für den EU-Beitritt. Denn das würde den Frieden mit Russland unmöglich machen, mit dem sie historisch und kulturell eng verbunden sind. Genau das ist bei einer Strategie und ihrer operativen Umsetzung zu bedenken.

Auch Altkanzler Helmut Schmitt kritisierte 2014 die Absicht, die Ukraine in die EU aufzunehmen, als absolut unverantwortlich. Dadurch ähnele die weltpolitische Lage jener kurz vor dem Ersten Weltkrieg. Der außenpolitische Konflikt mit Russland und die innenpolitische Krise in der Ukraine waren abzusehen. „Das ist Größenwahn, wir haben dort nichts zu suchen.“ Schmidt verlangte von der Kommission mehr außenpolitische Zurückhaltung.

---

<sup>323</sup> Washington Post, 06.03.2014 zitiert nach Gabor Steingart, Morning Briefing vom 09.03.2022 <https://news.gaborsteingart.com/online.php?u=Q5iNwbj25589>

„Beamte und Bürokraten“ stellten die Ukraine „vor die scheinbare Wahl“, sich zwischen Ost und West zu entscheiden. Auch andere aktive und ehemalige SPD-Politiker stellten damals fest, die EU habe die Spannungen in der Ukraine-Krise mitverursacht. Die EU habe de facto Beitrittsverhandlungen geführt. Es habe sich gezeigt, dass „das auf Dauer nicht gut gehen konnte“ (Niels Annen, SPD-Außenpolitiker).<sup>324</sup> Ähnlich äußerten sich die ehem. Außenminister Genscher, Henry Kissinger sowie Gorbatschow.<sup>325</sup> Nur Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat damals die Kritik an der EU entschieden zurückgewiesen.<sup>326</sup>

Kissinger sah in einem ukrainischen Nato-Beitritt die Schaffung einer „institutionellen Feindschaft gegenüber Russland“, was in Anerkennung der Geschichte und der geographischen Nähe unbedingt zu vermeiden sei. Schon 2014 warnte er. Wenn es zu keiner Lösung zwischen der Ukraine und Russland komme, werde sich „das Abdriften in Richtung Konfrontation beschleunigen“. Genau so kam es. Dagegen sollte unser Ziel eine freie, friedliche und neutrale Ukraine sein. – Das bedeutet für die Grenzen eines vereinten Europas, die EU ist – wie Bismarck für Deutschland feststellte – saturiert, die heutigen Grenzen sollten nicht überschritten werden.

Wie soll Europa nun mit Grenzfragen bei anderen Kulturkreisen oder den außereuropäischen Machtblöcken umgehen? Die Charta der Vereinten Nationen von 1949 ist da gar nicht so schlecht.

Doch das **Selbstbestimmungsrecht** der Völker (Art. 1) und die **Sicherheit der Grenzen** (Art. 2) können miteinander in Konflikt geraten.

Der Art. 1, Ziff. 2 der *Charta der Vereinten Nationen* nennt das Selbstbestimmungsrecht der Völker einen der obersten Grundsätze für den Weltfrieden.<sup>327</sup> Nur Volksabstimmungen können den Gordischen Knoten durchschlagen. Ziel sind Staatsgebiete und Staatsvölker mit eigener Friedens-, Rechts- und Verfassungsordnung. Neue Grenzen bringen Befreiung für die Völker, Machtverluste für die Herrschenden.

---

<sup>324</sup> Handelsblatt, 24. 03. 2015 – Außerdem leben in der Ostukraine Russen, die nicht in die EU wollen. Das führte zur Spaltung des Landes.

<sup>325</sup> Stern vom 09.11.2014: <http://www.stern.de/politik/ausland/ukraine-konflikt--gorbatschow--genscher-und-kissinger-warnen-vor-kaltem-krieg-3255718.html> (sehr lesenswert) – Abruf 22.09.2024

<sup>326</sup> Die Zeit – online am 16.05.2014

<sup>327</sup> Digitaler Zugang: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/un-charta.html> - Abruf 22.09..2024

Art. 2, Ziff. 4 bestimmt: „*Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.*“

Das *Selbstbestimmungsrecht der Völker* in Art. 1 und die *Unverletzlichkeit der Grenzen* in Art. 2 schließen sich gegenseitig aus. Denn durch jede Selbstbestimmung müssen Grenzen geändert werden. Starke Mächte suchen sich dann heraus, welchen Grundsatz sie jeweils einsetzen wollen. Beide Grundsätze können sich widersprechen. Denn die Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts muss die Grenzen ändern. Die Lösung könnte der Vorrang der Selbstbestimmung sein. Dagegen wehren sich meist die Herrscher, weil ihr Machtbereich dann schrumpft.

Und welche Macht der Welt kann China zwingen, den Tibetern oder Uiguren die Selbstbestimmung und damit die Unabhängigkeit zu gewähren? Für das heutige China ist die „**territoriale Integrität** ohne Kompromisse“ eines der obersten Ziele.<sup>328</sup> Wer diese Linie überschreitet, etwa Taiwan als Staat und nicht als Teil Chinas sieht, der überschreitet eine rote Linie und muss mit allen möglichen und denkbaren Antworten der Volksrepublik China rechnen. Der chinesische Staatspräsident äußerte eine deutliche Warnung Richtung USA: „*Vom Territorium, das uns unsere Vorfahren hinterlassen haben, werden wir kein Stück verloren geben.*“<sup>329</sup> Das widerspricht auch radikal einer grenzenlosen Welt ohne Staaten und Staatsgebiete.

Mit dem Selbstbestimmungsrecht ist es wie mit der Demokratie; die Mehrheit der Herrscher dieser Welt will beides nicht. Dabei ist das Selbstbestimmungsrecht ein urdemokratischer Grundsatz, weil das Volk und nicht irgendwelche Machthaber bestimmen, wer zusammen einen Staat bilden darf. Welt-Politik ist aber auch die Kunst des Machbaren. Denn der Weltfriede hat auch hier Vorrang.

Dazu sagt Klaus von Dohnanyi richtig: „Die USA müssen davon abkommen, Demokratie militärisch durchzusetzen“<sup>330</sup> Und das gilt auch

---

<sup>328</sup> Nikolaus Scholik, Die Auseinandersetzung um die globale Führung – China und die USA in der Falle des Thukydides? in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ), 05/2018, S. 615 ff

<sup>329</sup> Nikolaus Scholik, Die Auseinandersetzung , a.a.O., ÖMZ 05/2018, S. 683

<sup>330</sup> RNZ, 15.06.2022

für Europa, wenn unser oberstes Ziel der Friede ist. Deshalb heißt unser Grundsatz *friedliche Koexistenz der Kulturen* statt Kreuzzüge oder Missionierung der Menschheit.

## 2.4.4 Äußere Sicherheit und Verteidigung

*Helpen statt angreifen*

*Das strategische Ziel eines langfristigen Überlebens Europas in Frieden und Freiheit bei angemessenem Wohlstand benötigt die Fähigkeit zur Verteidigung. Nur das garantiert dauerhaft die äußere Sicherheit.*

*„Wenn sich alle nur verteidigen wollen, kann es keine Kriege geben.“ (Clausewitz). Dazu muss Europa keine Gebietsansprüche stellen, d.h. seine Grenzen (aner)kennen. Außerdem darf es anderen Kulturen weder seine Werte noch seine Wahrheiten aufzwingen wollen.*

*Es muss aber stark genug sein, dass andere ihm weder seine Freiheit noch seinen Wohlstand nehmen können. Doch dieses Ziel lässt sich nur erreichen, wenn auch die Nachbarn uns weder militärisch überlegen sind noch wirtschaftlich so arm, dass sie uns überrennen wollen bzw. müssen. Das führt zum strategischen Ansatz: „Helpen statt angreifen“*

Warum wird es auf absehbare Zeit auch im 21. Jahrhundert Kriege geben? Dazu erkannte Bismarck richtig: *„Denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege, der Krieg wird durch Minoritäten oder in absoluten Staaten durch Beherrscher oder Kabinette entzündet.“<sup>331</sup>*

Es sind die Herrscher und Kabinette, die nach Machterweiterung und Vorherrschaft Ausschau halten. Für sie ist **Politik gleich Macht** und Machtausübung. Das ist die Sicht von oben auf das Gemeinwesen. Und Macht besitzen nur die Mächtigen. Wir fordern: *Vernunft statt Macht!* Vernunft zur Verwirklichung des „gemeinen Besten“, des Gemeinwohls.

Macht macht süchtig. Michael Voslensky hat es im Buch „Nomenklatura, die herrschende Klasse der Sowjetunion“, gut beschrieben:

---

<sup>331</sup> Im Reichstag am 09.02.1876; Quelle: Horst Kohl (Hg.), Bismarckreden 1847 – 1895, Stuttgart 1915, S. 173

„IV. 2. Das wichtigste für die Nomenklatura ist die Macht“ „Nach seinem Sturz sagte Chruscev, daß man von allem genug haben könne: vom Essen, von den Frauen, sogar vom Wodka – nur mit der Macht sei es so eine Sache, je mehr man davon habe, desto mehr wolle man. Djilas, der selbst in diesen Sphären geweltet hatte, nannte die Macht „den Genuß aller Genüsse.“<sup>332</sup>

Das ist der Trieb zur Versklavung von Menschen, den die Menschheit überwinden sollte. Wie der Krieg, so kann auch die Macht nur ein Mittel, nie ein strategisches Ziel sein.

Leider begegnen wir den Machtgelüsten der Herrschenden nicht nur in Diktaturen, sondern auch in großen Demokratien und in Parteienstaaten. Sie verschleiern das meist durch Moral. Sie wollen ja nur das Beste für die Menschen und die Menschheit. Europa muss sich gegen die Machtgelüste seiner Feinde und (!) seiner Freunde verteidigen können.

Europa muss eine Verteidigungsgemeinschaft werden. Das operative Ziel muss die **volle, eigenständige Verteidigungsfähigkeit** sein.

Das gilt, obwohl unsere Weltpolitik nicht auf Angreifen, sondern auf Helfen zielt. Anderen Ländern wie im Nahen Osten und in Afrika ist zu helfen, damit sie eigenverantwortlich und gemäß ihrer eigenen Kultur den notwendigen zeitgemäßen Wandel durchführen können. Ihre Kultur und ihre Nationen sollen auch langfristig überleben können. Damit ist unser Modell eine Weltordnung gemäß den Kulturkreisen, nicht ein neoliberales, westliches oder marxistisches Eine-Welt-Dorf. Wenn das verstanden und geglaubt wird, festigt es die äußere Sicherheit. Und Europa wird gegenüber Welteroberern und Machtstaaten im Vorteil sein.

---

<sup>332</sup> Michael Voslensky, Nomenklatura, Die herrschende Klasse der Sowjetunion, a.a.O., S.162

## 2.5 Strategische Ziele für die Binnenpolitik

### 2.5.1 Sicherung der Generationenfolge

*Geld und Gesetze allein genügen nicht!*

*Die Sicherung der Generationenfolge sichert das langfristige Überleben.*

*Dabei steht der Übervölkerung der Erde die Bevölkerungsschrumpfung Europas gegenüber. Soll sich Europa opfern und zum Aufnahme-Kontinent für den Bevölkerungsüberschuss anderer wie Afrika werden?*

*Dann wird Afrika nie auf die Beine kommen. Es wird ewig ein Armenhaus bleiben, das vor allem seinen Geburtenüberschuss exportiert. Auch hier gilt es langfristig und nachhaltig, kurz strategisch zu denken.*

*Die Drei-Kind-Familie ist ein richtiges Ziel, bei dem wieder einmal China vorbildlich ist; gerade was das strategische Denken betrifft.*

*Die Umsetzung obliegt aber den europäischen Nationalstaaten und den Kommunen zusammen mit den verantwortungsbewussten Bürgern. Hier geht es um Überzeugen und Helfen.*

*Familienpolitik muss sich von unten nach oben aufbauen. Dabei gibt es Praxisbeispiele (Tessin, Frankreich, DDR), die gute Ansätze und Erfolg versprechende Wege aufzeigen.*

Wir erinnern uns an Antje Vollmer, Helmut Schmitt und Roman Herzog. Sie alle sahen die *Sicherung der Generationenfolge* als Grundaufgabe jedes Staats und Voraussetzung für das Überleben Europas.<sup>333</sup>

Das Politikversagen wurde hier schon lange erkannt. Das Standard- und Grundlagenwerk zum Steuerrecht, der „Tipke/Lang“, beklagte in den 1980er Jahren, dass der steuerrechtliche Kinderfreibetrag „bei weitem noch nicht die verfassungsrechtlich gebotene Höhe des Unterhaltsbezugs“ erreicht. Wörtlich hieß es dort:

„Die Forderung der Wissenschaft nach realitätsgerechter Berücksichtigung des Kinderunterhalts wird in den Wind geschlagen, während man den Büttnerednern willfährig ist. Selbst unter Addition von Kindergeld und anderen konkreten Sozialleistungen erreicht der Kinderfreibetrag nicht den Sozialhilfesatz. ... Die unzureichende Berücksichtigung der Unterhaltslasten für Kinder wirkt sich offensichtlich auch auf die Geburtenrate und damit auf die

<sup>333</sup> Vgl. oben „2. Die Strategie“.

künftige Alterssicherung aus. Seit 1974 hat die Bundesrepublik Deutschland die niedrigste Geburtenrate der Welt. Sie liegt um ein Drittel niedriger, als zur gleichbleibenden Sicherung der Bevölkerungszahl notwendig ist.“<sup>334</sup>

Doch Geld und Gesetze reichen nicht. Wir brauchen wirksame Familienhilfen und ein Bildungssystem, welches die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Diese Aufgabe müssen vor allem die europäischen Nationalstaaten und ihre kommunalen Selbstverwaltungen bewältigen. Der Staatenbund kann dies nicht. Die Kitas und Schulen, sogar das Friedensheer sind hier gefordert. Das ist genauer im Band 2 „Bausteine des Bürgerstaats“ beschrieben.

Dort wird auch gezeigt, wie Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene bei Kitas und Schulen gelingen kann (z.B. bürgerschaftlicher Kindergarten, Bürgerschulen).

Doch damit kommen wir zu einer **neuen Arbeitsweise** für die europäische Ebene. Sie sollte nicht immer mit Befehlen, Gesetzen und Verordnungen eingreifen: *Überzeugen statt befehlen!* Wir brauchen europäische Plattformen und genossenschaftliche Einrichtungen, die den Erfahrungsaustausch organisieren, beste Praxisbeispiele vorstellen und nationalstaatliche Zusammenarbeit ermöglichen. Finnland ist ein gutes Beispiel; es zeigt, wie es auf europäischer Ebene funktionieren könnte. Es ist doch einfach nicht zu glauben, das Finnland seit Jahren so viel bessere Pisa-Ergebnisse hat als Deutschland u.a.; und zwar vor allem, weil die Schulen ihre Erfahrungen austauschen und vergleichen.<sup>335</sup>

Das ist auch mehr als die Umverteilung von Geld. Es geht um Wissen, Handeln und Können. Das wäre eine erste Aufgabe für eine europäische Öffentlichkeit.

Von nationalstaatlicher Seite könnten etwa eingerichtete Strategiestäbe zusammenarbeiten, wie sie bei den „Bausteinen des Bürgerstaats“ unter „6.3 Strategiestab des Präsidenten“ vorgestellt werden. Die Arbeit der Nato-Stäbe könnte Vorbild sein. Ein weiterer, nicht zentralstaatlich-europäischer, sondern regionaler Ansatz bieten die Raumordnung und Regionalplanung. Familien und vor allem Kinder brauchen Natur und Auslauf. Megastädte, in denen bald die Hälfte der Menschheit leben soll,

---

<sup>334</sup> Klaus Tipke und Joachim Lang, Steuerrecht, ein systematischer Grundriss, Köln 1989, S. 375 f

<sup>335</sup> Bausteine BÜSt, Bd. 2, Kapitel: 3. Vom Schulhaus zum Haus für Familien

sind kinder- und familienfeindlich. Das führt zum raumplanerischen Grundsatz „*Entflechten statt Verdichten*“.

Gerade hier gilt: **Empfehlen statt befehlen**. Denn nicht in Brüssel, auch nicht in Berlin kann so etwas entschieden und gestaltet werden, sondern in den Bundesländern, Regionen und Kommunen. Doch Anregungen und gelungene Erfolg sind durch Brüssel bekannt zu machen. Es gibt sie gerade in kleinen Ländern wie Schweiz, Niederlande, Dänemark. Dort ist vieles überschaubarer, die Bürger sind unmittelbarer beteiligt. Dort lebt der Bürgerstaat, ein EU-Zentralstaat darf dem nicht die Luft abstellen.

Dazu wurden einige Beispiele und Vorschläge im Band II „Bausteine des Bürgerstaats“ vorgestellt – von den seit 150 Jahre erfolgreichen Ganztagskindergärten und Ganztagschulen im Tessin bis zu neuen „Häusern für Familien“.<sup>336</sup> Hier geht es jetzt nicht um Einzelheiten, sondern um das Grundsätzliche, um die Strategie.

Roman Herzog empfiehlt, die „verstärkte Zusammenarbeit“ zwischen einzelnen, willigen EU-Staaten zuzulassen. Derzeit ist dafür ein Beschluss vom Rat (einstimmig), Parlament und Kommission nötig (Art. 329, letzter Satz AVEU). Das Veto eines der 27 Länder kann die Zusammenarbeit von Willigen verhindern!

---

<sup>336</sup> G. Bausteine BÜSt, Bd. 2, Kapitel: „3. Vom Schulhaus zum „Haus für Familien“

## 2.5.2 Europas Vielfalt bewahren

*„Der Edle harmonisiert, aber er macht nicht alles gleich; der Gewöhnliche macht alles gleich, aber er harmonisiert nicht.“ Konfuzius (551 - 479 v. Chr.)*

*Alle neuzeitlichen Diktaturen betreiben in ihrem Herrschaftsbereich die große „Gleichschaltung“, die geradewegs in die Unfreiheit führt.<sup>337</sup> Denn Freiheit ist vor allem auch Selbstbestimmung und Selbstordnung. Und der Bürgerstaat ist die „höchste Form der Selbstordnung der Bürger“ und unterscheidet sich dadurch vom Obrigkeitsstaat mit Herrschaftsklassen.*

*Europas innerer Friede braucht Sicherheit und ein harmonisches Miteinander. In Europa verlangt das die Bewahrung der europäischen Kultur mit ihrer Vielfalt von Nationen und Sprachen. Das führt dann zur ersten Verfassungsfrage: Zentralstaat, Bundesstaat oder Staatenbund? Wo ist Selbstorganisation in Frieden und Freiheit am besten möglich?*

*Richtige, bürgerstaatliche und demokratische Ansätze finden wir in den geltenden EU-Verträgen. Doch die Zentralisten in der Kommission, im EuGH und in den südeuropäischen, traditionell zentralistischen Staaten setzen sie einfach außer Kraft, richten sich nicht danach. (vgl. 1.2.2 EU-Vertragsrecht gegen EU-Wirklichkeit)*

Damit ist die nächste **strategische Frage**: Soll Europa seine Vielfalt von Sprachen und Nationen erhalten, ja verteidigen? Oder wollen wir einen *Zentralstaat Europa* mit Englisch als Amts- und Verkehrssprache? Einen Überstaat, der alles von oben bestimmt und vorschreibt?

Klaus von Dohnanyi (SPD) erklärt gut, dass **Selbstbestimmung** das Fundament jeder Demokratie ist. Und er kommt zum Schluss, dass dies auch für die europäischen Nationen gilt. Nationale Selbstbestimmung ist in erster Linie demokratisch, nicht nationalistisch. *„Auch unser Zusammenschluss von souveränen Nationen in Europa ist zugleich eine Beschneidung demokratischer Substanz. Hier liegt die zentrale Problematik jeder Politik europäischer Einigung.“<sup>338</sup>*

Eine Ebene darunter, innerhalb der Nationalstaaten, tritt diese Demokratie- und Freiheitsfrage wieder auf: Wieviel Selbstbestimmung

<sup>337</sup> Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 4.5 Neuzeitliche Diktaturen

<sup>338</sup> Dohnanyi, a.a.O., S. 133 f

oder Selbstgestaltung haben die Bundesländer? Wie umfangreich ist die Selbstverwaltung der Kreise und Gemeinden ausgestaltet? Was bleibt schließlich den Bürgern an Privatautonomie, Selbstbestimmung und Teilhabe? Geht alle Staatsgewalt wirklich vom Volk aus oder ist sie die souveräne Gewalt der Bürokraten und obersten Parteipolitiker?

Der Gegensatz ist alt. In der europäischen Verfassungsgeschichte geht er zurück auf die unterschiedliche **Entstehung der Staaten** und ihr **Staatsverständnis** am Beginn der europäischen Neuzeit. Beispielhaft können wir den Franzosen Jean Bodin (1530 - 1596) und den Deutschen Johannes Althusius (1557 - 1638) einander gegenüberstellen.

Das vormoderne Europa vor 1500 war auch in den Königreichen ständisch, d.h. durch eigenständige Körperschaften von unten nach oben aufgebaut. Jacob Burckhardt hat in seinem dreibändigen Werk „Richelieu“ in klassischer Weise dargestellt, wie in langen Kriegen in Frankreich diese oft kalvinistischen Städte und Körperschaften der Krone unterworfen wurden.<sup>339</sup> Kardinal Mazarin (1602 – 1661) und schließlich Napoleon setzten die Zentralisierung fort.

Die passende Theorie lieferte Jean Bodin (1530 – 1596). Im Mittelpunkt seines Werks steht die Souveränität, die unbeschränkte Alleinherrschaft des Monarchen. „*Souveränität ist die höchste Gewalt über Bürger und Untertanen, losgelöst von den Gesetzen.*“<sup>340</sup> Das bedeutete umfassende Macht im Innern und völlige Unabhängigkeit nach außen.

Dagegen ging für den Deutschen Johannes Althusius (auch Althaus) alle Herrschaft bzw. Souveränität ursprünglich vom Volk aus.<sup>341</sup> In einem Herrschaftsvertrag zwischen Volk und Herrscher werden so viele Rechte (iura) nach oben übertragen, wie zum „gemeinen Besten“ (Gemeinwohl) notwendig. Die Freiheit der Stände und Städte gilt es zu wahren. Um „iura et libertates“ geht es dabei stets. Auch für den bekannten und auch im angelsächsischen Raum sehr wirksamen Samuel Pufendorf (1632 – 1694) dient der „den Staat konstituierende Vertrag“ dazu, „um der Staatsgewalt rechtliche Schranken aufzuerlegen“.<sup>342</sup> Wir können es

---

<sup>339</sup> Carl Jacob Burckhardt, Richelieu, 3 Bd., München 1935 bis 1967

<sup>340</sup> Dietmar Willoweit, Deutsche Verfassungsgeschichte, München 2005, „I. Der Souveränitätsbegriff des Jean Bodin“, S. 195 ff

<sup>341</sup> Willoweit, a.a.O., S. 197 f.

<sup>342</sup> Willoweit, a.a.O., S. 201 f

verallgemeinern: Verfassungen sollen immer die Gewalt der Herrschaft begrenzen und die Mitwirkung der Untertanen oder Bürger ermöglichen.

Die ständische Privilegienordnung galt z.B. in Bayern in Teilen im ganzen 18. Jahrhundert. Der bayerische Staatsjurist und 30 Jahre lang bayerische Kanzler Wiguläus Xaver Alois Kreittmayr (1705 – 1790) wusste noch:

„Jeder Regent hat Macht und Gewalt über seine Untergebenen, jedoch nach dem Unterschied der Regimentsform einer mehr als der andere. In vielen Landen ist dieselbe durch besondere pacta und Fundamental-Gesetz beschränkt. Diese Limites darf der Regent ohne Bewilligung der Reichs- oder Lands-Ständen weder ex Capitate Utilitatis vel Necessitatis publicae überschreiten, weil seine Macht nicht so weit geht, und Salus vel Quies publica niemals in größerer Gefahr ist, als wann die allerersten Grundsäulen und Leges fundamentales, worauf das Staats-Systema beruhet, über den Haufen geworffen werden.“<sup>343</sup>

In Deutschland gelang nicht auf Reichsebene, sondern in den Territorialstaaten die Entwicklung von der Ständeordnung zum Staat. Einen Absolutismus und eine Souveränität im französischen Sinn gab es dabei nicht. Willoweit sagt zu Recht: „Der gedankliche Entwurf einer so grundstürzenden politischen Konzeption [Bodins Absolutismus] ist freilich eines, ihre Realisierung ein anderes. Daraus resultieren spezifische Probleme der [deutschen] Absolutismusforschung. ... Das Wort ist in Deutschland erst um 1830 aufgekommen.“<sup>344</sup>

Im deutschen Rechtsstaat gilt seit je die **vertikale Gewaltenteilung**.<sup>345</sup> Die EU und die EU-Südstaaten kennen sie im Grundsatz nicht. Sie sind von der Souveränitätslehre des französischen Absolutismus geprägt. Danach hatte der Monarch (Alleinherrscher) und sein absoluter Staat die Kompetenz-Kompetenz. Er konnte selbst bestimmen, wofür er zuständig ist. „Für alles!“ Ist auch die Antwort der EU-Bürokraten.

---

<sup>343</sup> Wiguläus Kreittmayr, Anmerkungen über den CMBC (= Codex Maximilianeus Bavaricus Civilis. Oder Neu Verbessert= und Ergänzt= Chur=Bayrisches Land=Recht), München 1758, I, c. 2, § 6 Nr. 5, S. 64; vgl. auch Wiguläus Kreittmayr, Grundriss des Allgemeinen Teutsch- und Bayerischen Staatsrechts, Frankfurt 1769, § 7 pacta = Verträge (beiderseits beschworene Privilegien; Reichs- und Landtagsabschiede usw.); limites = Grenzen; ex capite utilitatis vel necessitatis publicae = aus Gründen der allgemeinen (öffentlichen) Nützlichkeit oder Notwendigkeit; salus vel quies publicae = öffentliches Wohl und Ruhe (Ordnung); leges fundamentales = Grundgesetze (Verfassungsgrundsätze)

<sup>344</sup> Willoweit, a.a.O., S. 205

<sup>345</sup> Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 7.3.2 Die vertikale Gewaltenteilung – Reich bzw. Bund / Territorien bzw. Länder / Körperschaften (Korporationen) bzw. Gemeinden (Kommunen)

Dohnanyi zieht den Schluss: „*Je mehr wir in der Europäischen Gemeinschaft auf einen Zentralismus drängen, desto größer wird der Widerstand der europäischen Mitgliedsstaaten werden.*“ Er verweist auf den Brexit, den Abbruch der Vertragsverhandlungen durch die Schweiz. Hinzu kommt eine kräftige Unruhe in den „befreiten“ Ostblockstaaten, die sich keine neue Zentralkonzeption wünschen. Dohnanyis Lösung: „*Die EU ist ein Staatenbund und kein Bundesstaat.*“<sup>346</sup>

Im Grundsatz bieten die EU-Verträge den richtigen Ansatz. Bei der Lagebeurteilung wurde unter „*1.2.2 EU-Vertragsrecht gegen EU-Wirklichkeit*“ der Widerspruch zwischen dem *EU-Vertragsrecht* und der *EU-Wirklichkeit* dargestellt. Daraus und dem Willen der Bürger ergibt sich das strategische Ziel „**Sicherung der Freiheit und Bewahrung der Vielfalt der europäischen Nationen und Sprachen.**“

In einem demokratischen Rechtsstaat müssen sich Recht und Rechtswirklichkeit entsprechen. Nur in Diktaturen, autoritären Staaten<sup>347</sup> oder in korrupten Ländern verkünden die Verfassungen und die Gesetze eine „heile, schöne Welt“, von der die Bürger nichts erleben. Die Herrschenden machen es einfach anders. – Alle unsere Vorschläge für eine bürgerstaatliche Politik, Strategie und Führung sowie viele für einen Bürgerstaat notwendige Merkmale und Grundsätze kennt die EU nicht.<sup>348</sup>

Eine Verfassung für Europa muss zuerst genau festlegen, wofür Europa zuständig ist, alles andere geht es nichts an. *Denn jede Vorschrift von oben ist unten eine Freiheitberaubung.* Dabei ist die EU heute in den wirklich überlebenswichtigen Bereichen der Weltpolitik (z.B. äußere Sicherheit, Sicherung der Außengrenzen) oder Globalisierung (Abwehr von Chinas Staatskapitalismus oder des US-Finanzkapitalismus) untätig oder unzuständig.

Dazu wären weitblickende Strategen und keine detailversessenen Bürokraten nötig. Die Kommission, die EZB und der EuGH sind alles zentralistische und bürokratielastige Organe. Deren Reform ist eine zentrale Aufgabe bei der Neuerfindung Europas.

Schauen wir, wie die **Subsidiarität**, die Art. 5 EUV gewähren soll, in Staaten mit Volkssouveränität geregelt wurde und zu regeln ist. Das hat

---

<sup>346</sup> Dohnanyi, a.a.O., S. 135

<sup>347</sup> Vgl. DDR-Verfassung und DDR-Wirklichkeit.

<sup>348</sup> Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 5. Merkmale des Bürgerstaats

der bekannte Verfassungs- und Staatsrechtler Otto Kimminich gut herausgearbeitet und am bekannten Johannes Althusius gezeigt:

„Schon Johannes Althusius (1557 – 1638) hatte, unter Einfluß des calvinistischen Gemeindegedankens, die Auffassung vertreten, jeder Staat baue sich auf den darunterliegenden Verbänden auf. Auch die engeren Verbände seien originäre Gemeinwesen, die an die höheren Verbände nur so viel Herrschaftsmacht abgeben, wie dies zur Erreichung der Zwecke der höheren Verbände notwendig ist. Damit begründet Althusius moderne Prinzipien der Staatslehre wie die Subsidiarität und die Volkssouveränität.“<sup>349</sup>

Das Zitat erklärt anschaulich die Subsidiarität. Es bedarf aber einiger Anmerkungen. Althusius vertritt vorabsolutistisches Verfassungsdenken. Er spricht von Verbänden, wozu auch der Staat gehört. Ursprung dieser Ansichten ist nicht der Calvinismus, sondern älteres eidgenössisches Denken. Althusius vertritt „noch“ und nicht „schon“ diese Ansichten. Er wollte damit uralte Prinzipien bewahren, wodurch er zum Gegner des Absolutismus wurde. Ein Bürgerstaat oder Staatenbund ist das Gegenteil von Absolutismus und Diktatur; er baut sich von unten nach oben auf, wie z.B. die Schweiz. *Was unten funktioniert, geht die Oberen nichts an.*

Dieses strategische Ziel ist einfach und verständlich. Wieder wird die operative Umsetzung in einer Verfassung auf tausend Hindernisse, Vorbehalte stoßen und Gegenkräfte auf den Plan rufen. Doch das sind Fragen, die im Teil 2 „Die Verfassung“ zu klären sind.

Werfen wir noch einen Blick auf die **Volkssouveränität**. Ein Mittel zur Machtbegrenzung und zur Mitwirkung der Bürger sind neben klarer Gewaltenteilung vor allem **Volksabstimmungen**. Bei der Lage haben wir Ferdinand Kirchhof, ehem. Vizepräsident des BVerfG, zitiert.<sup>350</sup> An seine Ausführungen ist anzuknüpfen. Wir erleben eine umfassende Rechtsentstehung ohne demokratische und parlamentarische Willensbildung.<sup>351</sup> Der EuGH deckt dieses Vorgehen voll ab.

Nicht nur das Volk, auch die Volksvertreter der nationalen Parlamente sind damit ausgeschaltet. Ferdinand Kirchhof empfiehlt als Gegenmittel Volksabstimmungen über wesentliche Fragen wie EU-Erweiterungen, Vertragsänderungen oder das Eingehen monetärer Verpflichtungen.

---

<sup>349</sup> Otto Kimminich, Deutsche Verfassungsgeschichte, Baden-Baden 1987, S. 222

<sup>350</sup> Oben unter: „1.2.2 EU-Vertragsrecht gegen EU-Wirklichkeit“

<sup>351</sup> Hinter verschlossenen Türen wird in endlosen Nachsitzungen über das Schicksal von 500 Mio. EU-Bürgern entschieden.

Paul Kirchhof, der Bruder von Ferdinand Kirchhof, und weitere ehem. Verfassungsrichter haben die Außerkraftsetzung der Parlamente heftig kritisiert; gerade auch beim Budgetrecht, wonach das Parlament über die Einnahmen und Ausgaben entscheidet. Die Ereignisse hat Hans-Werner Sinn in seinem Buch *„Der schwarze Juni – Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster“* alarmierend für Europa und Deutschland genannt.<sup>352</sup>

Im „schwarzen Juni 2016“ stimmte (1) die Mehrheit der Briten für den EU-Austritt, den Brexit (23.06.2016), und (2) das BVerfG verkündete das „Schuldenüberwälzungsurteil“, sogenanntes OMT-Urteil (21.06.2016).<sup>353</sup>

Mit diesem „Schuldenüberwälzungsurteil“ wurde das „Königsrecht jeder Volksvertretung“ ausgehebelt, das Recht des Bundestages über den Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben, mit Steuern und Schulden zu entscheiden. Das trifft den Kern jeder Demokratie und des Rechtsstaats.

Nicht mehr die Volksvertretung und damit zumindest mittelbar das Volk als Träger der Staatsgewalt, sondern die EZB entscheidet über riesige Geld- und Haftungsmengen, die den deutschen Steuerzahler treffen. Altgediente Verfassungsrichter von Paul Kirchhof, Udo di Fabio bis Hans-Jürgen Papier appellierten an das höchste deutsche Gericht, nicht das *„Kronjuwel des Parlaments“* zu beseitigen und riefen: *„Hände weg vom Grundgesetz“*.<sup>354</sup> Art. 20 IV GG bestimmt: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Notfalls sei Deutschland zum Euro-Austritt verpflichtet. Denn es wird der Wesensgehalt des Art. 20 Grundgesetz angetastet: *„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“*

„Eine das Demokratieprinzip und das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag in seinem substanziellen Bestimmungsgehalt verletzende Übertragung des Budgetrechts des Bundestags läge vor, wenn die Festlegung über Art und Höhe der den Bürger treffenden Abgaben in wesentlichem Umfang supranationalisiert würde. Der Deutsche Bundestag muss dem Volk

---

<sup>352</sup> Hans-Werner Sinn, *Der schwarze Juni – Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – wie die Neugründung Europas gelingt*, Freiburg i. Br. 2016

<sup>353</sup> OMT = Outright Monetary Transactions = offene monetäre Transaktionen (Überwälzungen). BVerfG, Urteil vom 21.06.2016

<sup>354</sup> zitiert nach Hans-Werner Sinn, *Der schwarze Juni*, a.a.O., S. 162 ff mit Fundstellennachweisen in Fußnoten

gegenüber verantwortlich über die Summe der Belastungen der Bürger entscheiden. Entsprechendes gilt für wesentliche Ausgaben des Staates.“<sup>355</sup>

So hatte sogar das BVerfG selbst im Urteil vom 30.06.2009 entschieden. Doch mit Urteil vom 21.06.2016 hat das BVerfG diese Rechtsprechung aufgegeben. Ein schwarzer Tag! Erst ganz zum Schluss, 2020 wurden Voßkuhle und das BVerfG doch noch mutig. Wir lesen dazu:

„Einen Tag vor dem Ende seiner offiziellen Amtszeit als Präsident des Bundesverfassungsgerichts sprach Andreas Voßkuhle am Dienstag eines seiner weitreichendsten Urteile. „Erstmals in seiner Geschichte stellt das Bundesverfassungsgericht fest, dass Handlungen und Entscheidungen europäischer Organe offensichtlich nicht von der europäischen Kompetenzordnung gedeckt sind und daher in Deutschland keine Wirksamkeit entfalten können“, sagte er. Das Gericht entschied, dass die milliarden schweren Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) teilweise verfassungswidrig sind. ... Mit dem Urteil setzten sich die Karlsruher Richter über den Europäischen Gerichtshof hinweg, dem sie eine Kompetenzüberschreitung attestierten. ... Nach Einschätzung des CDU-Politikers Friedrich Merz offenbart dies ein tiefes Zerwürfnis.“<sup>356</sup>

Der Ausgang des EU-Verfassungskonflikts ist trotzdem nicht mehr offen. Die EU-Organe setzten sich über das BVerfG-Urteil hinweg. Die Anleihekäufe u.ä. liefen weiter. Die deutschen und andere europäische Politiker schwiegen. Europa steht am Scheideweg: Wird es ein zentralistisches Monster oder ein geordneter Staatenbund mit Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Volkssouveränität, kurz eine Demokratie oder eine totalitäre Machtbürokratie mit Kommissaren ohne demokratische Legitimation.<sup>357</sup> Dadurch würden auch die alten Werte *Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit* außer Kraft gesetzt.

Genau das wollen die Bürger in Europa nicht, nicht einmal die an den Zentralismus gewöhnten Franzosen, wie die Wahlerfolge dortiger rechter wie linker Populisten zeigen.

Dieses Europa der Nationen und der Vielfalt soll in Frieden und Freiheit bei angemessenem Wohlstand langfristig überleben. Wie **Frieden und Freiheit**, aber auch **Recht und Gerechtigkeit** sowie **Brüderlichkeit** im Bürgerstaat zeitgemäß zu verwirklichen sind, wurde im Band I „Der

---

<sup>355</sup> BVerfGE 2/08 Urteil vom 30.06.2009, zitiert nach H.-W. Sinn, Der schwarze Juni, a.a.O., S. 197

<sup>356</sup> Handelsblatt, 06.05.2020, Titelthema: „Karlsruhe bremst EZB“

<sup>357</sup> Der Ausdruck Kommissar ist treffend und verräterisch zugleich (vgl. „Kommissare“ in Diktaturen).

Bürgerstaat“ behandelt.<sup>358</sup> Es gilt, sowohl den eigensüchtigen Individualismus der Liberalen als auch den unfreien Kollektivismus der linken und rechten Sozialisten zu überwinden. Dabei rückt das strategische Ziel „Mittelstand für alle“ ins Blickfeld.<sup>359</sup>

Auf Grund der Weltlage (1.1.5 Kampf der Wirtschaftssysteme) ist es besonders dringlich, in Europa einem Mittelstand mit angemessenem Wohlstand zu erhalten bzw. flächendeckend zu entwickeln.

---

<sup>358</sup> Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 5.3 Gleichheit – Freiheit – Brüderlichkeit und 5.4 Recht und Gerechtigkeit

<sup>359</sup> Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 3.2 Mittelstand für alle

### 2.5.3 Vom „Wohlstand für alle“ zum „Mittelstand für alle“

*„Wohlstand für alle“ war Ludwig Erhards Leitspruch für die Soziale Marktwirtschaft, der bis heute oft zitiert wird.<sup>360</sup>*

*Der Bürgerstaat will mehr, nämlich „Mittelstad für alle“. Dabei geht es nicht nur um Geld und Güter, sondern auch um gesellschaftliche Gleichwertigkeit und allseitige Anerkennung.*

*Dazu brauchen wir eine überzeugende, abprüfbare Begriffsbestimmung von Mittelstand. Francis Fukuyama hat sie geliefert; und er hat in den USA festgestellt, dass die Mittelschicht massiv schmilzt.<sup>361</sup>*

*Hier muss Europa wirksam gegensteuern. Denn ein Bürgerstaat will kein Proletariat oder armes Prekariat;<sup>362</sup> und braucht keine Herrschaftseliten. Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus, es ist der Träger der Staatsgewalt und damit der Souverän.*

*Doch Wohlstand und Mittelstand stellen sich nicht von selbst ein. Die „unsichtbare Hand“ der Neoliberalen beschert uns beides nicht. Beim heutigen weltweiten Kampf der Wirtschaftssysteme ist zum Sieg und zum Frieden wie bei jedem Kampf eine Strategie nötig. „China hat eine, wir haben keine.“<sup>363</sup> Eine Soziale Volkswirtschaft kann sie liefern.*

*Deutschland war 1969 dabei, eine Strategie zu entwickeln. Sie war sehr zukunftsfähig, wie wir heute erkennen können.<sup>364</sup> Leider wurde sie nicht umgesetzt. Der Neoliberalismus (Thatcher, Reagan u.a.) und der Neomarxismus (Alt-68iger) setzten die Soziale Marktwirtschaft und die deutsche Ökonomie (Rheinischer Kapitalismus<sup>365</sup>) Zug um Zug außer Kraft. So drohen das Ende der Mittelschicht und die Industrialisierung.<sup>366</sup> Die Gegenstrategie heißt: Die „Wurzeln des Wohlstands“ (wieder) pflegen!<sup>367</sup> Das alles gilt für ganz Europa; wir zeigen es an Deutschland.*

<sup>360</sup> Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957

<sup>361</sup> Francis Fukuyama, Rettet die Mittelschicht! - Cicero, Magazin für politische Kultur 2/2012

<sup>362</sup> Peter Glotz, Eine Kultur des Wandels schaffen, Speyerer Vorträge, Heft 29, Speyer 1994

<sup>363</sup> Gabor Steingart, TechBriefing vom 12.05.2022:

<https://blog.mediapioneer.com/online.php?u=oBw9asJ28631>

<sup>364</sup> *Der Volkswirt*, Beilage zur Ausgabe vom 03. 10. 1969 (Hannover Messe); heißt jetzt: „Wirtschaftswoche“,

<sup>365</sup> Zum Gegensatz von deutschem bzw. rheinischem Kapitalismus und angelsächsischem Kapitalismus siehe: Michel Albert, Kapitalismus kontra Kapitalismus, Frankfurt/M. 1992

<sup>366</sup> Daniel Goffart, Das Ende der Mittelschicht - Abschied von einem deutschen Erfolgsmodell, Berlin 2019

<sup>367</sup> Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Baden-Württemberg (Hg.), Wurzeln des Wohlstands, Bilder und Dokumente südwestdeutscher Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1984

Die ur-europäischen Ideale *Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit*<sup>368</sup> erreicht der Bürgerstaat durch einen gleichen, freien und brüderlichen Mittelstand. Um dieses strategische Ziel anzusteuern, brauchen wir eine *klare und eindeutige Begriffsbestimmung* für Mittelstand.<sup>369</sup> Daraus ergeben sich weitere Unterziele und Maßnahmen.

**Zum Mittelstand gehört** ein Bürger, wenn er

1. einen mittleren Bildungsabschluss,<sup>370</sup>
2. eine abgeschlossene Berufsausbildung,
3. Arbeit und Einkommen,<sup>371</sup>
4. Vermögen und auskömmlichen Wohlstand hat.

Im Band 2 „Bausteine des Bürgerstaats“ wird gezeigt, durch welche politischen Maßnahmen diese Ziele zu erreichen sind. Es geht um die Reform des *Schulwesens* (3. Vom Schulhaus zum ‚Haus für Familien‘), eine *Ausbildungs- und Dienstpflicht* (4. Von der BfA zur DUA, 5.6 Dienst im Friedensheer) und den Aufbau von *Vermögen für alle*.

### Zu 1) Ziel **mittlerer Schulabschluss für alle**

Davon ist Deutschland weit entfernt. So teilte 2022 das baden-württembergische Kultusministerium mit, dass nach der neusten Vergleichsstudie 32 % der Achtklässler die Mindeststandards in Mathematik für einen mittleren Schulabschlusses nicht erreichten, in Rechtschreibung waren es 19 %.<sup>372</sup> In der Schweiz, Finnland, Taiwan u.a. erreichen über 90 % einen mittleren Schulabschluss.

Seit den 1960er-Jahren erleben wir einen stetigen und beängstigenden Leistungsabfall. Eine Langzeitstudie des Max-Planck-Instituts und der Universität Würzburg kam schon 2006 zum Ergebnis:

„Rechtschreibniveau seit den 1960er Jahren extrem gesunken.“ Wolfgang Schneider, der Leiter der Studie, sagte dazu: „Wir haben für die Jugendlichen ein Diktat aus den sechziger Jahren genommen. Würde man das

---

<sup>368</sup> Der Bürgerstaat, Bd. 1, Kapitel: 5.3 Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit

<sup>369</sup> Fukuyama hat sie geliefert: Francis Fukuyama, Rettet die Mittelschicht! In: Cicero, Magazin für politische Kultur 2/2012, S. 64 f; ähnlich Fukuyama im Handelsblatt vom 03.04.2015

<sup>370</sup> Das Ziel gilt als erreicht, wenn es wie in der Schweiz, Finnland u.a. 95 % schaffen.

<sup>371</sup> Selbstverständlich gibt es Kranke und Behinderte, bei gutem Gesundheitswesen etwa 5 %.

<sup>372</sup> RNZ, 17.09.2022

Rechtschreibniveau der Schüler von damals zum Maßstab nehmen, wären drei Viertel der heutigen Kinder Legastheniker.“<sup>373</sup>

„Unternehmen klagen zunehmend über Bildungsdefizite bei Berufseinsteigern“ titelte die „Welt“ und schreibt:

„Es kann doch nicht sein, dass Unternehmen immer mehr das nachholen müssen, was Elternhaus, Schule und Hochschule nicht geschafft haben“, kritisiert der Leiter Talent Center bei der Hypo-Vereinsbank in München. Defizite gebe es dabei nicht nur bei den Grundkenntnissen in Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern auch bei den sozialen Kompetenzen wie Team- und Kommunikationsfähigkeit. ... Ob und wie weit Unternehmen künftig Aufgaben der Nachhilfe-Institute übernehmen müssen oder wie man frühzeitig gegen die Bildungsdefizite angehen kann, ist auch ein Programmpunkt auf dem 13. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Personalführung in Wiesbaden. Das Thema brennt vielen Unternehmen längst auf den Nägeln.“<sup>374</sup>

Der Abwärtstrend setzte sich unvermindert fort. 2017 hieß es: „Deutschlands Viertklässler haben sich innerhalb der vergangenen fünf Jahre im Schnitt in Mathematik, beim Zuhören und in Rechtschreibung weiter verschlechtert.“ Das ergab die Studie IQB-Bildungstrends, die die Kultusministerkonferenz (KMK) am 13.10.2017 in Berlin veröffentlichte.<sup>375</sup>

Das wiederholte sich 2021:

„Schülerinnen und Schüler der vierten Klasse lesen schlechter als noch vor fünf Jahren. Ein Viertel der Kinder erreicht beim Lesen nicht den international festgelegten Mindeststandard, der für das weitere erfolgreiche Lernen nötig wäre. Das geht aus der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU 2021) hervor, die am 16. Mai 2023 veröffentlicht wurde. Die internationale IGLU-Studie bestätigt damit die Befunde des nationalen IQB-Bildungstrends 2021.“<sup>376</sup>

Und 2024 lesen wir in den VDI-Nachrichten: „Schülerleistungen in Mathematik lassen weiter nach. ... Mit beunruhigender Tendenz.“

„Die mathematischen Leistungen haben bei der Gruppe der 15-jährigen zwischen 2012 und 2022 um 39 Punkte abgenommen. Das entspricht einem Kompetenzrückstand von einem kompletten Schuljahr. Der Anteil der besonders leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler ist in diesem Zeitraum gestiegen: von rund 17% in 2012 auf etwa 29% in 2022. Gleichzeitig

---

<sup>373</sup> Die Zeit, 13.07.2006

<sup>374</sup> Die Welt, 04.06.2005

<sup>375</sup> IQB = Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen an der Humboldt-Universität Berlin

<sup>376</sup> <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/iglu-studie-lesekompetenz-der-viertklaessler-verschlechtert-sich-deutlich/> - Abruf 22.09.2024

hat sich der Anteil der leistungsstarken Schülerinnen und Schüler halbiert und umfasst 2022 nur noch knapp 9%.<sup>377</sup>

Schulversagen in der Grundschule versperrt einen erfolgreichen Weg in den weiterführenden Schulen und damit einen tragfähigen mittleren Schulabschluss. Das führt im nächsten Schritt zur vielbeklagten, fehlenden Ausbildungsfähigkeit. Sie ist Ursache des Fachkräftemangels. Seit den 1960-er Jahren geht es ununterbrochen Rolltreppe abwärts. Der Mittelstand schmilzt. Der hausgemachte Fachkräftemangel steigt.

Die Folgen spüren auch die Universitäten. Im Juni 2019 war zu lesen: *„Universitäten schlagen Alarm: Massive Mängel bei Studierfähigkeit von Abiturienten!“* Dies gelte für Mathematik, aber auch in Sachen Textverständnis und Schreibfähigkeiten.<sup>378</sup> Gerade beim Wesentlichen und Wichtigen zeigen sich die schwersten Mängel.

Die Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA<sup>379</sup>) forderten 2012 gegenüber der Kultusministerkonferenz ein *„Kernabitur“*: *„In den Hauptfächern Mathematik, Deutsch und Englisch sollen künftig bundesweit alle Abiturprüflinge die gleichen Klausuren am selben Tag schreiben.“* Die BDA stützte sich auf ein 110-seitiges Gutachten, das angesehene Bildungsforscher für den „Aktionskreis Bildung“ der bayerischen Wirtschaft erstellt hatten.<sup>380</sup> Wirksame Reformen kamen nicht.

Wir fordern nach jeder Schulstufe (Grund-, Mittel- und Oberstufe) eine **Abschlussprüfung** in den Kernfächern. Außerdem brauchen wir für die Praktiker einen dualen Weg ab der Mittleren Reife. Wer mit dem Gesellenbrief die Lehre und die Berufsschule abgeschlossen hat, besitzt die volle Berufsfähigkeit und hat damit die Oberstufe (Sekundarstufe II) erfolgreich beendet.<sup>381</sup> Legt er oder sie an der Berufsschule noch das Kernabitur ab, dann ist auch die Allgemeine Hochschulreife erreicht.

Nun hat die Schule nicht nur durch **Bildung** Wissen zu vermitteln, sondern durch **Erziehung** auch Werte. Das hat die „antiautoritäre

---

<sup>377</sup> VDI-nachrichten vom 21.05.2024, „Mint-Nachwuchsbarometer“ der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften und der Joachim Herz Stiftung – VDI = Verein Deutscher Ingenieure

<sup>378</sup> FAZ, 18.06.2019

<sup>379</sup> Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände: Schreiben an die Kultusministerkonferenz

<sup>380</sup> Handelsblatt, 20.08.2012

<sup>381</sup> Zu den Einzelheiten Bausteine BüSt, 3. Kapitel: Vom Schulhaus zum „Haus für Familien“

<https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/bausteine-des-buergerstaats/bausteine-des-buergerstaats-kapitel-3.pdf>

Erziehung“ übersehen, die den Erziehungsverzicht predigte und zum Schulversagen wesentlich beigetragen hat.

Wir unterscheiden *Erziehung* und *Bildung*, *Weisheit* und *Wissenschaft*. Sie alle bedeuten Unterschiedliches. Wer das nicht erkennt, kann unser Bildungssystem nicht reformieren – und es ist sehr reformbedürftig.

**Erziehung** vermittelt Werte und Verhaltensweisen. Ein guter und friedlicher Umgang miteinander ist ein Ziel, eigenverantwortliche und gemeinschaftsfähige Erwachsene ein weiteres.<sup>382</sup> Das beginnt in frühesten Kindheit durch die Eltern. Und Lehrer werden in Erziehungswissenschaft (Pädagogik) ausgebildet.<sup>383</sup>

**Bildung** will dagegen den Kindern und auch den Erwachsenen helfen, die Welt zu verstehen, sich ein „Bild“ zu machen. Bildung vermittelt Orientierung. Überblicke und Zusammenhänge sind zu erkennen und zu verstehen. Bildung allein macht den Menschen noch nicht gut.

Bildung ohne Erziehung kann zu Gewalt und Unterdrückung führen. Das erkannten z.B. Verhaltensforscher, die antiautoritäre Kinderläden mit herkömmlichen Kindergärten verglichen.<sup>384</sup> Und es gibt hochgebildete Verbrecher und Wirtschaftskriminelle, Terroristen und Massenmörder.

**Wissenschaft** will es dagegen ganz genau und beweisbar wissen. Sie dringt bis in die Einzelheiten und Besonderheiten eines Fachgebiets vor. Und sucht dort nach neuen Erkenntnissen.

Viele können die letzten wissenschaftlichen Einzelheiten vortragen, aber den Schülern oder Mitmenschen keinen Überblick und keine Zusammenhänge vermitteln. „*Es ist ein Beweis hoher Bildung, die größten Dinge auf die einfachste Art zu sagen.*“ (Ralph Waldo Emerson, 1803–1882, amerik. Philosoph und Schriftsteller)

**Weisheit** ist wieder etwas anderes. Die alten Griechen nannten die „Liebe zur Weisheit“ **Philosophie**. Die Wissenschaft nannten sie dagegen „mathematiké“. Diese Unterscheidung ist treffend. Philosophen mutmaßen und spekulieren viel. Dagegen verlangen Wissenschaftler

---

<sup>382</sup> So auch die Erziehungsziele in: § 1 Kinder- und Jugendhilfegesetz (= SGB VIII)

<sup>383</sup> Pädagogik (altgriech.), wörtlich „Kunst der Knabenanführung“,

<sup>384</sup> Horst Nickel / Ulrich Schmidt-Denter, Sozialverhalten von Vorschulkindern, Konflikt, Kooperation und Spiel in institutionellen Gruppen, München 1980; Eibl-Eibesfeldt – Sein Schlüssel zur Verhaltensforschung, hg. v. Wulf Schiefenhövel, Johanna Uher und Renate Grell, München 1993; S. 92 ff (98);

den geradezu mathematischen Beweis. Im Versuch oder Experiment wollen sie prüfen, ob ihre Theorie stimmt – oder nicht.

Der englische Philosophie-Professor Anthony Kenny hat eine umfassende und gut verständliche „Geschichte der abendländischen Philosophie“ geschrieben. Gleich in der Einführung grenzt er ab: *„Viele Wissensgebiete, die in der Antike und im Mittelalter zur Philosophie gehörten, sind längst zu eigenständigen Wissenschaften geworden. Ein Wissenszweig bleibt philosophisch, solange seine Begriffe ungeklärt und seine Methoden umstritten sind.“*<sup>385</sup>

Der **Deutsche Bildungsrat** forderte und erreichte ab 1970 die **„Verwissenschaftlichung des Schulsystems“** mit Fachlehrern ab der 1. Grundschulklasse. Wenn wir die vorgestellten Abgrenzungen genau durchdenken, dann brauchen die Schüler und die Schule alles, nur keine Wissenschaft. Vor allem wurde die Pädagogik, die Erziehung vergessen.

Die Eltern sind seit langem weiter als unsere „Bildungs-Experten“. Schon 1993 zeigte eine Umfrage der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften) das Umdenken der Eltern. Sie ergab die folgende **Rangordnung der Bildungs- und Erziehungsziele:**

1. Disziplin
2. Vernünftigen Umgang miteinander
3. Toleranz
4. Die Fähigkeit zur Zusammenarbeit
5. Wissen und breite Allgemeinbildung

In allen Umfragen davor nahm der letzte Punkt, nämlich die Wissensvermittlung, auch bei den Eltern den ersten Platz ein. Das entsprach den Reformzielen der 1970er Jahre mit ihrer Verwissenschaftlichung der Schule. Schon in den 1980er Jahren zeigten sich im Schulalltag die Erziehungsverluste und die Gewalt auf den Schulhöfen so erschreckend, dass sich die Eltern umorientierten.

Der baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder (CDU) forderte schon 1981: *„Die Lehrer müssen wieder erziehen!“* Da haben alle linken Lehrer im Ländle aufgeschrien. Einige zogen vor Gericht, weil der Minister darunter auch die „christlichen und humanen Werte“

---

<sup>385</sup> Anthony Kenny, Geschichte der abendländischen Philosophie, Band I, Antike, Darmstadt 2014, S. 11

verstand. Der Spiegel schüttete Hohn und Spott über den Minister, die Südwest-CDU und das Ländle.<sup>386</sup> Letztlich setzten sich die Alt-68er durch.

Der Marburger Oberstudienrat Joachim Kutschke widmete sich über Jahre den unüberwindbaren Gegensätzen innerhalb der Lehrerschaft, der Bildungswissenschaftler und Bildungspolitiker. Er wurde gern gehört, seine Artikel und Bücher viel gelesen. Offensichtlich traf er schon 1998 den Nerv der Zeit. Doch im Schulsystem änderte sich bis heute wenig.

Nach Kutschke stecken in den Köpfen gegensätzliche Theorien, an denen stur festgehalten wird. Die überholten Feindbilder lähmten in den Schulen die pädagogische Handlungsfähigkeit. Ein erfolgreicher Brückenschlag sei unmöglich. Nur die Klage über den Misserfolg und das Elend der gegenwärtigen Zustände sei beiden Parteien gemeinsam. Im Spiegel hat Kutschke es 2006 so ausgedrückt:

„Die Schwächen deutscher Schulen stehen im Mittelpunkt einer vehement geführten Bildungsdebatte. ... Sichtbar wurde der ewig gleiche Riss in der Argumentation der Kontrahenten: hier die „Progressiven“ aus der altlinken, antiautoritären Bewegung, die GEW, dort die angeblich wertekonservativen „Traditionalisten“. Seit der Kontroverse um die hessischen Rahmenrichtlinien 1972 schlagen sich diese unversöhnlich gegenüberstehenden Lager reflexartig ihre veralteten Unterstellungen und Klischees um die Ohren: Den Wertkonservativen wird unterstellt, zum alten Drill, zur „Paukschule“ zurückkehren zu wollen, der alten Klassengesellschaft durch Bildungsauslese Vorschub zu leisten. Den Progressiven wird vorgeworfen, mit der Demontage des Leistungsbegriffs und der Übernahme der Spaßkategorien unserer Fun-Gesellschaft in den Unterricht selbst den Boden für den katastrophalen Leistungsabfall bereitet zu haben. Die Diskussion dreht sich im Kreis, so dass für ein Gelingen der anstehenden grundlegenden Reformen nichts Gutes zu erwarten ist.“<sup>387</sup>

Kutschke zeigte anschaulich, wie es in den Klassenzimmern bis heute undiszipliniert zugeht. Er erklärt auch, warum sich nichts ändert.<sup>388</sup>

„Ein Drittel des Kollegiums stört das ebenfalls, ein Drittel erklärt, dass dies in ihren Augen die Lernfähigkeit nicht beeinträchtigt, und das letzte Drittel bleibt indifferent, denen ist es egal. Ein gemeinsamer Beschluss wird nicht gefasst.“

---

<sup>386</sup> Der Spiegel vom 31.08.1981

<sup>387</sup> Der Spiegel, 24.04.2006

<sup>388</sup> Joachim Kutschke, Grabenkämpfe im Klassenzimmer, Über die pädagogische Misere an unseren Schulen, Frankfurter Allgemeine Zeitung 31.10.1998

Hier muss ein Gordischer Knoten durchschlagen werden. Das könnte durch Mitsprache der Elternschaft und Abschlussprüfungen in den Kernfächern gelingen.<sup>389</sup> Ohne Lösung der Erziehungsfrage werden Schulen und Schüler weiter scheitern.

Eindrucksvoll zeigte das die Sendung des NDR (2015): **Lehrer am Limit**<sup>390</sup>

Auch das aufrüttelnde, viel beachtete Buch der Berliner Abiturientin Viviane Cismak, „*Schulfrust – zehn Dinge, die ich an der Schule hasse*“ hat bisher nichts geändert.<sup>391</sup> Dabei berichtet Viviane Cismak nicht von irgendeiner Schule, auch nicht von einer sog. „Brennpunktschule“, sondern über ein Berliner Gymnasium.

Letztlich geht es bei der Erziehung um das, was auch Antje Vollmer eine Grundaufgabe jedes Staats nennt: „*Herausbildung von Normen für das gemeinsame Verhalten und deren verbindliche Durchsetzung.*“<sup>392</sup>

Im übergeordneten Sinn ist das auch der Inhalt von Zivilisation. Norbert Elias hat in seinem klassischen Werk den *Prozess der Zivilisation* in seiner geschichtlichen Entwicklung herausgearbeitet.<sup>393</sup> Es geht um die guten Sitten, den Anstand, bis zur Verfeinerung der Lebensweise. Daher hat das Wort „Zivilisation“ in Anlehnung an Rousseaus „Zurück zur Natur“ bei uns unter Umständen auch abwertende Bedeutung. Das Englische und Französische kennen diese Unterscheidung nicht.<sup>394</sup>

Bei der Zivilisation geht es, wie Elias hervorragend zeigt, um die Triebbewältigung, damit das friedliche und freundliche Zusammenleben möglich ist. Das ist auch der tiefere Sinn von „Sitte, Moral und Anstand“, von „Ethik und Tugend“. Zivilisation kann zur Verweichlichung und Dekadenz führen. Daher sprechen wir von „Zivilisationskrankheiten“; das Wort „Kulturkrankheiten“ ist nicht geläufig.

Knigge wollte mit seinem Buch „*Über den Umgang mit Menschen*“ und seinen Anstandsregeln das Gleiche. Es hat Generationen von

---

<sup>389</sup> Näheres „Bausteine des Bürgerstaats“, Bd. 2, Kapitel: 3. Vom Schulhaus zum Haus für Familien

<sup>390</sup> <http://www.youtube.com/watch?v=Ew8frW54XGU&sns=em> - nicht mehr abrufbar

<sup>391</sup> Viviane Cismak, *Schulfrust, zehn Dinge, die ich an der Schule hasse*, Berlin 2011

<sup>392</sup> Antje Vollmer, *Heißer Frieden – Über Gewalt, Macht und das Geheimnis der Zivilisation*, Köln 1995, S. 45

<sup>393</sup> Norbert Elias, *Über den Prozess der Zivilisation, Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*, 2 Bände, Bern 1969; Taschenbuch: Frankfurt /M. 1976 ff.

<sup>394</sup> Samuel Huntingtons, „*The Clash of Civilizations*“ heißt daher auf Deutsch „*Der Kampf der Kulturen*“

Bildungsbürger geprägt. „*Alle diese allgemeinen, sodann die folgenden Regeln ... zielen dahin, den Umgang leicht, angenehm zu machen und das gesellige Leben zu erleichtern.*“<sup>395</sup> Sie unterliegen aber dem Wandel. Der wird besonders dringend, wenn es zu Übertreibungen kommt.<sup>396</sup>

Sowohl die schulische Erziehung als auch die Bildung müssen zur Ausbildungsreife und nach der Oberstufe zur Studierfähigkeit führen. Beides wird heute sehr oft nicht erreicht, wie die geschilderten Zustände zeigten. Damit kommen wir zum nächsten Merkmal des Mittelstands.

## Zu 2) Ziel **Berufsabschluss für alle**

Deutschland entfernt sich auch immer mehr vom zweiten Ziel für einen Mittelstand: *Berufsabschluss für alle*.

So lesen wir am 08.05.2023: „*Fachkräftemangel – Noch mehr Menschen ohne Berufsabschluss als gedacht. Mehr als 2,6 Millionen Menschen zwischen 20 und 35 Jahren sind ungelernt – ein neues Rekordhoch.*“<sup>397</sup> Schon nach dem „Zensus 2011 bis 2013“<sup>398</sup> herrschte Aufregung. Die Bild-Zeitung titelte: „*Die Wahrheit über Deutschland – 26,6 Prozent haben keinen Berufsabschluss*“<sup>399</sup> Zehn Jahre später zeigte sich, dass es noch schlechter werden konnte.

Die Wirtschaft braucht in allen Bereichen, vom Handwerk bis zu den Großunternehmen Fachkräfte, d.h. junge Menschen mit einem Berufsabschluss. Auch hier beobachten wir eine Fehlentwicklung seit den „Bildungsreformen“ der 1970-er Jahre. „*Schick Deine Kinder länger auf bessere Schulen*“ hieß so viel wie „*der Mensch beginnt mit dem Abitur*“. Heute ist man um jeden Lehrling (Azubi) dankbar.

Mehr noch! Sozialdemokraten wie Peter Glotz prophezeiten die „Zwei-Drittel-Gesellschaft“. Danach ist ein Drittel unserer Bevölkerung zu dumm für moderne, technische Berufe. Sie bleiben dauernd arbeitslos.

---

<sup>395</sup> Adolph Freiherr von Knigge, Über den Umgang mit Menschen, Hannover 1790, Neudruck: Birsfelden-Basel, ohne Jahr, S. 83

<sup>396</sup> Da waren norddeutsche Bildungsbürger oft sehr „pedantisch und penetrant“. Die Süddeutschen blieben i.d.R. „e bissel vornehm und e bissel leger“; kurz volksverbunden und Mundart sprechend.

<sup>397</sup> Handelsblatt, 08.05.2023

<sup>398</sup> Registergestützte Volkszählung, zu Zensus 2011 und 2022 [www.zensus2011.de](http://www.zensus2011.de)- letzter Abruf 03.02.2023

<sup>399</sup> Bild, 01.06.2013

Peter Glotz, Vordenker der SPD, sagte es so:

„Aber die Politiker müssen trotzdem den Mut haben, einem Viertel oder einem Drittel der Bevölkerung zu sagen, dass sie für hochproduktive Arbeitsplätze nicht – d.h.: nie – mehr zur Verfügung stehen. Lakonisch gesagt: Ich verstehe, dass die meisten Manager keine Lust haben, in die Politik zu wechseln.“<sup>400</sup>

Glotz meinte, es sei die traurige Pflicht eines Politikers, dem Volk zu erklären, wie unfähig doch ein Drittel der Bevölkerung sei; nur zwei Drittel würden gebraucht. Das führte zum politischen Schlagwort von der **2/3-Gesellschaft**.

Und diese irrigen Vorstellungen bestimmten damals und bis heute in einigen Bundesländern die Schulpolitik. Gerade in linken Kreisen hatte man sich darauf eingeschossen. Von einem neuen „Prekariat“ wird gesprochen. Das sind Leute, die in wirtschaftlich ganz unsicheren, eben „prekären“ Verhältnissen leben müssen. Die Schulbildung soll für sie auf ein Leben ohne Arbeit ausgerichtet sein. So kam 1995, also ein Jahr nach der Rede von Peter Glotz, eine große SPD-„Denkschrift“ für die Schulbildung in NRW auf den Büchermarkt.<sup>401</sup>

Zur Bildungspolitik der Zukunft heißt es dort wörtlich:

„In den Ländern der Europäischen Union öffnet sich die Schere zwischen der Zahl jugendlicher Schulversager, die ihre schulische Bildung ohne ausreichende Grundlagen für eine Eingliederung in das Erwerbsleben verlassen – 20 bis 30 % eines Altersjahrgangs – und der zunehmenden Zahl von Jugendlichen mit höheren Bildungsabschlüssen. In Deutschland haben 10 bis 14 % der Beschäftigten unter 25 Jahren keine Berufsausbildung, häufig auch nicht den Hauptschulabschluss.“<sup>402</sup>

Wir wollen und brauchen kein Prekariat, kein Proletariat, keine Armut. Finnland, die Schweiz, auch Taiwan u.a. zeigen, dass fast alle jungen Menschen (dort 95 bis 97 %) nicht nur zu einem mittleren Schul-, sondern auch zu einem zeitgemäßen Berufsabschluss fähig sind.

Noch erstaunlicher, ja ärgerlicher sind die Schlüsse der Kommission und dann der Politiker: Die Schule habe die Aufgabe, den jungen Menschen

---

<sup>400</sup> Peter Glotz, Eine Kultur des Wandels schaffen, Speyerer Vorträge, Heft 29, Speyer 1994, S. 16

<sup>401</sup> „Denkschrift der Kommission ‚Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft‘ beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen“ [war Johannes Rau, SPD], Neuwied 1995, 350 Seiten

<sup>402</sup> „Denkschrift“, a.a.O., S. 48 ff

beizubringen, wie sie ohne Arbeit auch glücklich leben können.<sup>403</sup> Denn es wird „bis weit über die Jahrtausendwende hinaus mit einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit gerechnet“.

Gleichzeitig erwartet die Kommission im gleichen Bericht eine anhaltend hohe Zuwanderung, weil *„ohne die Zuwanderung von Ausländern und Aussiedlern im heute oder demnächst arbeitsfähigen Alter weder der Arbeitskräftebedarf langfristig gedeckt noch das System der sozialen Sicherung vor einer ernsten Krise bewahrt werden kann.“* Wie passt das zusammen? Ganz einfach: Arbeit, auf die ihr Prekariat keine Lust hat, sollen Zuwanderer machen. Billigarbeit: ja, aber für die Anderen.

In den 1990er Jahren empfing ich als Landrat im Auftrag des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums eine Besuchergruppe von rd. 50 japanischen mittelständischen Unternehmern. Beim statistischen Überblick zeigte ich die Zahl von 2 Mio. Gastarbeitern und dann die von 2 Mio. deutschen Arbeitslosen. Da fragte sofort ein Japaner: „Wieso haben Sie 2 Mio. Gastarbeiter, wenn Sie 2 Mio. Arbeitslose haben?“ Die ehrliche Antwort ist peinlich: Unsere Arbeitslosen hätten mit etwas Ausbildung gut die Arbeiten der Gastarbeiter bewältigen können.

Im Stabilitätsgesetz von 1967 war das Ziel eine Arbeitslosenquote von 0,8 %. Im Jahr 1962 lag sie bei 0,5 % mit weniger als 100.000 Arbeitslosen in der BRD. Noch 1970 lag die Quote bei 0,7 %. Praktisch alle hatten einen Lehrabschluss.

Im Januar 2023 betrug die Arbeitslosenquote 5,7 %, die Unterbeschäftigungsquote 7,5 %. Als arbeitslos galten 2,6 Mio. Personen. Die „Unterbeschäftigung“ lag bei 3,5 Mio. Menschen, weil diejenigen dazu gerechnet werden, die in Fördermaßnahmen u.ä. (ohne Kurzarbeit) sind.<sup>404</sup> Wie kam es dazu?

Enzo Weber vom „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ der BfA (Bundesagentur für Arbeit) hat gezeigt, dass ab den 1970er Jahren nach jedem Konjunkturreinbruch (Ölkrise usw.) die Arbeitslosenquote nicht mehr den alten, niedrigeren Stand erreichte.

---

<sup>403</sup> Wörtlich in der Denkschrift: „Gleichwohl kann sie [= Schule] sich nicht der Verantwortung entziehen, Fähigkeiten zu vermitteln, die es den Menschen ermöglichen, auch Zeiten der Nichtbeschäftigung – im Sinne von Erwerbsarbeit – produktiv zu nutzen. Dabei wird sich schulische Bildung auch mit der Frage auseinandersetzen müssen, welche spezifischen Qualifikationen und Kompetenzen für ein Leben benötigt werden, das – zumindest zeitweise mehr oder weniger gewollt – nicht auf Erwerbsarbeit zentriert ist.“ S. 48 ff.

<sup>404</sup> <https://www.arbeitsagentur.de/news/arbeitsmarkt> - letzter Abruf 03.02.2023 (ähnliche Zahlen April 2020)

„Stattdessen haben sich Forschungsergebnissen zufolge aber im Laufe eines Jahres fast zwei Drittel dieser konjunkturellen in strukturelle Arbeitslosigkeit gewandelt. Arbeitslosigkeit, die eigentlich nur einer vorübergehenden Konjunkturschwäche geschuldet war, hat sich verfestigt.“<sup>405</sup> Das sind die Langzeitarbeitslosen (heute *Hartz-IV-Generationen*).

Wer einmal draußen ist, findet oder will nicht mehr ins Erwerbsleben zurück. Der Mensch gewöhnt sich an alles, auch an Nicht-Arbeit. Hans Werner Sinn, ehem. Präsident des ifo-Instituts, sagt dazu: *„Wir können nicht Millionen Menschen bezahlen, wie wenn sie arbeiten würden, obwohl sie nicht arbeiten.“*<sup>406</sup>

Der SPD-Politiker Hans Eichel, der Unternehmensberater Roland Berger und der Unternehmer Ludwig Braun haben gefordert, die Schulpflicht um eine **Ausbildungspflicht** zu ergänzen. Den Vorschlag haben sie als „Ideen zur Flüchtlingsintegration“ bezeichnet.<sup>407</sup>

Heute fehlen bei uns nicht nur Hochtechniker, sondern vor allem auch Handwerker. Die Politiker sehen immer nur naheliegende Ausschnitte der Wirklichkeit. Dem Handwerk wird seit Beginn der Industrialisierung der Untergang vorhergesagt. Doch es lebt immer noch, ist eine wertvolle, unterschätzte und unverzichtbare Säule unserer Volkswirtschaft. Die Maßnahmen für die Energiewende stocken, weil die Produktion nach China abgewandert ist und Handwerker zum Einbau der Geräte fehlen.

Weltweit, sogar in Brasilien, sollen jetzt Fachkräfte angeworben werden. An die in Deutschland lebenden und „Bürgergeld“ empfangenden Bürger denkt niemand – schon gar keine Volkspartei. Damit entfernen wir uns auch weiter vom nächsten, unter 3) zu betrachtenden Mittelstandsziel.

### Zu 3) Ziel **Arbeit und Einkommen für alle**

Wer einen mittleren Schul- und einen Berufsabschluss hat, kann in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Dazu muss allerdings auch die BfA zur DUA (Dualen Umschulungsagentur) umgebaut werden, wie im Buch

---

<sup>405</sup> Handelsblatt, 13.07.2020 (Gastkommentar)

<sup>406</sup> Hans-Werner Sinn, Die BasarÖkonomie, Deutschland Exportweltmeister oder Schlusslicht? Berlin 2005, S. 16

<sup>407</sup> Handelsblatt, 07.01.2016, S. 48, „Ausbildung als Pflicht, Hans Eichel, Roland Berger und Ludwig G. Braun legen Ideen zur Flüchtlingsintegration vor“

„Bausteine des Bürgerstaats“ dargestellt.<sup>408</sup> Das jüngste Versagen der BfA zeigt die geringe Eingliederung der Ukrainer in den Arbeitsmarkt. (Ebenso ist die Hälfte der Flüchtlinge von 2015 noch nicht in Arbeit.)

Eine EU-Studie hat die Lage geflüchteter Ukrainer in zehn europäischen Ländern verglichen. In Deutschland wollen besonders viele bleiben und besonders wenige sind in Arbeit. Die FAZ berichtet:

„Etwa jeder vierte Flüchtling aus der Ukraine will langfristig in Deutschland bleiben. Das zeigt eine Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte. Ein knappes Drittel der Befragten (30 Prozent) geht hingegen von einer Rückkehr in die Ukraine aus. Ukrainer, die in Deutschland leben, wollen seltener in ihr Heimatland zurückkehren als Ukrainer, die in andere europäische Länder geflüchtet sind. Durchschnittlich gaben 21 Prozent an, dauerhaft in ihrem Zufluchtsland bleiben zu wollen. Ukrainer, die in Rumänien leben, wollen perspektivisch am häufigsten in ihre Heimat zurückkehren.

Probleme gibt es der Studie zufolge bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Zwei Drittel der befragten Ukrainer in den zehn untersuchten Ländern waren zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos. In Deutschland war der Anteil der Flüchtlinge in Beschäftigung im europäischen Vergleich mit Abstand am geringsten. Nur 14 Prozent der Frauen und 16 Prozent der Männer gingen einer Arbeit nach.“<sup>409</sup>

Bei uns heißt es schnell und oft: *„Geht nicht; das können wir nichts machen.“* Sogar die unmittelbar Beteiligten wissen oft nicht Bescheid. In unserem Partnerkreis Zittau hieß es nach der Wende, alle Arbeit sei weggebrochen. Das wollte ich genau wissen und ging zum Arbeitsamt. Ich fragte, ob es überhaupt keine Arbeit gäbe. „Doch“, sagte der Vermittler, „CNC-Kräfte könnte ich so viele einstellen, wie ich bekomme.“ Ich fragte: „Warum machen Sie keine Kurse? Hier gab es doch bis vor kurzem eine blühende Textil- und Frottee-Industrie. Die hatte doch Facharbeiter.“ Der Beamte sagte, diese älteren Arbeitnehmer würden die Eingangstests zum CNC-Kurs nicht bestehen. Die Kurse dauerten eine festgelegte Zeit, da müssten die Leute Vorkenntnisse mitbringen. Ich meinte, dann müssen Sie Vorkurse machen, die auf die Eingangsprüfung vorbereiten. In Frankreich machten das die Abiturienten auch, die auf die „Großen Schulen“ wollen. Er sagte nur

---

<sup>408</sup> Bausteine BüSt, Bd, 2, Kapitel: „4. Von der BfA zur DUA“ <https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/bausteine-des-buergerstaats/bausteine-des-buergerstaats-kapitel-4.pdf>

<sup>409</sup> FAZ, 28.02.2023: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ukraine-wie-geht-es-gefluechteten-in-deutschland-und-der-eu-18711428.html> - Abruf 22.09.2024

knapp: „Dafür gibt es kein Geld.“ „Beantragen Sie es!“ Seine Antwort: „Aussichtslos!“ Darauf war ich sprachlos.

Dann sagte in einem westsächsischen Landkreis die Sozialamtsleiterin: „Bei uns gibt’s überhaupt keine Arbeit. Manchmal frage ich mich, warum wir überhaupt ‚Hilfen zur Arbeit‘ anbieten.“ Daraufhin bat ich die Arbeitsvermittlerin von Adecco<sup>410</sup> aus Chemnitz zu einem Gespräch ins Sozialamt. Sie sagte das glatte Gegenteil: „Wir haben auf unsere Kosten Gabelstaplerfahrer ausgebildet und alle vermittelt: Wir könnten noch mehr vermitteln, wenn mehr Leute die Kurse besuchten.“ Außerdem würden alle Fachkräfte für Metallverarbeitung gebraucht. Und schließlich meinte sie: „Wir sind an jedem interessiert, der arbeiten will. Wir können die meisten davon vermitteln.“ Das war vielleicht etwas zu optimistisch. Doch wie sagte ein Sachse so schön auf sächsisch: „*Nanu, so lange unsere Leute fürs Nich(t)arbeiten so viel bekommen wie fürs Arbeiten, werden sie eben nisch [nicht] arbeiten.*“ An vielen Ecken klemmt es.

Wir brauchen kein bedingungsloses Grundeinkommen, sondern eine **bedingungslose Beschäftigungsgarantie**. Da dies sehr ausführlich als „Baustein des Bürgerstaats“ in „4. Von der BfA zur DUA“ beschrieben ist, sei hier darauf verwiesen.<sup>411</sup>

### Zu 3) Ziel **Vermögen für alle**

Die Deutschen und Deutschland werden im Ausland als besonders reich hingestellt. Der Staat ist durch die zweithöchsten Steuern und Abgaben in der OECD vielleicht reich, die Bürger sind es nicht. Das zeigt ein Vergleich innerhalb der OECD-Länder.<sup>412</sup> Es ist naheliegend, dass diejenigen nicht sparen und kein Vermögen bilden können, denen der Staat das Meiste wegnimmt. Schauen wir zuerst auf die *Steuer- und Abgabenlast* und dann auf den internationalen Vergleich der *privaten Immobilien- und Geldvermögen*.

---

<sup>410</sup> Adecco ist eine private Schweizer Arbeitsvermittlung, die größte weltweit. Sie gehört zu den 500 umsatzstärksten Unternehmen der Welt.

<sup>411</sup> <https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/bausteine-des-buergerstaats/bausteine-des-buergerstaats-kapitel-4.pdf>

<sup>412</sup> Die Zeit, 9. Mai 2023, [https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-04/oecd-deutschland-steuern-abgaben-paare?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-04/oecd-deutschland-steuern-abgaben-paare?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F) - letzter Abruf 19.09.2024

Zur **Steuer- und Abgabenlast** sagt die OECD: „*Niedrigere und mittlere Arbeitseinkommen unterliegen in Deutschland im internationalen Vergleich relativ hohen Steuern und Abgaben*“, eine Steuerreform ist daher laut OECD nötig. „Deutschland hat die zweithöchste Steuer- und Abgabenlast der OECD-Staaten. Das Gesamteinkommen eines verheirateten Paares mit zwei Kindern wird mit rund 40,8 Prozent belastet, Singles mit rund 47,8 Prozent. Nur in Belgien ist die Rate höher. Im gesamten OECD-Durchschnitt liegt diese Rate bei 29,4 Prozent.“<sup>413</sup> Und in Deutschland arbeiten die Finanzämter besonders gut.

Schauen wir auf das **Immobilien Eigentum**. Hier stoßen wir auf eine typisch deutsche Fehlentwicklung. In kaum einem europäischen Land haben die Leute so wenig Hauseigentum wie in Deutschland. Selbst in Italien und in Südeuropa sind die Leute im Durchschnitt reicher als in Deutschland. Sogar im dicht besiedelten England ist der Anteil der Eigenheimbesitzer höher.

Die Wohneigentumsquote bezeichnet den Anteil der von Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen an der Gesamtzahl aller Wohnungen. Deutschland belegt mit rund 50% einen unteren Platz, weit nach Spanien (79%), Griechenland (74%), Italien (73%) und sogar hinter Großbritannien und Frankreich (je 65%).<sup>414</sup>

In Deutschland wurde nach dem Krieg vor allem der Mietwohnungsbau, viel weniger der Eigenheimbau gefördert. Das war nach den vielen ausgebombten Städten richtig. Doch dann hätte die Umsteuerung kommen müssen. Aber auch die SPD-Genossen mit ihrer großen „Neuen Heimat“ waren vor allem am Mietwohnungsbau interessiert.<sup>415</sup>

Zum Ziel „*Wohneigentum für alle Familien*“ gehört auch der Grundsatz „*Entflechten statt Verdichten*“. Es schadet der körperlichen und seelischen Gesundheit, wenn wir eingepfercht in den Hochhäusern von verstädterten Metropolregionen leben. Der Verhaltensforscher Konrad Lorenz spricht in diesem Zusammenhang von der „*Verhausschweinung*“

---

<sup>413</sup> Die Zeit, 09.05.2023 - [https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-04/oecd-deutschland-steuern-abgaben-paare?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-04/oecd-deutschland-steuern-abgaben-paare?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F) - letzter Abruf 19.09.2024

<sup>414</sup> Statista 2016

<sup>415</sup> Spiegel, 23.06.2019: „Die Neue Heimat war Europas größter Wohnungsbaukonzern, gemeinnützig und in DGB-Hand. 1982 enthüllte der SPIEGEL Missmanagement und Selbstbereicherung. Das Unternehmen zerbrach - und hinterließ eine große soziale Lücke.“ Die schöne große, gewerkschaftseigene „Neue Heimat“ wurde für 1 DM an einen Bäcker verkauft. <https://www.spiegel.de/geschichte/neue-heimat-skandal-1982-warum-das-wohnungsbauunternehmen-unterging-a-1273584.html> - letzter Abruf 19.09.2024

der Menschen“. Da ist kein Platz für gesunde Kinder, die den Auslauf und die Natur brauchen. In der Fläche sind die Kerne der Dörfer und Mittelstädte zu sanieren und mit jungem Leben zu füllen.

Zum Ziel „Mittelstand für alle“ gehört ein eigenes Haus oder eine Immobilien für alle, gerade für die Familien. Der Friedensdienst kann und soll dabei tatkräftig mithelfen.<sup>416</sup>

Auch beim Geldvermögen schneiden die Deutschen schlecht ab. Das zeigt die folgende Tabelle.

Die reichsten Bürger der Welt

	Private Netto-Geldvermögen pro Kopf im Jahr 2013 in Euro	Veränderung zu 2012 in Prozent
Schweiz	145.540	+6,2
USA	119.570	+14,2
Belgien	78.300	+4,6
Niederlande	71.430	+3,8
Japan	71.190	+7,6
Schweden	70.080	+12,8
Taiwan	66.010	+10,6
Kanada	65.900	+10,4
Singapur	64.520	+5,4
Großbritannien	63.490	+11,7
Israel	55.840	+8,8
Australien	53.960	+12,1
Dänemark	53.380	+6,6
Italien	48.800	+2,9
Frankreich	46.020	+6,0
Deutschland	44.280	+5,3
Österreich	43.740	+1,8
Irland	34.300	+10,8
Portugal	22.480	+8,6
Spanien	21.990	+22,6

Allianz Global Wealth Report

Dabei zeigen diese Durchschnittswerte nicht, ob das Geldvermögen gleich oder ungleich verteilt ist. Hier hat Deutschland tatsächlich eine Zwei-Drittel-Gesellschaft. Denn 27 % aller deutschen Erwachsenen besitzen netto gar nichts, oder haben unter dem Strich sogar Schulden. Besonders in den neuen Bundesländern ist die Vermögenslosigkeit weit verbreitet.

**Ergebnis:** Immer mehr Menschen in Deutschland fehlen Bildung und Erziehung, Arbeit und Einkommen, Haus und Vermögen. Doch es droht

<sup>416</sup> Siehe Bausteine BüSt, Bd. 2, Kapitel: 8.3 Friedensheer und Friedensdienst

eine weitere Gefahr, und zwar in ganz Europa: Die „Wurzeln unseres Wohlstands“ trocknen aus.

## ***Die Wurzeln des Wohlstands pflegen***

Es ist eine ganz wichtige Aufgabe aller EU-Mitgliedsstaaten, das Ziel *Mittelstand für alle* zu verfolgen und dazu die *Wurzeln des Wohlstands* zu pflegen. Hierzu sind die Ausführungen oben bei „2.4.2 Wohlstand für alle Länder“ und das Schaubild mit den Kondratjew-Zyklen nochmals zu betrachten. Denn was weltweit sinnvoll ist, gilt auch innerhalb Europas.

In allen EU-Staaten sind die Kleinsttechniken (Micro, Nano, Bio und KI) bzw. die neuen Technologien zu erforschen, zu entwickeln und vor allem in der Wirtschaft einschließlich den KMU einzusetzen.

Dafür müssen alle genossenschaftlich zusammenwirken, d.h. die staatliche Wirtschaftspolitik, die Unternehmen, die staatlichen und privaten Forschungseinrichtungen. Das beginnt damit, dass eine gemeinsame **Strategie** erarbeitet wird, wie sie China besitzt.<sup>417</sup>

Deutschland hatte dazu 1969 einen überzeugenden Ansatz.<sup>418</sup> Auf die entsprechenden Ausführungen im Buch „Kampf der Wirtschaftssysteme“ sei hier verwiesen,<sup>419</sup> wenigstens ist hier zu wiederholen.

Kurt Lotz, VW-Chef, formulierte die damals ‚herrschende Lehre‘ auf der Gründungsversammlung des *Industrie-Instituts zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien* während der Hannovermesse so:

*„Wir können es uns heute nicht mehr leisten, irgendetwas dem Zufall zu überlassen, am wenigsten die Zukunft. Wir leben in einer Zeit, in der diese Zukunft auch zum ersten Male weitgehend durch den Menschen bestimmbar und damit prognostizierbar geworden ist. Damit wird die frühzeitige Kenntnis der technologischen Entwicklungslinien für eine Industrienation zur Frage der Existenz.“*

Dazu wurden genau die richtigen Forschungs- und Entwicklungsbereiche genannt, die jeweils als **Schlüsselinnovation** angesehen wurden und

---

<sup>417</sup> G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme: 3. Staatlich gesteuerte Volkswirtschaft Chinas, S. 29 ff

<sup>418</sup> Umfangreicher Bericht in: Der Volkswirt, Beilage zur Ausgabe vom 03. 10. 1969 – „Der Volkswirt“ war der gute alte Name für das heutige Wirtschaftsmagazin „Wirtschaftswoche“

<sup>419</sup> G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme: 4.8 Politische Strategie, S. 66 ff.

vor allem „*unabhängig von Firmen-Interessen*“ dargestellt und erarbeitet werden sollten:

- **Transport und Verkehr** - Das Versorgungsproblem der wachsenden Bevölkerung liegt nicht in der Herstellung, sondern in der Verteilung der Waren. Nur völlig neue Verkehrssysteme können das befürchtete Verkehrs-Chaos verhindern.
- **Kunststoffe** - Der Anteil der Kunststoffe am Werkstoffbedarf soll nach Schätzungen bis 1980 um das Vierfache wachsen. Sie werden zunehmend eine wichtige Rohware. Die Industrie muss für kunststoffgerechte Konstruktion und Gestaltung feste Regeln entwickeln. Der Kunststoffmüll kann und muss beseitigt werden. [Auch das wurde bereits damals, vor 50 Jahren erkannt. Heute sind die Weltmeere mit Plastikabfällen stark belastet.<sup>420</sup>]
- **Datenverarbeitung** – Der Computer wird in den nächsten Jahren vor allem für die Prozesssteuerung ganz erheblich an Bedeutung gewinnen. ...
- **Werkzeugmaschinen** – Neue Werkstoffe, wie Kunststoffe verlangen geänderte Fertigungsmethoden. Aus der Chemie kommen ergänzende Bearbeitungstechniken hinzu. Die Wirtschaftlichkeit von Klein- und Mittelserien wird durch den Einsatz numerisch gesteuerter Maschinen erheblich gesteigert. [Heute heißen diese Maschinen CNC-Maschinen]. Maschinenhersteller helfen bei der erforderlichen Umstellung der Arbeitsvorbereitung. [Da ist Deutschland nach wie vor durch seine KMU, die „Industrie 4.0“ u.a. weltweit führend.]
- **Energieversorgung** – Der steigende Energiebedarf lässt sich decken. Hier geht es nicht um ein Mengen-, sondern ein Kostenproblem. Erdöl und der Atomstrom werden die Preisführer sein; bereits heute ist die Kernenergie wettbewerbsfähig.

Die Auswahl war treffend. Die Beispiele zeigen, was die Chinesen fordern und zum Grundsatz erhoben haben: **Strategie** verlangt **dynamische Planung**, die sich frühzeitig veränderten Erkenntnissen und Bedürfnissen (Lagen) anpasst. Nachjustieren ist ständig erforderlich. Die Energiewende hätte generalstabsmäßig geplant und umgesetzt werden müssen. Doch Merkel beriet überhastet eine Ethikkommission!

Zum „Transport und Verkehr“ bringt die Beilage des Volkswirts ein Interview mit Ludwig Bölkow, Leiter der „Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH“ in Ottobrunn bei München. Damals waren noch Technik-Pioniere Firmenchefs und Inhaber. Vorgestellt wird der Transrapid, der noch nicht diesen Namen hatte, sondern Hochleistungsbahn genannt wird. Gegen den Verkehrsnotstand will der Flugzeugbauer Bölkow solche Hochleistungsbahnen in den nächsten zehn Jahren als reibungsfreies

---

<sup>420</sup> Heute sehen wir: „Satellitenbild der Woche: Paradies im Plastikstrudel“, Spiegel online, 25.04.2018

Verkehrsmittel auf Magnetkissen auf den Weg bringen. Es gab einen letzten Versuch nach der Wiedervereinigung, eine Transrapid-Strecke von Berlin nach Hamburg zu bauen. Er scheiterte am Naturschutz. Das wäre eine sinnvolle Nachfolgetechnik für die Autoindustrie gewesen. – Statt in Europa fahren diese Züge heute in China und Japan.

**Aufbau und Arbeitsweise der EU** sind für solche strategische Aufgaben und Vorhaben völlig ungeeignete. Denn Bürokratie tötet das schöpferische Denken. Da wird mit Verordnungen und Richtlinien von oben nach unten, streng hierarchisch gearbeitet. Geld wird nach eng umrissenen Förderrichtlinien bewilligt. Doch Erfindungen werden in den Labors und Werkhallen von Tüftlern und genialen Ingenieuren gemacht.

Das zeigt vereinfacht der Vergleich der Befehls- mit der Auftragstaktik. Befehle schreiben genau vor, wann was wo und wie gemacht werden muss. Auftragstaktik gibt nur die Ziele vor, wie 1969 in Hannover bei den Schlüsselinnovationen. Den Weg zu den Zielen suchen und finden alle Beteiligten und Betroffenen selbst. Das setzt allerdings auf allen Ebenen gut ausgebildete und charakterfeste Fach- und Führungskräfte voraus.

Nicht nur in der EU, auch bei uns und in den EU-Mitgliedsstaaten herrschen ganz engstirnige Vorschriften. Schöpfer sind fachfremde Politiker, abgeschirmte Ministerialbeamte mit Erlassen, Richtlinien und Richter mit überzüchtetem „Gerechtigkeits- und Detailfanatismus“. Nach deren Ansicht sitzt oben die Weisheit und unten stets die Dummheit.

Für einen Staatenbund Europa wäre eine genossenschaftliche Arbeitsweise auf nationaler Ebene besser. Die europäische Klammer sollte dann durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene folgen. Da könnte sich dann zusammenfinden, was zusammen passt. Herzog hat das beschrieben und kritisiert, dass jedes Mitglied durch Veto die Zusammenarbeit *anderer* verhindern kann.

„Wenn nicht alles trügt, wird das Thema „Verstärkte Zusammenarbeit für Gesicht und Leistung der EU in absehbarer Zukunft entscheidende Bedeutung bekommen. Immerhin geht es dabei um die Beweglichkeit und Reaktionsfähigkeit eines ganzen Erdteils.“<sup>421</sup>

In Finnland und anderen kleinen Ländern bekommen z.B. die Schulen nur sehr grobe ministerielle Vorgaben. Das Hauptgeschäft bei der

---

<sup>421</sup> Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S. 131

Ausführung und den Innovationen erfolgt durch Praxis-Beispiele und den institutionalisierten Erfahrungsaustausch von Lehrern und Schulen.

Daraus folgt der Grundsatz „**empfehlen statt befehlen.**“ Man hat den Eindruck, dass in gewisser Hinsicht China seit Deng so verfuhr. Denn die dortige Strategie ist ganz einfach und grundsätzlich.<sup>422</sup> Aber die Wirtschaft und die Unternehmen handelten eben gemäß deren Ziele.

Für Europa als Staatenbund bleibt dann noch eine große Aufgabe. Es ist die Gleichwertigkeit, nicht die Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen. Roman Herzog spricht hier von **Homogenität.**<sup>423</sup> Wer auf dem Land in Rumänien lebt, z.B. in Siebenbürgen, wird in manchem besser, in anderem schlechter leben als eine Familie im Ruhrgebiet. Beide haben Verbesserungsbedarf bei der Lebensqualität. Aber jeder Weg dahin ist anders.

Die EU hat nur eine Antwort: die Umverteilung von Geld in großem Stil. Da geschieht durch Budgethilfen für Staatshaushalte und Förderung staatlicher Infrastrukturmaßnahmen (Fiskalpolitik). Beides ist seit einem halben Jahrhundert bei der Entwicklungshilfe weltweit erfolglos.

Wie bei Afrika gezeigt darf das Geld nicht zu den Regierungen und den Reichen fließen, sondern zu den Unternehmern und Bürgern. Dort entstehen und wachsen die *Wurzeln des Wohlstands*. Den Staatsapparat und die Infrastruktur muss jedes Land mit eigenen Steuermitteln finanzieren und dazu die eigenen Steuerquellen pflegen.

Das Falscheste, was uns passieren könnte, wäre eine europäische Sozialunion. Denn an deren Ende wären alle Europäer arm. Ein erster Schritt dahin, wäre eine europäische Arbeitslosenversicherung, wie sie z.B. Jean Claude Juncker vorgeschlagen hat. Kein Land wäre mehr daran interessiert, die Arbeitslosigkeit mit eigenen Steuern und Maßnahmen zu bekämpfen.

Damit kommen wir zur Frage, wie in Europa die soziale Sicherheit auszugestalten und zu finanzieren ist.

---

<sup>422</sup> „4. Hauptwiderspruch“, „Made in China 2049“ – G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme, a.a.O., Kapitel: 3. Staatlich gesteuerte Volkswirtschaft Chinas, S. 29 ff

<sup>423</sup> Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S. 103 ff

## 2.5.4 Soziale Sicherheit durch Genossenschaftlichkeit

*Hilfe in der Not, aber nicht ohne Not!*

*Es gehört zur Genossenschaftlichkeit und zur Brüderlichkeit, dass in Not geratenen Genossen oder Brüdern bzw. Schwestern geholfen wird. So sind Familien die erste und ursprünglichste Sozialeinrichtung. Das beginnt mit der Versorgung der Kinder und Alten; setzt sich fort mit der Pflege der Kranken und Behinderten. Nach dem Subsidiaritätsgrundsatz tritt die nächsthöhere Gemeinschaft (Gemeinde, Staat) erst dann ein, wenn die untere dazu nicht mehr fähig ist.*

*Das Modell „Mittelstand für alle“ kennt zwar keine Unterschicht, kein Prekariat und Proletariat. Ziel ist die gleiche und freie Brüderlichkeit. In den USA hat daher jeder Bürger selbst Vorsorge für Krankheit, Alter und sonstige Lebensrisiken zu treffen, sich ggf. zu versichern. Das bedeutet freiwilliges Sparen in guten Zeiten für Notzeiten. Pensionskassen legen z.B. diese Sparvermögen dann gewinnbringend an.*

*Der deutsche Sozialstaat geht seit Bismarck einen anderen Weg. Pflichtversicherungen sorgen für eine soziale Absicherung. Seit der Kaiserlichen Botschaft (1881) gibt es Sozialversicherungen, und zwar für Unfall, Krankheit, Alter, später Arbeitslosigkeit und Pflege. Sie haben Vorläufer im Genossenschaftswesen und im Wohlfahrtsstaat. Sie dienen dem Risikoausgleich. Dabei sollten die Risiken vergleichbar, die Versichertengemeinde möglichst homogen und durchschaubar sein. Andernfalls kommt es zu versicherungsfremden Umverteilungen.*

*Im vereinten Europa stellt sich damit die Frage, ob auf europäischer Ebene eine solche Gleichheit bzw. Homogenität erreichbar ist. So sind in Deutschland wegen der Preise und (Miet-)Kosten höhere Renten nötig als in Rumänien. Das führt zum Ergebnis: keine Sozialunion Europa.*

*Sozialleistungen sind nationalstaatlich zu organisieren, da nur Nationen überschaubare und homogene Versicherungsgemeinden sein können. Noch ist der deutsche Sozialstaat so leistungsbereit, dass wir eine Armutseinwanderung aus aller Welt erleben. Doch neben dem Geld fehlt nun auch das nötige Personal, das aus Überlastung den Beruf wechselt.*

*Um den Sozialstaat zu retten, brauchen wir eine große Reform!*

Das Modell „Mittelstand für alle“ kennt keine Unterschicht, kein Prekariat und Proletariat. Ziel sind gleiche und freie Bürger, die sich in der Not brüderlich helfen. Im vereinten Europa stellt sich damit die Frage, ob oder wie eine solche Gleichheit erreichbar ist. Roman Herzog spricht von Homogenität. Er sieht die Einheit und Stabilität Europas in Gefahr, wenn die Mitgliedstaaten aus Dauergebern und Dauernehmern bestehen.

Herzog empfiehlt vor allem eine strenge Aufnahmeprüfung:

„Zuerst ist zu prüfen, ob ein Beitrittskandidat imstand ist, binnen angemessener Zeit auf eigenen Beinen zu stehen, und dann muss dazukommen, dass er auch zu den politischen Grundüberzeugungen Europas steht. Bei der Türkei ist möglicherweise das Letztere zu hinterfragen (Stichwort: Trennung von Staat und Religion), bei Griechenland fehlte es am Ersteren. ... Europa überlebt nicht, wenn es möglichst *groß* wird, sondern wenn es möglichst *stark* wird.“<sup>424</sup>

Gleiche Werte und Kultur können nicht von oben und außen erzwungen werden. Wo sie fehlen, fehlen auf Dauer die Aufnahmevoraussetzungen. Bei den wirtschaftlichen Aufnahme-Bedingungen stellt sich die Frage, ob sie überhaupt oder wie und wann erreicht werden können.

Die EU setzt dabei auf Umverteilung und macht die gleichen Fehler wie die Entwicklungshilfe seit über einem halben Jahrhundert. In Afrika. Auch in Süditalien, Griechenland und anderwärts haben die Geldspritzen wenig bewirkt. Meist fließt das Geld fließt zu den Regierungen und versickert dort. Das gilt gerade für Budgethilfen.<sup>425</sup> Auch Hilfen zum Ausbau der Infrastruktur wie Autobahnen, Straßen usw. führen kaum zu Arbeitsplätzen und Einkommen der Bevölkerung.

Es gilt, die Armutsfallen zu beseitigen und die „Wurzeln des Wohlstands“ zu entwickeln.<sup>426</sup> Wichtiges ist bei „2.3.3 Vom Wohlstand für alle zum Mittelstand für alle“ beschrieben: Schul- und Berufsabschlüsse, Arbeit und Einkommen für alle. Dazu hat der Aufbau von unten nach oben zu erfolgen. Von der örtlichen Landwirtschaft, dem Handwerk über KMU<sup>427</sup> und Großunternehmen bis zu F & E (Forschung und Entwicklung), die für die KMU bei den Dualen Fachhochschulen beginnen sollte.<sup>428</sup>

---

<sup>424</sup> Herzog, Europa neu erfinden, a.a.O., S. 116

<sup>425</sup> Bei Budgethilfen werden die öffentlichen Haushalte, also die Regierungen subventioniert.

<sup>426</sup> Vgl. oben Kondratjew-Zyklen bei „2.2.2 Wohlstand für alle Länder“

<sup>427</sup> KMU = kleine und mittlere Unternehmen

<sup>428</sup> Mehr und genauer dazu: G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme, a.a.O., S. 41 ff

In einem Europa mit Subsidiarität und Nationalstaaten erhebt sich sofort die Frage: Wer ist hier für was zuständig? Unsere Antwort:

- Kommunen und Teilstaaten<sup>429</sup> für Familien-, Jugendhilfen, Schulen,
- Teil- oder Nationalstaaten für Berufsabschlüsse aller Art,
- die nationalstaatliche Politik für Arbeit und Vermögen der Bürger,
- Nationalstaaten und Europa für die Wettbewerbskraft der Wirtschaft.

Nach der oben vorgeschlagenen Arbeitsweise ist Europa vor allem für Empfehlungen und den Erfahrungsaustausch über beste Praxisbeispiele zuständig. Vorschriften und Richtlinien bremsen die Kreativität aus.

## **Keine europäische Sozialunion**

Nun fordern nicht nur linke Parteien eine **Sozialunion** Europa. Was kennzeichnet nun einen Sozialstaat? In Deutschland, das hier vorbildlich ist, sind es genossenschaftliche Sozialversicherungen.

Denn selbst mittelständische Familien können seit langem die hohen Kosten bei Krankheit und Pflege nicht sofort tragen. So gibt es seit Bismarcks Kaiserlicher Botschaft (1881) Sozialversicherungen für Krankheit (1883), Unfall (1884), Alter und Invalidität (1898). Viel später folgten die Arbeitslosen- (1927) und Pflegeversicherung (1995). Letztlich müssen die Versicherten die Versicherungsleistungen gemeinschaftlich tragen; Steuerzuschüsse sollten die Ausnahme sein.

Vorläufer gibt es in Genossenschaften<sup>430</sup> und beim Wohlfahrtsstaat. Versicherungen sind Risikoabsicherungen für gefährdete Bürger. Solche eine Pflichtversicherung gegen Verarmung waren z.B. die staatlichen Gebäudebrandversicherungen. Sie wurden als staatliche Monopole von der EU zum Vorteil der rein privatwirtschaftlichen Versicherungen verboten. Worin besteht der Unterschied?

In allen deutschen Ländern waren die **Gebäudebrandversicherungen** bis in die 1990er Jahre wohlfahrtsstaatlich organisiert. Die Landesherren hatten für ihr Herrschaftsgebiet Umlageversicherungen eingerichtet. Alle Gebäude mussten versichert werden. Das waren sozusagen Sparkassen

---

<sup>429</sup> Teilstaaten = Gliedstaaten, Bundesländer, Kantone in Nationalstaaten

<sup>430</sup> Ernst Klein, Der Staat als Unternehmer im saarländischen Steinkohlenbergbau (1750-1850), in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 57, 1970, S. 323 ff

für Notfälle. Es gab eine feste Rücklage für Katastrophenjahre durch große Unwetter oder Überschwemmungen. Im Übrigen wurden die Schäden des Vorjahres im laufenden Jahr auf alle Versicherten umgelegt. Das **Ziel der Versicherung** war, das Vermögen der Bürger zu erhalten und zu sichern. Schäden wurden daher großzügig reguliert. Gewinne für die Versicherungen gab es nicht (Gewinnverbot).

Die EU hat diese „Monopole“ verboten, weil sie staatlich und damit „böse“ waren. Außerdem waren sie Zwangsversicherungen in einem bestimmten Gebiet und damit Monopolunternehmen. Doch die privatwirtschaftlichen Gebäudeversicherungen sind nicht zum Vorteil der Kunden. Als Beispiel kann die Allianz-Versicherung dienen. Sie ist heute ein globales Finanz- und Investmentinstitut. Hier ist das **Ziel Gewinne zu maximieren** und zu wachsen. So können wir oft lesen, dass die Kriegskasse der Allianz gut gefüllt ist, um Übernahmen zu schultern und jetzt auch im Bankgeschäft weltweit zu wachsen. Diesem Ziel dienen vor allem die Einnahmen aus den Versicherungsbeiträgen. Die Schäden der Kunden, die bezahlt werden müssen, stören da. Sie schmälern den Gewinn; denn das oberste Ziel heißt Gewinnmaximierung und Shareholder Value.

Die große „Bayerische Versicherungskammer“ wurde wie andere eine Versicherungsanstalten im öffentlich-rechtlichen Sparkassenverbund, aber ohne Monopol. König Max I. hatte sie 1811 gegründet. Auf der Web-Seite hieß es noch in den 2000er Jahren:

„Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung. Dieser königliche Schutzauftrag und die damit verbundene besondere Fürsorge sind für uns bis heute Überzeugung und Verpflichtung. Anders als bei börsennotierten Unternehmen gilt unsere Aufmerksamkeit primär den Kunden und ihrem Wohlergehen. Das hat uns nicht nur **zum größten öffentlichen Versicherer**, sondern auch zu einem der 10 größten Erstversicherer in Deutschland gemacht.“<sup>431</sup>

In der heutigen Wirtschaftswirklichkeit gelingt dies, wie Hausbesitzer erfahren konnten, nur teilweise.

Nach der neoliberalen Ideologie müsste die EU auch unsere Sozialversicherungen (Kranken-, Renten-, Unfall-, Pflegeversicherung)

---

<sup>431</sup> Der heutige Text ist etwas blumiger: „Was uns unterscheidet“ <https://www.vkb.de/content/ueber-uns/unternehmen/was-uns-unterscheidet/> - Abruf 20.09.2024

verbieten. (Gegen die Sparkassen geht sie von Zeit zu Zeit vor.) Das alles passt nicht ins neoliberale Modell, wie der Kampf um Obama-Care in den USA zeigte.<sup>432</sup> Doch nach dem Grundgesetz ist Deutschland nicht nur ein Rechtsstaat, sondern auch ein **Sozialstaat**. Dazu gehören Pflichtversicherungen gegen die großen Lebensrisiken (Krankheit, Unfall, Altersarmut usw.).

Lässt sich dieses Modell auf die EU übertragen? Dazu müsste die Versichertengemeinschaft die oben dargestellte Gleichartigkeit bzw. Homogenität aufweisen. Denn alle Versicherten zahlen Beiträge in die Versicherung, um für Notfälle abgesichert zu sein. Der Umverteilung dienen Versicherungen nicht. Das sind versicherungsfremde Leistungen, die die Parteien oft im Interesse ihrer Klientel in die Versicherungen hineindrücken und den Beitragszahlern aufdrücken. Die Versicherten empfinden es als ungerecht. Denn sie treiben die Versicherungsbeiträge ohne erkennbare Gegenleistung in die Höhe. Das lässt den Mittelstand und am Ende alle verarmen. Kommt eine Armutseinwanderung, aus Südeuropa oder aller Welt hinzu, dann müssen die Hilfen für alle sinken.

Jeder Nationalstaat ist wie oben gezeigt für die Ziele verantwortlich, die zum Mittelstand für alle führen (Schule, Ausbildung usw.). Außerdem neigen Versicherte gern zu Missbrauch und Ausbeutung. Dazu machte ein Tübinger Professor mit seinen Studenten einen Praxisversuch. Zum Kennenlernen ging er zu Semesterbeginn mit alle Seminarteilnehmern in eine Gastwirtschaft und verkündete: „Das Essen zahlt jeder selbst. Die Getränke übernehme ich.“ Am Ende des Semesters ging er wieder mit allen aus. Diesmal sagte er: „Die Getränke übernehme wieder ich. Doch weil wir nun alle gute Bekannte sind, teilen wir uns die Kosten des Essens gleichmäßig nach Köpfen.“

Dann gab er das Ergebnis bekannt. Beim ersten Essen, das jeder selbst zahlte, waren alle sparsam. Kleine Gerichte wurden bestellt. Als beim zweiten Mal aus dem großen gemeinsamen Topf bezahlt wurde, wollte keiner zu kurz kommen. Viele teure Gerichte wurden verzehrt. Beim eigenen Geldbeutel wird gespart, bei einer Gemeinschaftskasse wird zugegriffen. Je überschaubarer die Versichertengemeinschaft, umso eher sind Ausbeuter und Trittbrettfahrer zu erkennen und auszubremsen.

---

<sup>432</sup> Obama-Care: hart umkämpfte, von Präsident Obama eingeführte gesetzliche Krankenversicherungspflicht.

Hinzu kommt die Prävention. Es sind vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, damit Notlagen gar nicht eintreten. Das gilt für die Gesundheit (Vorsorgeuntersuchungen, Sport) genauso wie für die Unfallverhütung. Auch dazu muss die Versichertengemeinde durchschaubar und verantwortungsbewusst sein. Bei einer EU-Arbeitslosenversicherung hätten die Mitgliedstaaten kein finanzielles Interesse, ihre Bürger umfassend in Arbeit zu bringen. Im Gegenteil, jeder Bürger in der EU-Versicherung entlastet das eigene Sozialsystem.

Aus weiteren Gründen ist der deutsche **Sozialstaat am Limit**. Seit den 1980er Jahren wachsen staatliche und kommunale Sozialausgaben bei uns jährlich zwei- bis dreimal schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Sie beanspruchen nun über die Hälfte der Staatsausgaben. Wichtige andere Aufgaben bleiben liegen: Schulen und Hochschulen, Forschung und Entwicklung, kurz die Wohlstandswurzeln und die Infrastruktur.

Noch ist der deutsche Sozialstaat so leistungsbereit, dass wir eine Armutseinwanderung aus aller Welt erleben. Doch neben dem Geld fehlt nun auch das nötige Personal. Überlastung führt zu Berufswechseln.

Um den Sozialstaat zu retten, brauchen wir umfassende Reformen! Sie sehen in jedem EU-Land anders aus, weil überall die Lage anders, oft sogar grundverschieden ist. (Man betrachte nur die Renteneintrittsalter.)

**Ergebnis:** Genossenschaftliche Hilfen und Versicherungen sind nur zwischen Genossen möglich. Und Genossen sind Freie und Gleiche, die sich brüderlich gegenseitig in der Not helfen.

Aufgabe der europäischen Gemeinschaft ist es, mit Gemeinschaftsgeld und aus gemeinsamen Fonds den Unternehmen und der Wirtschaft zu mehr Leistungsfähigkeit zu verhelfen. Ein Ziel ist der Abbau der Hilfsbedürftigkeit und die Erlangung von wirtschaftlicher Gleichwertigkeit. Die Wurzeln des Wohlstands sind in allen EU-Staaten zu entwickeln.

### 3. Der Verfasser

Gerhard Pfreundschuh, geb. 1941 in Heidelberg, studierte Geschichte, Recht und Wirtschaft (1. juristische Staatsprüfung in München, 2. In Stuttgart, Dipl.-Volkswirt in Mannheim). Mit einem verfassungsgeschichtlichen Thema promovierte er bei Roman Herzog zum Doktor der Verwaltungswissenschaften (Dr. rer. publ.) in Speyer („Entstehung und Merkmale des frühen Rechtsstaats“).

Nach Wehrdienst (Major d.R.) und Studium trat er in die Innenverwaltung Baden-Württemberg ein. Danach war er Erster Bürgermeister in Wertheim und von 1981 bis 1997 Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises in Mosbach/Baden. Von 1998 bis 2008 war er in Heidelberg Leiter des Steinbeis-Transferzentrums Kommunales Management der Steinbeis-Stiftung Baden-Württemberg. Schwerpunkt war die Untersuchung öffentlicher Sozialer Hilfen in Kommunen und Ländern. Dazu wurde der Lehrgang „Fachanwalt Sozialrecht“ erfolgreich abgeschlossen.

Er ist seit 1966 mit Birgit, geb. Kellmann, verheiratet. Sie haben vier Kinder.

